Wegen Angst vor Islamisten suspendiert S.2

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Nr. 30 – 28. Juli 2012
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE







Entfremdung offensichtlich: Die deutsch-französische Achse, einst Rückgrat der EU, gilt als schwer beschädigt Bild: ddp/sipa

# Wer rettet Europa?

## Die Euro-Krise zieht das Einigungswerk in eine gefährliche Kettenreaktion

**Die Risse in der Währungsunion graben sich bereits ins Fundament der europäischen Einigung an sich. Könnte die EU am Ende gar am Euro scheitern?**

Hatte sie am Ende gar Recht? Angela Merkel hat sich viel Kritik eingefangen mit ihrem Satz: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa!" Die Entgegnungen kamen von denen, die dem Euro kritisch gegenüberstehen, der europäischen Einigung aber positiv. Sie wollten und wollen den Euro und Europa nicht schicksalhaft miteinander verknüpfen, damit die aus ihrer Sicht fehlerhafte Einheitswährung das Einigungswerk der Völker nicht mit in die Tiefe reißt.

Zurzeit aber mehren sich die Anzeichen, dass mit der Euro-Krise eine fatale Kettenreaktion in Gang kommt, an deren Ende buchstäblich alles auf dem Spiel steht. Es geht längst nicht mehr nur um Wackelkandidaten am Rande der Währungsunion. Sorgen muss bereiten, was sich mitten im Kern der EU vollzieht.

Die jüngsten Nachrichten aus Paris sind ein Alarmsignal. Um seine schwächelnde Auto-Industrie vor deutscher Konkurrenz zu schützen, erwägt die Regierung von François Hollande öffentlich, Maßnahmen zu ergreifen, die an Schutzzollpolitik erinnern. Damit fiele die EU zurück hinter die Freihandels-EWG der 1960er Jahre. Ohne Einheitswährung hätte eine Abwertung des Franc genügt, um mit der germanischen Konkurrenz wieder auf Augenhöhe zu gelangen. So trägt auch hier wieder die Währung ihren Anteil an der Gefahr der Spaltung.

**Solidargemeinschaft kommt Solidarität abhanden**

In London, das der Einheitswährung ohnehin fernblieb, wird angesichts der Euro-Krise sogar über einen EU-Austritt phantasiert. Herauskommen dürfte als „Kompromiss", dass England sich noch weiter in Richtung eines „Europas à la carte" bewegt, in dem es nur dort mitmacht, wo es sich nationale Vorteile verspricht. Das ist, als ob man nur jene Teile einer Solidargemeinschaft mitträgt, die für einen mehr abwerfen, als man einzahlt. Jeder weiß, dass das nicht funktionieren kann. Im Falle Großbritanniens hat man dies nur in dem treuen Glauben hingenommen, dass die übrigen Integrationsschritte später folgen würden. Dieser Glaube hat jede Grundlage verloren, weshalb Londons Gebaren nicht mehr lange hinnehmbar ist, ohne die EU insgesamt zu gefährden, spätestens, wenn andere dem Beispiel folgen.

Zu alldem kommt, dass sich an der Spitze der EU ein Wirrwarr von Institutionen und Kompetenzen breitgemacht hat. Eine radikale Reform samt massiver Verschlankung der Strukturen ist nötig, um die EU an ihrem Kopf wirklich lebensfähig zu machen.

Die Frage ist, ob die europäischen Staaten und Völker angesichts einer eskalierenden Euro-Krise die Kraft und vor allem den Willen zu den nötigen Schritten noch aufbringen. Europa ist in Gefahr. Die Zeit der Selbsttäuschung wie beim Euro, der Formelkompromisse und der rücksichtslosen Interessenpolitik einzelner Länder muss ein Ende haben, wenn das Projekt nicht scheitern soll. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

## Vier Kreuze

Deutschland, das Land der Dichter und Denker. Das war einmal, wer könnte es leugnen. Wie gut, dass es wenigstens noch den akademischen Nachwuchs, Deutschlands zukünftige geistige Elite, gibt. Immer mehr Schüler machen das Abitur, ein großer Teil sogar mit Spitzennoten. Und nun das: Eine an 135 Philosophischen Fakultäten durchgeführte Untersuchung hat ergeben, dass die Studienanfänger massive Schwächen in Rechtschreibung und Grammatik aufweisen und zudem über eine mangelnde Lesekompetenz verfügen. Auch bei den Fremdsprachenkenntnissen gibt es Defizite. Gerhard Wolf, Philologieprofessor und Initiator der unveröffentlichten Studie, berichtete in einem Interview mit „Deutschlandradio Kultur", die jungen Leute seien heute zwar nicht dümmer, die Kompetenzen hätten sich jedoch „auf andere Gebiete verschoben". Mit anderen Worten: Nicht dümmer, aber inkompetent hinsichtlich der elementaren Grundfertigkeiten eines Abiturienten.

Immer mehr Abiturienten mit immer besseren Noten und dann ein so desaströses Ergebnis? Eben genau darum! Das Absinken des Bildungsniveaus der Schulabgänger ist die Konsequenz bildungspolitischer Gleichmacherei, die immer mehr Schüler zum Abitur führen will. Gleiches Recht auf Abschluss heißt die Devise, ungeachtet der individuellen Fähigkeiten. Die Qualität der Bildung bleibt dabei zwangsläufig auf der Strecke. So werden die Gymnasien eines Tages wohl nur noch Analphabeten und Universaldilettanten hervorbringen. Ein Problem jedoch lässt sich leicht lösen: Analphabeten machen beim Unterschreiben drei Kreuze, promovierte Analphabeten machen vier. Und schon ist die rot-grüne Bildungswelt wieder in Ordnung.

# Jobwunder aus dem Osten

## Handel mit Osteuropa und China schuf halbe Million Stellen

Während heute die Euro-Krise Tag für Tag die Menschen schreckt, waren es vor nicht ganz zehn Jahren die Nachrichten über Produktionsverlagerungen ins Ausland. Der Badartikelhersteller „Kleine Wolke" verlagerte seine gesamte Produktion ins günstige Tschechien. Ein renommierter Fahrstuhlbauer schloss in Deutschland Werke, um in Polen billiger für den Weltmarkt zu fertigen. Autozulieferer verlagerten ganze Produktzweige gen Osteuropa, um in einer globalisierten Handelswelt wettbewerbsfähig zu bleiben.

Auch China war ein beliebtes Ziel. Andere Firmen schlossen ganz, weil die Konkurrenz im Ausland billiger fertigte und Importe günstiger waren als die heimische Produktion. Doch im Nachhinein soll alles nicht so schlimm gewesen sein, so zumindest die Arbeitsmarktforscher Wolfgang Dauth vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Sebastian Findeisen von der Universität Zürich und Jens Suedekum von der Universität Duisburg-Essen.

**Trotz Werksschließungen positive Bilanz**

Die drei Wissenschaftler haben die Auswirkungen des Anstiegs des Handels zwischen Deutschland und „dem Osten" – China und Osteuropa – im Zeitraum 1988 bis 2008 auf lokale Arbeitsmärkte in Deutschland untersucht. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass bundesweit sogar 493000 zusätzliche Jobs entstanden seien. Zwar sei der Anpassungsprozess für betroffene Arbeitskräfte und Regionen hart gewesen, doch die deutsche Wirtschaft habe sich in diesen Jahren durch Mischkalkulation bei der Produktion, Spezialisierung und Rationalisierung fit für den internationalen Wettbewerb gemacht, was den Industriesektor auf festere Beine gestellt haben könnte. Dabei messen die Forscher dem Handel mit Osteuropa größere Bedeutung zu als dem mit China. *Bel*

# Moskaus Rolle rückwärts

## Putin nimmt liberale Reformen seines Vorgängers zurück

Die Rücknahme der wenigen, von Ex-Präsident Dmitrij Medwedjew umgesetzten Reformen erfolgt schneller als erwartet. Kaum ist Wladimir Putin wieder im Amt, schon peitschte die ihm nahestehende Partei „Einiges Russland" im Eilverfahren eine Reihe repressiver Gesetze durch die Staatsduma. Nicht nur die Verhaftung dreier Frauen der Punkband „Pussy Riot", die bis Januar 2013 in Untersuchungshaft bleiben sollen, sorgt für Besorgnis in intellektuellen Kreisen Russlands und des Westens. Die Frauen hatten während der Anti-Putin-Proteste im Februar in der Christi-Erlöser-Kathedrale dafür gebetet, das Land von Wladimir Putin zu verschonen.

Kürzlich wurde ein Gesetz verabschiedet, demzufolge Nichtregierungsorganisationen, die Unterstützung aus dem Ausland erhalten, sich als „ausländische Agenten" registrieren lassen müssen. Greenpeace oder die „Golos"-Wahlbeobachter werden so in die Nähe von Staatsverrätern geschoben. Das Demonstrationsgesetz wurde derart verschärft, dass seine Anwendung ins Absurde abgleitet: In Sibirien wurden drei Spaziergänger verhaftet, die ein weißes Bändchen – das Erkennungszeichen der Anti-Putin-Bewegung – trugen.

**Medwedjew hüllt sich in Schweigen**

Vergangene Woche ermächtigte die Duma mit einem Gesetz Behörden, Internetseiten ohne Gerichtsbeschluss zu blockieren. Angeblich, um besser gegen Kinderpornographie vorgehen zu können. Bürgerrechtler und Opposition befürchten aber, dass ihnen die einzig zensurfreie Möglichkeit des Austauschs genommen werden soll. Wikipedia und der Suchmaschinenbetreiber Yandex schalteten aus Protest ihre Seiten für 24 Stunden ab. Medwedjew schweigt bislang zu den Änderungen und gibt so denen Recht, die in ihm einen Schwächling sahen, dessen Politik nur Gerede war. *Manuela Rosenthal-Kappi*

## MELDUNGEN

### Russland soll entschädigen

**Wilna** – Der litauische Ministerpräsident Andrius Kubilius will erreichen, dass sich die Europäische Union um die Entschädigungsansprüche seines Landes gegenüber Russland kümmert. Die Frage sei ein Test dafür, wie ernst es dem Land damit sei, ein demokratischer europäischer Staat zu werden. Auf 690 Milliarden Euro beziffert Litauen den Schaden, der durch die Jahre der „Okkupation“, als die Wilna die Zeit als Sowjetrepublik bezeichnet, entstanden sei. Zurzeit wird die Klagemöglichkeit geprüft. Zu den Verlusten werden auch die Kosten für die von der EU geforderten Stilllegung des Kernkraftwerks Ignalina gerechnet. Bislang hatte Russland jegliche Schadensersatzforderungen abgelehnt, wohl aus Sorge, dass eine Klagewelle auch von anderer Seite auf Moskau zukommen könnte. *MRK*

### Langfristig wird es kälter

**Mainz** – Klimaforscher haben einen langfristigen Abkühlungstrend der Erde ausgemacht. Seit Jahren „befragen“ die Wissenschaftler indirekte Klimazeugen wie Eisbohrkerne oder fossile Bäume, deren Jahresringe Rückschlüsse über die Temperaturen zulassen. Zudem: „Wir haben festgestellt, dass die historischen Temperaturen zur Römerzeit und im Mittelalter bis dato als zu kühl eingeschätzt wurden“, so Jan Esper vom Geografischen Institut der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Die Erkenntnisse der Forscher seien insofern von Bedeutung, da sie jene Wissenschaftler, die von einer derzeitigen Erderwärmung ausgehen, mit neuen historischen Daten konfrontiere. Insgesamt könne man von minus 0,3 Grad pro Jahrtausend ausgehen und der Trend sei mit Veränderung des Sonnenstands, aber auch Distanz der Erde zur Sonne zu erklären, so Esper. *Bel*



### Die Schulden-Uhr: Klein gerechnet

Das „Handelsblatt“ hat ausgerechnet, wie hoch die Pro-Kopf-Belastung der Euro-Rettung in den jeweiligen Ländern ist. Dabei kam herraus, dass die Luxemburger mit 3506 Euro je Einwohner deutlich mehr schultern müssten als die Deutschen mit 2317 Euro Haftungsrisiko je Kopf. Auch die Iren, Niederländer und Österreicher hätten eine höhere Belastung je Einwohner aus der Euro-Rettung. Allerdings berücksichtigte das „Handelsblatt“ bei seinen Berechnungen nur den Euro-Rettungsfonds ESM. Die Garantien aus dem EFSF sowie die deutschen Anteile des an der Rettung beteiligten Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank samt Target-2-Forderungen wurden nicht berücksichtigt. *Bel*

**2.044.756.530.012 €**

Vorwoche: 2.043.959.624.630 €
**Verschuldung pro Kopf:** 24.997 €
Vorwoche: 24.987 €

*(Dienstag, 24. Juli 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)*

# »Angst muss jedem gestattet sein«

## Der suspendierte Lehrer Daniel Krause über die Bedrohung durch den Islamismus

**Wer heutzutage gegen die ungeschriebenen Gesetze der „Political Correctness“ verstößt, muss um seine bürgerliche Existenz fürchten. Diese Erfahrung musste auch Daniel Krause, 32, promovierter Soziologe und Studienrat am Stadtgymnasium Dortmund, machen. Nachdem er bei einer Veranstaltung von „Pro NRW“ in Köln spontan das Wort ergriffen und vor dem Erstarken des Salafismus in Deutschland gewarnt hatte, wurde er vom Dienst suspendiert. Eine Suspendierung ist eine vorläufige Dienstenthebung eines Beamten nach Beamtenrecht und bedeutet nicht, dass der Dienstherr konkrete Vorwürfe erhebt. In der Regel handelt es sich um eine ergebnisoffene Ermittlungsphase. Die Suspendierung wird automatisch aufgehoben, wenn nicht innerhalb von drei Monaten ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird. Im *PAZ*-Interview schildert Krause die Gründe für seinen Auftritt in Köln und seine derzeitige Situation.**

**PAZ**: *Sie wurden dafür angegriffen, dass Sie öffentlich äußerten, Sie hätten vor Islamisten mehr Angst als vor Nazis. Wie bewerten Sie diesen Vorgang?*

**Krause**: Ich habe ein persönliches Angstempfinden kundgetan. Dieses muss in einer Demokratie jedem gestattet sein, auch einem Beamten. Ich habe in meiner Rede niemanden persönlich beleidigt, während ich diese Angst geäußert habe. Islamisten sind de facto eine große Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, das sieht auch der Verfassungsschutz so. Gerade als „wehrhafter Demokrat“ muss ich doch auf diese Gefahr hinweisen dürfen.

**PAZ**: *Sie verorten sich selbst als politisch links und stehen den Grünen nahe. Wie ist es überhaupt dazu gekommen, dass Sie ausgerechnet bei einer Kundgebung von „Pro NRW“ das Wort ergriffen haben?*

**Krause**: Ziel meines Protestes war die Kundgebung der 1000 Salafisten. Dass auch „Pro NRW“ vor Ort war, hatte ich nicht gewusst. Zugegebenermaßen war es ungünstig, ausgerechnet in Gegenwart dieser Partei zu sprechen. Diese Partei entspricht in ihrer Gesamtausrichtung keineswegs meiner Gesinnung. Doch linke und liberale Parteien hatten es leider nicht geschafft, selbst eine entsprechende Mahnwache zu organisieren.

**PAZ**: *In Ihrer Rede haben Sie davon gesprochen, dass „wir bürgerlichen Deutschen“ im Kampf gegen Salafismus zusammenhalten müssen. Diese Äußerung aus dem Munde eines Linken klingt befremdlich. Darf ein Linker zu einem „deutschen“ Zusammenhalt aufrufen?*


Foto: Krause
Deutscher Kultur verbunden: Daniel Krause

**Krause**: Deutschland ist im weltweiten Vergleich ein sehr tolerantes Land. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist in Deutschland, den Niederlanden und Skandinavien deutlich stärker verwirklicht als anderswo. Dieses gilt auch für die Gleichberechtigung von Homosexuellen. In Osteuropa, zum Beispiel in Polen und Russland, werden Homosexuelle stark diskriminiert. Im arabischen Raum werden Frauen bei Ehebruch hingerichtet, Homosexuelle werden dort zu Tode gefoltert. Gerade, weil ich ein Linker bin, fühle ich mich „deutscher“ Kultur heutzutage eher verbunden als naivem Multikulturalismus.

**PAZ**: *Sie haben weiter gesagt, der Rechtsextremismus sei das, was alle blind bekämpften, ohne zu reflektieren. Können Sie das weiter erläutern?*

> Linke sprechen naiv von multikultureller Bereicherung

**Krause**: Wenn 20 Neonazis aufmarschieren, dann stellen sich ihnen 5000 linke Gegendemonstranten entgegen. In Köln waren jedoch 1000 Salafisten angemeldet, und leider kamen überhaupt keine linken Gegendemonstranten – außer mir! Das finde ich irrational. Denn gerade in Köln haben Salafisten in letzter Zeit in den Fußgängerzonen verkündet, dass Juden weniger wert seien als Affen und dass Schwule weniger wert seien als Schweine. Wenn ein Deutscher so gegen Juden und Schwule hetzt, gibt es von linker Seite meist einen riesigen Aufruhr. Wenn jedoch ein arabischer Moslem dermaßen antisemitische und homophobe Sprüche verbreitet, sprechen viele Linke immer noch naiv-pauschal von der „multikulturellen Bereicherung“.

**PAZ**: *Gerade von Seiten linker Gruppen sind Sie seit Ihrer Rede heftig attackiert worden. Selbst Mordaufrufe wurden im Internet gegen Sie veröffentlicht. Wie gehen Sie damit um?*

**Krause**: Mein engster Freundeskreis steht fest zu mir. Das gibt mir viel Kraft. Insgesamt bin ich sehr schockiert, wie intolerant viele Linke im Hinblick auf abweichende Meinungen sind. Ich werde sehr undifferenziert als „Verräter“ veschrien und bedroht.

**PAZ**: *Werden Sie angesichts dieser Umstände weiterhin ein „Linker“ sein?*

**Krause**: Ja, denn hinsichtlich der meisten Themenfelder fühle ich mich von linken Parteien am besten vertreten. Auch wenn es im linken Lager so nicht erkannt worden ist: Meine Art von Islamkritik ist eine „linke“ Islamkritik. Ich kritisiere den Islam aus einer linksprogessiv-emanzipatorischen Perspektive, um Rechte von Frauen und Homosexuellen zu stärken. Mir geht es keineswegs darum, das Christentum als etwas pauschal Besseres darzustellen, wie es „Pro NRW“ gerne tut.

**PAZ**: *In Ihrer Rede haben Sie die Niederländer Pim Fortuyn und Geert Wilders herangezogen. Können Sie Ihre Position zu beiden erläutern?*

**Krause**: Pim Fortuyn war ein Anhänger demokratischer Prinzipien, der die Meinungsfreiheit mit Feuer und Schwert verteidigt hat. Er hat herausgestellt, wie wichtig Fragen der öffentlichen Ordnung und Immigration sind. Pim Fortuyns Erfolg war die logische Folge davon, dass eine paternalistische politische Elite das Unbehagen der Bürger zu lange nicht ernst nahm. Fortuyns Aufstieg hat eine heilsame Wirkung gehabt: Er war die Abweichung, die die niederländische Politik wieder auf Kurs gebracht hat. Geert Wilders hat Teile der Fortuyn-Agenda übernommen und erfüllt ebenso eine wichtige Funktion im politischen System. Wählen würde ich ihn trotzdem nicht.

**PAZ**: *Ihnen wird vorgeworfen, dass Sie muslimische Schüler mit Ihrer Rede verunsichert hätten. Können Sie muslimischen Schülern noch unvoreingenommen begegnen?*

**Krause**: Selbstverständlich kann ich das. Ich habe in meiner Rede schließlich nicht von „Muslimen“, sondern von „Islamisten“ gesprochen. Diese beiden Worte unterscheiden sich genauso stark voneinander wie die beiden Worte „Deutsche“ und „Neonazis“. Wenn Lehrer gegen Neonazis demonstrieren, wirft man ihnen auch nicht vor, dass sie gegenüber deutschen Schülern voreingenommen sein könnten.

**PAZ**: *Es heißt, Sie hätten sich inzwischen von Ihren Äußerungen distanziert. Was ist dran an diesem Vorwurf?*

**Krause**: Ich bedauere, dass ich von „Pro NRW“ gegen meinen Willen instrumentalisiert worden bin. Diese Distanzierung habe ich noch am Tag der Rede deutlich geäußert. Aber ich stehe nach wie vor zu meiner Aussage, dass ich als Homosexueller mehr Angst vor Islamisten habe als vor Rechtsextremisten. Ich habe wichtige Dinge angesprochen, allerdings an einem zugegebenermaßen nicht optimalen Ort.

# Anschlag in Freundesland

## Attentat in Bulgarien ist besonders hinterhältig, da unerwartet

Das bulgarische Schwarzmeerbad Burgas war am Abend des 18. Juli Schauplatz eines Bombenanschlags auf 154 Passagiere einer Chartermaschine, die gerade aus Israel eingetroffen war. Burgas liegt zwei Flugstunden von Israel entfernt, 150 000 Israelis werden in diesem Jahr in Bulgarien erwartet, aber ökonomische Aspekte spielen keine große Rolle bei dem Anschlag.

Bulgariens Staatspräsident Rosen Plevneliev und Kristalina Georgieva, EU-Kommissarin für humanitäre Hilfe und Krisenbewältigung, erklärten übereinstimmend, dass mit Bulgarien Europa Opfer des Anschlags war. Auch die „Organisation der Juden in Bulgarien Schalom“ warnte: „Das war ein Akt feindlicher Gruppen und Kräfte, nur eine Mobilisierung aller Bulgaren kann die Eskalation des Terrors stoppen.“

Es trifft nicht zu, dass Bulgarien leichtfertig mit israelischen Warnungen vor islamischem Terrorismus umgegangen sei. Bereits 2010 vereinbarten Bulgariens Premier Bojko Borisov und Meir Dagan, Chef des israelischen „Mossad“, enge Kooperation im Sicherheitsbereich. Bulgarien genießt in Israel den besten Ruf – als das (neben Dänemark) einzige Land, das seine Juden vor dem Holocaust rettete. 5000 dänische Juden wurden in einer Nacht ins sichere Schweden geschafft – um 55 000 bulgarische Juden wurde vier Jahre lang ein verbissener Kampf geführt, woran alle Bulgaren teilnahmen, bis bei Kriegsende feststand: Es fehlen nur wenige Hundert Juden, die bei den Partisanen fielen. Vorkämpfer der Judenrettung war der Geistliche Konstantin Markov, später Patriarch der Bulgarischen Kirche. Im April 1962 besuchte er Israel, was ein Triumphzug wurde. Ähnlich war Ende 1944 Ben Gurion in Bulgarien gefeiert worden, als er die bulgarischen Juden „abwarb“, was bulgarische Behörden ungerührt geschehen ließen. Etwa 40 000 Juden gingen nach Israel, das so viele gute Journalisten, Ärzte und Soldaten bekam.

> Israel hat Sofia viel zu verdanken

Seither besteht ein bilaterales Musterverhältnis, wie Dr. Emil Kalo, der frühere Schalom-Vorsitzende, 2005 im Sofioter „Jüdischen Kulturhaus“ erläuterte: „Israel ist ein Teil von uns. Wir haben die besten Beziehungen zu israelischen Institutionen, hier im Haus residiert die Israelische Agentur Suhnut, die klassische Agentur, die seit Ende des 19. Jahrhunderts europäischen Juden half, nach Palästina zu kommen. Die bulgarischen Juden waren immer Teil der bulgarischen Gesellschaft.“

Bulgariens 5000 Juden, fast alle Sepharden, bemühen sich um gute Kontakte zu Juden des Balkans und aller Welt, wofür Kalos Vorgänger Edi Svarc mit der Zeitschrift „Mabat“ („Blick“) steht. Zudem hat sich Bulgarien als „passender Ort für israelisch-palästinensische Gespräche erwiesen“, wie Anfang 2010 der damalige Präsident Georgi Pyrvanov rühmte, nachdem Israels Premier Benjamin Netanjahu mit Palästinapräsident Mahmud Abbas in Sofia mit Erfolg konferiert hatten. Netanjahu hält jetzt den Iran für den Hauptschuldigen des Anschlags von Burgas, dessen Opfer auch Bulgarien ist. *Wolf Oschlies*

# Front gegen EU

## Schweiz: Blocher kritisiert Energieabkommen

Er ist konservativ, er ist steinreich und deswegen politisch unabhängig. Der 71-jährige, demagogisch begabte Pfarrerssohn Christoph Blocher, bis 2003 Mehrheitsaktionär der EMS-Chemie in Graubünden (danach gab er sie an seine Kinder ab), früherer Innenminister und unter anderem auch wegen seines Einflusses auf die Basler „Nationalzeitung“ in die Kritik geratene Vizepräsident der Schweizerischen Volkspartei (SVP) macht für eine neue Kampagne mobil, diesmal geht es um ein Stromabkommen mit Brüssel.

> Eine Art Kolonialvertrag

Schon 1992 hatte Blocher die Volksabstimmung gegen einen Beitritt der Eidgenossen zur EU maßgebend beeinflusst. Seine neueste Kampagne richtet sich gegen das Stromabkommen der Schweiz mit der EU. Ein entsprechendes Referendum soll alsbald in Marsch gesetzt werden. Blocher: „Dahinter versteckt sich ein Kolonialvertrag, der schlimmer als der EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) ist.“ Denn er sei an die Übernahme des EU-Rechts und damit eine institutionelle Anbindung gekoppelt. Und hier sieht Blocher einen Angriff auf die Souveränität seines Landes und die Willensfreiheit. Schon bei der Adaption des Schengenabkommens und der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Osteuropa habe sich die Schweiz gebeugt. Die Folge sei eine steigende Ausländerkriminalität. In dem Stromabkommen sieht er einen neuen Versuch Brüssels, einen Grundstein für weitere bilaterale Verträge zu legen, in denen eine automatische Rechtsübernahme und fremde Gerichtsbarkeit enthalten sein soll.

Die EU hält er für eine „intellektuelle Fehlkonstruktion“ und die Entwicklung der vergangenen 20 Jahre habe ihm mehr als recht gegeben. Der Schweiz gehe es deswegen viel besser als den meisten EU-Ländern, der Euro funktioniere ökonomisch nicht, Arbeitslosigkeit und Armut seien die Folge. „Ich habe nichts gegen Europa und bilaterale Verträge. Aber die Staatssäulen – Unabhängigkeit, Neutralität, direkte Demokratie, eigene Gerichtsbarkeit und Selbstbestimmung – dürfen nicht angetastet werden“, moniert Blocher. *J.F.*

## Nur nicht erfreuen

Von Theo Maass

Ephraim Kishon und Joachim Fernau haben sich ausgiebig mit moderner Kunst auseinandergesetzt. Kishon als Satire, Fernau in der ihm eigenen sarkastischen Art. Wer kauft die moderne Kunst, die sich ein Normalsterblicher nicht ins eigene Wohnzimmer stellen würde, selbst wenn sie gratis zu haben wäre? Gehen Sie mal in Bankfilialen. Die Finanzakrobaten betätigen sich gern (zum Nachweis der eigenen Gutmenschlichkeit?) als „Kunstmäzene“.

Dieser Tage hat die Universität der Künste in Berlin so eine Art „Tag der offenen Tür“ veranstaltet. Wer also wissen will, was der Nachfolger von Herrn Ackermann in 20 Jahren für die künstlerische Ausgestaltung seiner Filialen anschaffen wird, konnte es mit einem Rundgang dort erfahren. Lachen war verboten, das hätte die Schöpfer der Werke verunsichern oder gar beleidigen können. Am besten setzte man ein „undurchdringliches“ Gesicht auf. In einem Korridor prangte ein Banner, das ins Auge fiel: „Werke von Frauen sind die Schnäppchen unserer Zeit.“ Vor mir schlich die Avantgarde der Szene in Gestalt eines Rentners mit Fastglatze, aber grün gefärbten Haaren herum.

Ein Klohäuschen mit dazu gehörigem, sich selbständig drehendem Stereogerät erregte meine Aufmerksamkeit. Ob der Papierkorb mit den leeren Flaschen auch eine Skulptur ist? Ein anderes Werk war eher naturalistisch. Ein Knusperhäuschen wie aus „Hänsel und Gretel“ war mit Broten der Kette „Thoben“ bestückt – na, da muss man erst mal drauf kommen. Ein summender Motor ließ mich aufmerken. Der Künstler erklärte mir, der Motor des Autoscheibenwischers betätige ein Förderband, welches nur einfach rund laufe. Es diene keinem Zweck – solle es auch nicht. Das Werk symbolisiere die Sinnlosigkeit der Welt. „Seines Werkes auch“, fragte ich ihn mit bierernstem sauertöpfischen Gesicht. Traurig antwortete er „Nein, natürlich nicht“, er wolle ein Zeichen setzen und aufrütteln.

In einem anderen Raum waren weitere Werke zu sehen. Eine junge Studentin saß gewichtig auf ihrem Stuhl. Was das Werk dort darstellen solle, fragte ich und zeigte auf eine Skulptur. Keine Ahnung, lautete die Antwort, sei nicht von ihr. So – na dann – das da? Gleiche Frage, gleiche Antwort. „Na was haben Sie denn geschaffen?“ Stolz weist sie auf eine Leinwand. Grau in Grau, in der Mitte ein Gegenstand, er weist Ähnlichkeit mit einem Rentner auf, der auf einem Sofa sitzt. „So“ – fragte ich interessiert, „was soll das darstellen?“ „Mit der Frage hab ich ein Problem“, lautete die hochnäsige Antwort. Nun war ich derjenige, der befragt wurde. Was ich denn da erkenne? Grau in Grau – Chaos. Ja, ja das sei richtig. Es gefiele mir aber nicht, ich würde mir das nicht ins Wohnzimmer hängen, ließ ich sie wissen. „Kunst soll auch nicht erfreuen“, wurde ich dann belehrt.

# Berlin hofft auf ein Wunder

## Ab 2020 droht der Hauptstadt ein finanzielles Fiasko – Bund soll helfen




Brandenburg zeigt der Hauptstadt die kalte Schulter: Das von Matthias Platzeck (SPD, r.) geführte Bundesland sieht kaum Vorteile in einem Zusammengehen mit dem Berlin von Klaus Wowereit

Bild: flashmedia

**Sollte die von Bayern angedrohte Klage gegen den Länderfinanzausgleich Erfolg haben, wird es vor allem für Berlin, das Hauptempfängerland, sehr eng. Im Extremfall droht der Stadt eine Entwicklung, die sich die meisten Berliner bisher kaum vorstellen können.**

„Mir reicht es, weiter vor dem Altar zu stehen und nicht abgeholt zu werden.“ – Zumindest aus Sicht des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) dürfte zum Thema Länderfusion mit Brandenburg damit erst einmal alles gesagt sein. Anders scheint dies bei seinem Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) zu sein. Der hatte vor einigen Monaten noch einmal das Thema einer Länderfusion mit Brandenburg in einem Interview mit dem „Spiegel“ ins Gespräch gebracht.

Angesichts der Schuldenbremse, die ab 2020 wirken soll, rechne er damit, dass einige Länder aus Finanznot ihre Selbstständigkeit verlieren würden, so Nußbaum. Auch wenn der Berliner Finanzsenator das Saarland und Bremen als erste Kandidaten für ein derartiges Szenario genannt hat, ist es auch Berlin, dem ein solches Schicksal in einigen Jahren droht: Die Stadt hat mittlerweile einen Schuldenberg von über 63 Milliarden Euro angehäuft. Mit über 18 000 Euro pro Kopf liegt Berlin gleich nach Bremen bei der öffentlichen Verschuldung an der Spitze – bei der Finanzkraft allerdings 15 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

Eine weitere Verschlechterung der Lage ist bereits absehbar: Ab 2020 wird die beschlossene Schuldenbremse den Bundesländern neue Kredite verbieten, zusätzlich fällt der Solidarpakt II weg. Allein dieser spülte im vergangenen Jahr 1,5 Milliarden Euro in die Berliner Landeskasse. Damit nicht genug: Nachdem Bayern eine Reform des Länderfinanzausgleichs für gescheitert hält, hat Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) nun eine Klage beim Bundesverfassungsgericht angekündigt – eine weitere Berliner Einnahmequelle droht zu versiegen.

Nach Ansicht Bayerns ist der Finanzausgleich zu einer Bestrafung wirtschaftlich erfolgreicher Bundesländer mutiert, der Empfängerländern wie Berlin keine Anreize bietet, selbst auf die Beine zu kommen. Bayern zahlte als größtes Geberland im vergangenen Jahr 3,7 Milliarden Euro in das System ein, Berlin erhielt 3,04 Milliarden Euro. Zusammen mit dem Auslaufen des Solidarpakts II droht dem Berliner Haushalt ab 2020 im Extremfall jährlich ein Loch von vier bis fünf Milliarden Euro, während der bisher gebrauchte Ausweg neuer Schulden versperrt sein wird.

> Bayerns Klage gegen Länderfinanzausgleich löst Alarm aus

Das Szenario macht verständlich, warum die Länderfusion mit Brandenburg für den Berliner Finanzsenator nach wie vor ein Thema zu sein scheint. Ein Zusammengehen mit dem Nachbarn würde immerhin die Möglichkeit bieten, Verwaltungskosten zu sparen, obendrein besteht die vage Hoffnung, dass der Bund einen Teil der Berliner Schulden quasi als Mitgift für die Fusion übernähme. Ohne all dies müsste Berlin das Wunder zu Stande bringen, seine eigene Steuerkraft massiv zu steigern und gleichzeitig drakonisch zu sparen. Sollte diese Option scheitern, dann könnte auf Berlin ein wahres Schreckensszenario zukommen – weniger aus Sicht der meisten Berliner als vom Standpunkt Berliner Politiker: Die Stadt könnte finanziell irgendwann mehr oder minder direkt vom Bund abhängen und im Extremfall sogar seine politische Selbstständigkeit und den Status eines Bundeslandes verlieren: Endstation „Hauptstadtdistrikt“ nach dem Vorbild der US-Hauptstadt Washington.

Ein Ansatz für eine solche Entwicklung ist bereits mit dem im Jahre 2007 geschlossenen Vertrag zur Hauptstadtfinanzierung gelegt. Zunächst gültig bis 2017 wurde vereinbart, dass der Bund sich an Kosten Berlins für Sicherheitsaufgaben, aber auch an wichtigen Kulturprojekten beteiligt. Denkbar ist, dass nach 2017 sowohl der finanzielle Beitrag als auch der Einfluss des Bundes im Land Berlin weiter anwächst. Die Chancen, diesem Schicksal durch eine Länderfusion zu entgehen, sind inzwischen denkbar gering: Nach Vorstellungen Nußbaums müsste auch im Falle einer Fusion der Bund 30 der 63 Milliarden Euro Berliner Schulden übernehmen, damit die Stadt über die Runden kommt. Dabei stellt sich die Frage, was den Bund zu einem derartigen Schritt bewegen sollte – bei eigenen leeren Kassen und ohne Berliner Gegenleistung.

Ebenso fraglich sieht es bei der Zustimmung Brandenburgs aus. Gescheitert ist die Fusion im Jahre 1996 nicht zuletzt an der Furcht vieler Brandenburger vor den Schulden der deutschen Hauptstadt. Die betrugen damals 24 Milliarden Euro – inzwischen ist es fast das Dreifache.

Vorteile, die es rechtfertigen würden, sich den Berliner Schuldenberg zusätzlich zu den eigenen Schulden aufzuhalsen, sind derzeit noch weniger als 1996 erkennbar: Nach der gescheiterten Länderfusion haben Dutzende Staatsverträge und Verwaltungsvereinbarungen dazu geführt, dass Berlin und Brandenburg intensiver miteinander kooperieren als alle andere Bundesländer. Was zwischen den beiden Ländern zu regeln war, wurde inzwischen weitgehend geregelt. Da verwundert es kaum, dass Brandenburgs SPD einen weiteren Fusionsanlauf vor 2030 bereits ausgeschlossen hat. Gut beraten wäre die Regierung in Potsdam allerdings, sich beizeiten auch schon über andere zukünftige Fusionspartner wie Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt Gedanken zu machen, falls Berlin tatsächlich eines Tages finanziell vollständig unter die Fittiche des Bundes schlüpfen muss.

*Norman Hanert*

# Neuer Besucherrekord

## Die Mark Brandenburg zählte 2011 so viele Touristen wie nie zuvor

Brandenburgs Tourismus befindet sich im Aufwind: 2011 gab es elf Millionen Übernachtungen, 4,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Das ist ein neuer Rekord.

Die wachsende Beliebtheit des Landes der Alleen bei Urlaubern findet nicht nur in diesen absoluten Zahlen Ausdruck. Neu ist auch, dass bisher weniger bekannte Urlaubsregionen der Mark ins Blickfeld der Reisenden geraten.

So überholte das Ruppiner Seenland mit 6,3 Prozent mehr Übernachtungen erstmals den touristisch bisher weit beliebteren Spreewald. Vergangenes Jahr kamen ins Ruppiner Seenland 1 403 616 Besucher, in den Spreewald 1 394 835. Die Gesamtregion Oder-Spree bleibt indes Spitzenreiter im Brandenburg-Tourismus mit insgesamt knapp zwei Millionen Übernachtungen.

Die erfreulichen Zahlen gab dieser Tage der Landestourismusverband Brandenburg bekannt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer belief sich demnach auf 2,7 Tage.

Auch das touristische Großprojekt „Tropical Islands“ in Brand (Dahme-Spreewald) wächst sich zunehmend zum Tourismusmagneten aus. Die große Anlage, einst als geplanter Luftschiffstandort hoch verlustträchtig, soll sogar für 500 Millionen Euro ausgebaut werden. Die künstliche Badelandschaft lockt inzwischen bereits Besucher aus Polen und Skandinavien zum „überdachten“ Kurzurlaub.

> Auch bislang weniger bekannte Regionen melden Bestzahlen

Der Eigentümer von Tropical Islands, der in Malaysia ansässige Tanjong-Konzern, plant nach eigenen Angaben, um die 66 000 Quadratmeter große einstige Montagehalle des Luftschiffbauers Cargolifter eine große Ferienanlage herum zu bauen. Ein Westerndorf, ein 50er-Jahre-Dorf, ein Mittelalterdorf und ein Tropendorf sollen die Anlage ergänzen und rund 12 000 Betten Übernachtungskapazität schaffen. Drei Millionen Übernachtungen erhofft sich das Unternehmen pro Jahr. Obwohl das Geschäft mit den künstlichen Tropen lange defizitär war, investierten die Malaysier weiter.

Selbst ein Golfplatz und die Wiedereröffnung eines nahen einstigen Militärflughafens für den Urlauberverkehr taucht in den weiteren Planungen von Tanjong und den beteiligten Investoren auf. In der bisher mit 200 Millionen Euro Gesamtinvestitionen umgebauten einstigen Luftschiffhalle arbeiten 540 Mitarbeiter. Der Jahresumsatz beträgt laut „Welt am Sonntag“ 37 Millionen Euro.

*Sverre Gutschmidt*

# Heimat für Roma

## Berlin baut neuen Wohnwagenplatz

In der Nähe des früheren Grenzkontrollpunktes Dreilinden an der Autobahn Berlin-Magdeburg herrscht emsige Betriebsamkeit. Es entstehen Toiletten, Duschen sowie Aufenthalts- und Technikräume. Sinn der Maßnahme ist die „Sesshaftmachung von südosteuropäischen Sinti und Roma, die eine neue Heimat in Berlin suchen“.

Bis zu 36 Familien gleichzeitig kampieren bereits mit ihren Wohnwagen dort. Die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetensammlung war zunächst dagegen: Fraktionschef Torsten Hippe wollte eine Wiederherstellung der Natur auf dem Asphaltplatz ermöglichen. Anwohner und die Partei „Pro“ leisteten Widerstand gegen die dauerhafte Anwesenheit von Zigeunern.

> Proteste der Anwohner erlahmt

Die Bürger scheinen derweil ihren Protest aufgegeben zu haben. Zehlendorfs Stadtentwicklungsstadtrat Norbert Schmidt (CDU) hat keine Beschwerden mehr vorliegen.

Schon 2001 hatte der damalige Senator für Stadtentwicklung, Peter Strieder (SPD), gefordert, es müsse „umgehend ein ständiger Standort für Wohnwagen durchreisender Sinti und Roma in Berlin geschaffen werden“. Umgerechnet 2,5 Millionen Euro sollte das kosten, doch das Geld fehlte damals.

Heute scheint das anders zu sein. obwohl das Ganze wohl teurer wird – um wie viel genau, ist noch ungewiss. 2009 plante der Senat schon drei Millionen Euro ein. Markus Rosenberg vom Verein zum Erhalt der Kultur der Sinti und Roma freut sich: „Es wäre ein Stück Normalität“. Anwohner Falko H. sieht das anders. Er sagt, er sei „bedient“.

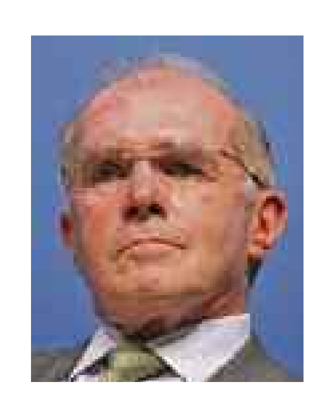
*Hans Lody*

# Rohrbruch gegen NPD

Am 10. August will die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ ein Pressefest bei Pasewalk in Vorpommern veranstalten. Dagegen formiert sich ein Aktionsbündnis. Gisela Ohlemacher, DGB-Vorsitzende der Region, Henrik Gruhlich (Piratenpartei) und verschiedene Repräsentanten von öffentlicher Verwaltung und SPD haben sich zu diesem Zweck getroffen. Das Protokoll ihrer Sitzung weist indes Vorschläge aus, die auf geplante Straftaten schließen lassen. So heißt es, es könne „zufällig ein Rohrbruch die Straße unbefahrbar machen“. Obwohl verschiedene Landtagsabgeordnete von SPD und CDU Kenntnis von der Planung der Straftaten haben, war bislang von dieser Seite keine Distanzierung zu hören. Pasewalks Bürgermeister Rainer Dambach (parteilos) äußerte nur Bedenken wegen der praktischen Durchführung der Blockade, denn „es gebe mindestens drei Anfahrtsmöglichkeiten, die man nicht ohne weiteres blockieren oder sperren könne“.

*H.L.*

## Zeitzeugen



**Klaus Dieter Naumann** – Der heute 73-jährige Ex-Bundeswehrgeneral und langjährige Generalinspekteur hatte von 1996 bis zu seiner Pensionierung 1999 den Vorsitz im Nato-Militärausschuss inne. Danach trat er dem Aufsichtsrat des französischen Rüstungskonzerns Thales Group bei. Er prägte 2010 bei einem Vortrag vor 400 Bundeswehroffizieren den Begriff der „entfesselten Welt der Globalisierung“ und warnte eindringlich davor, die Bedrohungen des Cyberzeitalters zu unterschätzen.



**Barack Obama** – Der 51-jährige Friedensnobelpreisträger und 44. Präsident der Vereinigten Staaten setzt ganz auf den anonymen Krieg der Zukunft über das Internet. Interne Kritiker sprechen von den „Atombomben des digitalen Zeitalters“. Mit Trojaner-Attacken wie „Stuxnet“ und „Flame“ greift er in die gegnerischen Steuerungscomputer ein, mit anonymen Drohnenangriffen nimmt er zudem bei sogenannten gezielten Tötungen als Kollateralschaden auch zivile Opfer in Kauf. Er ist so hinter dem Schreibtisch Herr über Leben und Tod. Zu seinem Amtsantritt kritisierte er bei verschiedenen Auftritten in Kaderschmieden der USA die „altmodische Einstellung“ des Pentagon, die im Begriff sei, die technischen Möglichkeiten der Neuzeit zu verschlafen. Unter seiner Führung vervielfachte sich der Einsatz von Drohnen. Obama sieht im Drohneneinsatz auch das haushaltspolitische Ziel, die Truppenstärke zu reduzieren. Bei Bedarf greift er zudem auf zivile Sicherheitsunternehmen zurück.



**Geng Yansheng** – Erstmals räumte der 50-jährige Oberst und Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums die Existenz von regierungsamtlichen Hackern ein. Als sogenannte „Blaue Armee“ arbeiten 30 Spezialisten in Guangdong an der Abwehr von Cyberattacken. Sie sind – so betonen westliche Experten – aber auch in der Lage, selbst solche Angriffe zu planen. Unterstützt werden sie durch Hunderte Freiwilliger in den Universitäten des Landes. Bei zahlreichen Angriffen der jüngsten Zeit konnten die Spuren bis China verfolgt werden, auch wenn Yansheng ausdrücklich betont, dass die die „Blaue Armee“ nur zur Abwehr arbeitet.

# Im Rausch des Machbaren

### Der Mensch kann inzwischen technisch viel realisieren, doch das birgt auch Gefahren

**„Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los.“ Goethes Ballade „Der Zauberlehrling“ nahm vorweg, was heute die fortschreitende Technisierung und Globalisierung des Lebens auf unserem Erdball prägt: Der Mensch begibt sich immer mehr in die Abhängigkeit der von ihm geschaffenen Technik, die Zivilisation frisst ihre Kinder.**

Cyberkrieg, eine virtuelle Schattenwelt, denkende Maschinen, immer mehr perfektionierte Roboter, grenzenlose Information, aber auch Manipulation, Töten auf Knopfdruck mit unbemannten Killerdrohnen, Genveränderungen und Überwachung aus dem All beherrschen – anonymisiert – mehr und mehr den Alltag. Ferngelenkte Maschinenquallen paddeln durch die Ozeane, Tauchroboter sinken bis auf den Grund. Fabrikhallen ohne Arbeiter machen Tausende arbeitslos. Computer beherrschen schon Kinder. Zugleich schwinden die moralischen Bremsen, Tabubrüche, eine nicht fassbare Bedrohung, das mögliche Entgleisen der Technik, wie die atomaren Gaus in Tschernobyl und Fukushima, Havarien von Ölplattformen und Pipelines beunruhigen die Bürger, schüren Zukunftsängste, lassen Psychosen blühen.

Weltuntergangsstimmung und Depressionen sind oft die Folge, eine unsichere und überfordernde Arbeitswelt tut ein Übriges. Es gibt kein Gefühl der Sicherheit mehr. Das angesammelte Vernichtungspotenzial an Waffen würde ohnehin ausreichen, alles Leben auf dem Globus auszulöschen.

Die Suche nach neuen Rohstoffressourcen hat längst auch die letzten Überlebenden der früheren Menschenwelt, die indigenen Völker in Dschungeln und auf einsamen Inseln, erreicht. In den Zivilisationen wird der gläserne Mensch durch Datenvernetzung immer spürbarere Wirklichkeit, seine persönlichen Daten werden als Ware gehandelt.

### Überwachungsstaat schon jetzt möglich

Der Preis für die rasante Entwicklung wird von der Umwelt bezahlt: Müllteppiche auf den Ozeanen, verseuchtes Trinkwasser und kontaminierte Lebensmittel lassen das Bild eines geplünderten Planeten entstehen. Renommierte Wissenschaftler wie der britische Physiker Stephen Hawking ziehen längst eine Auswanderung ins All in Betracht und suchen mit Teleskopen und Raumsonden nach möglichen Lebensräumen für die Spezies Mensch.

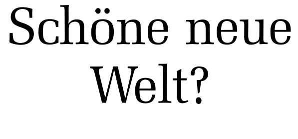
Der Einbau von Chips gleich nach der Geburt rückt in greifbare Nähe, der Überwachungsstaat ist allenthalben auf dem Vormarsch und Terroristen liefern dafür die Argumente, schanzen sie Bürokraten und Politikern zu. Selbst ein Schäferstündchen im tiefen Tann kann, wie jetzt geschehen, durch eine Wildüberwachungskamera für unliebsame Folgen sorgen. Einzelne Firmen gingen bereits soweit, auch die Toiletten ihrer Mitarbeiter zu observieren.

Nie zuvor gab es so viele dramatische Neuerungen innerhalb von nur einem Lebensalter wie in unserer Zeit. Als Beispiel mag die Kommunikation dienen: Telefon, Rundfunk, Fernsehen, Fernschreiber, Fax, Bildfunk, Satellitenübertragung, Handy und Internet. Ein Eskimo in seinem Kajak könnte ohne Weiteres mit einem schwarzen Fischer in seinem Einbaum auf dem Kongo telefonieren. Ja, selbst ein Mann auf dem Mond bleibt erreichbar.

Wer sich dieser Techniken bedient, kann selbst geortet, also überwacht, seine Daten gespeichert und vernetzt werden. Andererseits entstand eine neue Art von Kriminalität, wird unser Alltag von Passwörtern, Pins und Codeworten überwuchert. Ein Mensch, der um 1900 geboren wurde, könnte mit der Wirklichkeit von heute kaum mehr klarkommen.

Philosophen, Schriftsteller und Theologen haben längst vergebens gewarnt. Selbst eingefleischte Militärs wie der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, benutzen den Begriff der „entfesselten Welt der Globalisierung“, vom Rausch der Machbarkeit gebläht. Die Entschlüsselung der Gene macht Klone möglich, reizt zur Manipulation des Erbgutes, nicht nur bei Pflanzen, auch beim Menschen. Um trotzdem noch der Herr im eigenen Haus zu bleiben und seine Seele nicht zu verlieren, muss der Mensch dringend lernen, beim Machbaren Grenzen zu setzen.

*Joachim Feyerabend*



## Schöne neue Welt?

Es gab schon immer Schriftsteller, die visionär in ihren Romanen eine kommende Welt vorwegnahmen. Oft übertraf die eingetretene Wirklichkeit sogar ihre Phantasie. Der Franzose Jules Verne (1828–1905) beschrieb den damals für unmöglich gehaltenen Aufbruch des Menschen ins All („Reise um den Mond“) und entwarf ein Unterwasserfahrzeug, das den heutigen Atom-U-Booten ähnlich ist („20000 Meilen unter dem Meer“).

Der Brite George Orwell (1903–1950) zeichnete in seinem Roman „1984“ eine Gesellschaft der totalen Überwachung und Lenkung. „Der große Bruder“ beobachtete alle, die Gedankenpolizei räumte mit Andersdenkenden auf, Gehirnwäsche inklusive. Das China von heute kommt diesem Entwurf längst nahe, die technischen Möglichkeiten unserer Zeit sind sogar wesentlich effektiver.

### Wirklichkeit übertrifft Phantasie

Der Engländer Aldous Leonard Huxley (1894–1963) nahm in seinem Werk „Brave New World“ vorweg, was heute mit Genmanipulation möglich wird. In seiner „Schönen neuen Welt“ entstand der Entwurf für eine manipulierte Rasse, in der Alpha-Plus-Menschen die Führungspositionen innehaben und Epsilon-Minus-Menschen die Arbeitsbienen sind. Insgesamt fünf kurz nach der Geburt vorgeprägte Kasten garantieren den reibungslosen Ablauf des Staatswesens, in dem auch das heute von einigen Medizinern diskutierte „sozialverträgliche Ableben“ kein Tabu ist.

Als Gründerin des Genres „Science Fiction“ gilt die Britin Mary Shelley (1797–1851) mit ihrem Roman „Frankenstein“, dem künstlichen Menschen, den der Schweizer Viktor Frankenstein an der Universität Ingolstadt erschafft – nie waren Wissenschaft und Technik der Erschaffung eines Homunkulus, und sei es in Form eines perfekten, lernfähigen Roboters, so nahe wie heute. *J.F.*



**Wer beherrscht künftig die Welt: Der Mensch oder die von ihm geschaffenen Maschinen?** Bild: mauritius

# Operation »Zwielichtige Ratte«

### In der Zukunft werden Kriege wohl alles andere als fair geführt

Er hieß Sun Tsu und lebte vor 2500 Jahren. Gleichwohl kann der chinesische Philosoph, General und Militärstratege als Vordenker für die Kriege des 21. Jahrhunderts gelten. Denn er propagierte den Sieg ohne Kampf als erstrebenswertes Ziel. Mit möglichst geringem Aufwand sollte beim Gegner ein größtmöglicher Schaden angerichtet werden. Diese Vorgabe aus seinem Standardwerk „Die Kunst des Krieges“ erfüllen Cyberkrieg und Einsatz von unbemannten Killerdrohnen, den US-Präsident Barack Obama als ein probates Mittel zur Kürzung seines aufgeblähten Militäretats propagiert.

Der Krieg der Zukunft wird ein lautloser Schattenkrieg sein, für den sich gerade das US-Pentagon mit entsprechenden Ausbildungskursen vorbereitet. In Nevada ging gerade der erste Kurs zu Ende. Themen: Aufspüren elektronischer Eindringlinge, Verteidigung von Netzwerken und Organisation von Gegenangriffen. Rivale China bereitet sich ebenfalls längst auf solche Computerwaffen vor, mit dem Ziel, die Infrastruktur potenzieller Gegner zerstören zu können. 2009 sollen chinesische Hacker alle Baupläne des F-35 Joint Strike Fighter gestohlen haben, was zu einer jahrelangen Verzögerung des 300-Millionen-Dollar-projekts führte. „China strebt nach Informationsherrschaft, die ökonomische Überlegenheit oder strategische militärische Vorteile ermöglicht. Dieses Vorgehen wird staatlich unterstützt, militärisch entwickelt und teils zivil ausgeführt“, weiß etwa der IT-Sicherheitsberater Bill Hagestad, früherer Oberstleutnant bei den US Marines.

### Drohnen töten hinterrücks

Explizit zeigte sich der neue Trend zu einem digitalen Armageddon beim Einsatz der gefährlichen Viren „Stuxnet“ und „Flame“ gegen die Atompläne des Iran. US-Präsidenten Obama soll sie persönlich angeordnet haben. Der österreichische Politologe Roland Benedikter glaubt sogar, dass der Einsatz als Warnung an andere Staaten zu verstehen sei, ein weitaus gefährlicheres Instrumentarium bereits zur Verfügung stehe. Der Cyberwar mache einen Machtzuwachs möglich, der mit konventionellen Mitteln nie zu erreichen wäre. Benedikter: „Mehr als 100000 Hacker operierten von Kalifornien aus, Zehntausende stehen in China im Sold Pekings. Der elektronische Krieg hat längst begonnen.“ Und er geht Hand in Hand mit einem Desinformationskrieg, nämlich der Verbreitung gefälschter Nachrichten. Wie sagte schon der Altmeister der Militärtheorie, der preußische General Carl von Clausewitz (1780–1831): „Ein großer Teil der Nachrichten, die man im Kriege bekommt, ist widersprechend, ein noch größerer Teil ist falsch und bei Weitem der größte einer ziemlichen Ungewissheit unterworfen.“

Rechtlich umstritten ist der Einsatz von Drohnen durch das US-Militär in Pakistan und im Jemen. Denn nach dem Haager Abkommen von 1907 ist im Krieg „die meuchlerische Tötung und Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres“ untersagt. *J.F.*


**Preußische Allgemeine Zeitung**

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
**Dr. Jan Heitmann**
(V. i. S. d. P.)

**Chefin vom Dienst, Politik, Bücher:** Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

**Freie Mitarbeiter:** Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Konten:** HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



| | |
|---|---|
| **Telefon** | **(040) 4140 08-0** |
| Telefon Redaktion | (040) 4140 08-32 |
| Fax Redaktion | (040) 4140 08-50 |
| Telefon Anzeigen | (040) 4140 08-47 |
| Telefon Vertrieb | (040) 4140 08-42 |
| Fax Anz./Vertrieb | (040) 4140 08-51 |

**Internet:**
www.preussische-allgemeine.de
**E-Mail:**
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de
**Landsmannschaft Ostpreußen:**
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

# Zu wenig Multikulti

## Vereinte Nationen: Politiker in Europa sollen sich konsequenter ein neues Volk formen

**Seit selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel „Multikulti" für gescheitert erklärt hat, war es etwas still geworden um den Begriff von der „multikulturellen Gesellschaft". Der UN-Sonderbeauftragte für Migrationsfragen, Peter Sutherland, hat nun allerdings klar gemacht, dass der Versuch eines ethnischen Umbaus westlicher Gesellschaften nach wie vor auf der Tagesordnung der politischen Eliten steht.**

„Die ethnische Homogenität muss unterminiert werden." Zumindest in seiner Deutlichkeit dürfte eine Forderung, wie sie der UN-Sonderbeauftragte für Migrationsfragen vorgebracht hat, mittlerweile fast Seltenheitswert haben. Nach Ansicht Sutherlands, der nicht nur für die Uno, sondern auch für die Investmentbank Goldman-Sachs arbeitet und langjähriger Teilnehmer der „Bilderberger"-Treffen ist, „hängt der Wohlstand der EU-Länder davon ab, ob die Staaten in multikulturelle Gesellschaften umgewandelt werden". Auch wenn Sutherland den Beweis für diese Behauptung schuldig bleibt, empfiehlt er ernsthaft, dass sich Länder wie Deutschland in Bezug auf Multikulturalität Großbritannien als Vorbild nehmen sollten, wie BBC berichtete.

Obwohl der UN-Sonderbeauftragte noch Nachholbedarf zu sehen glaubt, die Weichen hin zu einer multikulturellen Gesellschaft sind in Deutschland längst gestellt. Im Jahr 2011 haben die Geburten von Eltern mit Migrationshintergrund und der Einwanderungsüberschuss – gesamt 520 000 – die Zahl der einheimischen Geburten – etwa 440 000 – bereits überstiegen. Verschärfend zu den niedrigen Geburtsziffern Einheimischer und einer anhaltende Zuwanderung von außen kommt im Falle Deutschlands noch verschärfend eine weitere Entwicklung hinzu: eine Auswanderungswelle von häufig gutausgebildeten Deutschen. Profitiert haben davon in den letzten Jahren klassische Einwanderungsländer wie Kanada und Australien, aber auch die Schweiz und Norwegen.



London als Vorbild: Deutschland soll nach UN-Position mehr werden wie die britische Hauptstadt *Bild: imago*

Glaubt man der landläufigen Darstellung vieler Politiker und Medien, dann sind derartige Entwicklungen zwangsläufig und nicht zu verhindern. Dass die spürbare Zunahme von Masseneinwanderung in viele europäische Staaten um das Jahr 2000 durchaus gezielt herbeigeführt worden ist und politischen Zielen gedient hat, wurde erst im Jahr 2010 durch Enthüllungen zur britischen Einwanderungspolitik deutlich. Andrew Neather, früherer Berater der Labour-Regierung unter Tony Blair, hatte unumwunden zugegeben, dass die gezielte Förderung von Zuwanderung Teil der damaligen Regierungspolitik gewesen sei. Offiziell mit wirtschaftlichen Vorteilen gerechtfertigt, waren insgeheim auch politische Ziele verfolgt worden. „Die Rechten sollten mit der Nase auf die Tatsache der Vielfalt gestoßen werden, damit sie ihre altmodischen Ansichten ändern", wie Neather unverblümt einräumte. Tatsächlich hatte die Einwanderungswelle allerdings noch einen ganz anderen Effekt: zusätzliche Wähler für die eigene Partei. Unter anderem weil Einwanderer aus Commonwealth-Staaten bei legalem Aufenthalt in Großbritannien sofortiges Wahlrecht genießen, hat sich in den Jahren der letzten Labour-Regierung per Masseneinwanderung die Zahl der Wahlberechtigten um 1,3 Millionen vergrößert. Hauptprofiteur dürften nicht nur in Großbritannien Vertreter des linken Parteienspektrums gewesen sein. Da Blairs Labour Party um das Jahr 2000 unter den sozialdemokratischen Parteien Europas als regelrechtes Vorbild gegolten hat, dürfte man mit der Annahme nicht fehlgehen, dass auch Gerhard Schröders SPD in Fragen der Einwanderungspolitik und zusätzlicher Wähler genau nach Großbritannien geschaut hat. Die Bemühungen von Rot-Grün im Jahr 1999, die Möglichkeiten einer doppelten Staatsbürgerschaft massiv auszuweiten, oder in den Folgejahren, per angeordneter, freigiebiger Vergabe von Touristenvisa eine Masseneinwanderung zu ermöglichen, würden dafür sprechen.

> Massive Zuwanderung machte Vereinigte Staaten erst möglich

Der von der „New Labour" oder dem „Modernisierer" Gerhard Schröder verfolgte Ansatz, per „multikultureller Gesellschaft" politische Ziele zu verfolgen, ist weniger modern, als es zunächst erscheinen mag. Umso verblüffender ist allerdings die Herkunft des Konzepts. Die Blaupause zum Entwurf der modernen multikulturellen Gesellschaften entstammt der britischen Kolonialpolitik. Bewährte Herrschaftspraxis war die Herbeiführung einer ethnischen oder religiösen Zersplitterung der Bevölkerung – im Normalfall per Einwanderung.

Erfolgreich praktiziert wurde derartiges über lange Zeit in Südafrika oder Indien, am offensichtlichsten wahrscheinlich am Handelsplatz der britischen Ost-Indiengesellschaft in Singapur. Die Förderung ethnischer und religiöser Unterschiede in der Bevölkerung beziehungsweise die offensichtliche Bevorzugung einzelner Bevölkerungsgruppen haben über lange Zeiträume Spannungen innerhalb der Bevölkerung aufrechterhalten, die Herrschaftsausübung dafür aber umso mehr gefestigt.

Auch in Hinsicht auf die Bestrebungen, die EU zu „Vereinigten Staaten von Europa" umzuwandeln, ist ein Blick in die Geschichte angeraten. Erst die Marginalisierung der angestammten Urbevölkerung und die Massenimmigration einer neuen und vor allem bunt zusammengewürfelten (multikulturellen) Hauptbevölkerung, die frei von ihren bisherigen nationalen Bindungen war, hat die Etablierung eines völlig neuen, quasi künstlich geschaffenen Staates namens USA überhaupt möglich gemacht. *H. Müller*

## MELDUNGEN

### Arbeit für Asylbewerber

**Berlin** – Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach die bisherigen Leistungen für Asylbewerber verfassungswidrig seien, fordern Grüne und FDP, dass Asylbewerber eine Arbeitsgenehmigung erhalten. Während für den Parlamentarischen Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, dies eine Frage der Menschenrechte und dem Ende von Diskriminierung ist, sieht der Bundestagsabgeordnete Hartfrid Wolf (FDP) in erster Linie den Kampf gegen Fachkräftemangel und eine Entlastung der Staatskasse. Auch ist die bisherige Regelung im Hinblick auf die Alterung der Gesellschaft unverantwortlich, so Wolf. Die CSU ist gegen diese Forderung, da eine generelle Arbeitserlaubnis potenziellen Missbrauch des Asylrechts mit einer Arbeitserlaubnis belohnen würde. *S.G.*

### Vorhandenes Potenzial nutzen

**Gütersloh** – Während die Politik dem Mangel an Erzieherinnen durch Umschulungsmaßnahmen von Arbeitslosen beikommen will, hat die Bertelsmann Stiftung darauf hingewiesen, dass man vor allem doch zuerst vorhandenes Potenzial nutzen solle. So würden 60 Prozent der Erzieherinnen Teilzeit arbeiten, was ein erschreckend hoher Anteil sei, da insgesamt nur 45 Prozent aller arbeitenden Frauen einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen. Die Bertelsmann Stiftung schlägt nun vor, man solle Anreize schaffen. Wie genau diese aussehen sollen, verrät die Stiftung in ihrer Presseerklärung allerdings nicht. Auch bleibt offen, warum gerade Frauen in jenem Beruf, an dem sie am besten an einen Betreuungsplatz für ihr Kind kämen, so oft Teilzeit arbeiten. Das Vorhandensein von Betreuungsplätzen wird derzeit als Hauptgrund für die geringe Erwerbstätigkeit von Frauen genannt. *Bel*

# Unruhe im Ruhestand

## Euro-Krise wirkt sich auf Altersbezüge aus

Dass der Ruhestand für zukünftige Rentner und Pensionäre in Deutschland finanziell gesehen nicht mehr ganz so rosig aussehen wird wie für jene, die bereits ihren Lebensabend genießen, ist kein Geheimnis mehr. Die Alterung der Gesellschaft – weniger junge Menschen bei gleichzeitig längerer Lebenserwartung – wird als Grund dafür angeführt, dass Berufstätige mehr privat vorsorgen müssen, da die staatliche Versorgung nicht mehr auf dem bisherigen Niveau Leistungen erbringen kann.

Ifo-Chef Hans-Werner Sinn warnt zudem immer wieder vor den Folgen der Euro-Rettung für den deutschen Rentner der Zukunft. Da der Staat sein Geld nur einmal ausgeben könne, müsse er irgendwo anders sparen, wenn er beispielsweise den Griechen zu viel Geld in Aussicht stellt, so seine These. Doch da in Deutschland die Rentenkassen wegen der guten Konjunktur gut gefüllt sind und die Ausgaben für Pensionen die staatlichen Haushalte zwar belasten, aber noch nicht überlasten, ist die Lage derzeit entspannt.

Ganz anders sieht es in Ländern aus, die stark auf eine kapitalbasierte Altersversorgung setzen und nicht wie in Deutschland ein über Umlagen finanziertes System haben, sprich die arbeitende Bevölkerung für die Ruheständler zahlt. In den Niederlanden und in Großbritannien leiden die Pensionsfonds unter der Zinspolitik ihrer Zentralbanken. Die Europäische Zentralbank hat erst letztens als Folge der Euro-Krise den Leitzins auf 0,75 Prozent gesenkt. An diesem Zins orientieren sich die Finanzmärkte, an denen die Pensionsfonds das Geld ihrer Einzahler anlegen. Abzüglich Verwaltungskosten und Verlusten durch beispielsweise Investitionen in griechische Staatsanleihen ist ein Geldzuwachs inzwischen nur noch schwer zu erreichen. Zugleich leben die Menschen länger und die Inflation liegt im Euro-Raum bei rund zwei Prozent. Die Folge sind Kürzungen bei der Rentenzahlung. So müssen ehemalige niederländische Staatsbedienstete 2013 mit Kürzungen von etwa 0,5 Prozent, ehemalige Mitarbeiter im Gesundheitswesen mit bis zu sieben Prozent weniger rechnen. Diese Entwicklung ist auch für Deutschland wichtig, da hier die kapitalbasierte Rente eine immer größere Rolle spielt. *Bel*

> Bald weniger Rente für Niederländer

# Nebenjob dringend gesucht

## Kürzungen des Realeinkommens zwingen immer mehr Polizisten, Geld dazu zu verdienen

In Deutschlands Großstädten wie Berlin, Frankfurt am Main oder München sind immer mehr Vollzugsbeamte gezwungen, einer Nebentätigkeit nachzugehen. Den von den Bundesländern bezahlten Ordnungshütern bleibt wegen Einsparungen seitens der jeweiligen Landespolitik immer weniger Netto von ihrem Sold.

Gewerkschafter beklagen reale Lohnkürzungen bei Polizisten bereits seit Jahren, doch jetzt beschleunigt sich das Problem: Eine kleine Anfrage der CDU in der Hamburgischen Bürgerschaft ergab, wie umfangreich Polizisten nebenbei beschäftigt sind. Jeder siebte hat in der Hansestadt inzwischen einen Nebenjob. Vor zwei Jahren war es demnach erst jeder zehnte. Insgesamt 750 Beamte arbeiteten 2010 nebenher, jetzt sind es mehr als 1200. Innenpolitiker Karl-Heinz Warnholz sieht eine „Diskrepanz zwischen Besoldung und gestiegenen Lebenshaltungskosten". Eine ledige, 23 Jahre alte Polizeimeisterin, die sich nach dem Abitur für den mittleren Dienst bei der Schutzpolizei entschieden hat, verdient laut Hamburger Polizeipressestelle knapp 2000 Euro netto im Monat. Da Beförderungen aber massiv zurückgegangen sind, ist das Gehalt 15 Jahre später nicht viel höher. Daher: „Hamburg ist, was die Zunahmen der Nebenjobs anbelangt, kein Einzelfall", sagt Rüdiger Holececk, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

In den Ballungsgebieten tätige Beamte treten demnach verstärkt an die Landesverbände der GdP heran und bitten um Hilfe bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum. „Dabei haben die Polizisten keine Wahl – sie müssen die ersten Jahre ihres Dienstes in der Großstadt ausüben, in manchen Orten wie Frankfurt am Main auch länger", so Holececk, denn „Fakt ist, gerade die gestiegenen Mieten machen den Kollegen in den Ballungsräumen ziemlich zu schaffen." Der Zwang zur Nebentätigkeit betrifft nach seiner Erfahrung alle Besoldungsgruppen: „In Berlin haben Polizisten bis zu 400 Euro weniger zur Verfügung als in Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg." Nun verweist CDU-Politiker Warnholz auf die Ortszuschläge als Lösung, doch die „sind lächerlich, reichen bei Weitem nicht", sagt Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft DpolG. Wendt fordert: „Die Beamten sollten sich ganz auf die Polizeiarbeit konzentrieren können." Das wird grundsätzlich schwerer: Waren 1998 rund 870 von gut 27 000 Beamten in Vollzug und Verwaltung Berlins betroffen, so gingen 2008 schon 1000 nebenher arbeiten.




**In München arbeiten viele Polizisten nebenbei: Von 6280 Polizisten haben 830 einen genehmigten Nebenjob** *Bild: A. Will/dapd*

Viele Stellen sind seither gestrichen worden, neuere Zahlen liegen nicht vor. Die Dunkelziffer nicht genehmigter Fälle vermag kaum einer zu schätzen.

Ob ein Polizist einen Nebenjob ausüben darf, prüfen die Bundesländer stets im Einzelfall. Taxifahren, als Türsteher arbeiten oder Kellnern geht prinzipiell nicht, auch Sicherheitsdiensten dürfen die Polizisten nicht ihr Können anbieten – „das ginge in die Nähe von Geheimnisverrat", so Wendt. Lehrtätigkeiten sind indes erlaubt, so zur Verkehrsunfallverhinderung. Diese Art Nebenberuf ist auch nach den aktuellen Erkenntnissen aus Hamburg die beliebteste. Die Genehmigung des Dienstherrn ist dann je auf zwei Jahre befristet. „Der Grund fürs Arbeiten ist indes immer derselbe, viele Kollegen kommen beruflich nicht weiter", so Wendt. Stellen wurden gekürzt, Beförderungen gestrichen. Wo einst freie Heilvorsorge galt, müssen zudem gerade Polizisten heute teure Krankenversicherungen selbst zahlen. „Das sind schon mal 70 Euro weniger im Portemonnaie im Monat", sagt der seit 1973 aktiv im Dienst tätige Wendt. Seine Forderung lautet: „Wir brauchen eigentlich einen Rettungsschirm für die Polizei!" *Sverre Gutschmidt*

MELDUNGEN

## Scheinrechnungen an Brüssel

**Bukarest** – Die rumänische Antikorruptionsbehörde DNA hat ihre Ermittlungen gegen den sozialdemokratischen Europa-Parlamentarier Adrian Severin nochmals ausgeweitet. Wurde gegen Severin bisher schon wegen des Verdachts auf Bestechlichkeit und Amtsmissbrauch ermittelt, ist nun zusätzlich der Vorwurf erhoben worden, unter Verwendung gefälschter Unterlagen unrechtmäßig Gelder des EU-Parlaments erhalten zu haben. Mit Hilfe von Scheinrechnungen für rumänische Firmen über angebliche Beratungsleistungen sollen 436 663 Euro aus dem EU-Budget zu Unrecht ausgezahlt worden sein. Bereits 2011 war Severin in eine Falle von Journalisten getappt, als er sich bereit zeigte, gegen Bezahlung Gesetze und Änderungsanträge für Lobbyisten in das EU-Parlament einzubringen. *N.H.*

## Gegen das eigene Land

**Athen** – Wegen des Verkaufs von Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen durch die halbstaatliche „Hellenic Postbank“ an private Investoren 2009 hat ein griechischer Staatsanwalt für Wirtschaftskriminalität erneut Ermittlungen, damals wegen Insider-Handels, gegen Andreas Papandreou, einen Bruder des damaligen Premiers Giorgos Papandreou, aufgenommen. Nun soll ein Rechtshilfeersuchen an die Schweiz gestellt werden, wo eine Investmentfirma ansässig ist, die vom Kauf der Kreditausfallversicherungen profitiert haben soll. Papandreou soll dort von 2009 bis 2010 tätig gewesen sein. Weitere Ermittlungen beziehen sich auf den Verdacht einer organisierten spekulativen Attacke gegen Griechenland, die mit dazu beigetragen haben könnte, den Wert der Kreditausfallversicherungen zu steigern. *N.H.*

# Re-Industriealisierung auf Französisch

### Über Verbote, Subventionen und Protektionismus will neue französische Regierung Arbeitsplätze erhalten

**Auf Frankreich droht im Herbst eine regelrechte Entlassungswelle zuzurollen. Daran, dass nun in kurzer Zeit gleich zehntausende Stellen gestrichen werden sollen, hat die neue sozialistische Regierung allerdings selbst einen gehörigen Anteil.**

Nur wenige Monate nach seinem Wahlsieg kommt auf den französischen Präsidenten François Hollande die erste wirkliche Bewährungsprobe seiner Amtszeit zu. Französische Unternehmen haben angekündigt, zwischen 60 000 und 80 000 Stellen zu streichen. Behält die Arbeitgeberpräsidentin Laurence Parisot mit ihrer Befürchtung recht, dass nach der traditionellen Sommerpause zahlreiche Unternehmen sogar in Konkurs gehen, dann wird sich die Zahl der Entlassungen noch deutlich erhöhen.

Auch wenn nun scheinbar eine regelrechte Entlassungswelle über Frankreich hereinbricht, die wirtschaftlichen Probleme waren seit längerem absehbar. Frankreichs Industrie hat in den letzten fünf Jahren 20 Prozent an Marktanteilen verloren, die Lohnkosten liegen im Schnitt mittlerweile acht Prozent über denen der deutschen Konkurrenz. Den letzten Anlass dafür, dass Frankreichs Unternehmen nun massiv damit beginnen, Personal abzubauen, könnte ausgerechnet die neue sozialistische Regierung selbst geliefert haben. Was zunächst wie bloßer Wahlkampf aussah, ist auch nach der Regierungsübernahme nicht vom Tisch. Immer noch wird über Pläne diskutiert, es Arbeitgebern so schwer wie möglich zu machen, Arbeitsplätze abzubauen. „Entlassungen müssen für Unternehmen so teuer werden, dass sie sich nicht lohnen“, so Arbeitsminister Michel Sapin.

Das Signal, das allein von der Diskussion derartiger Ideen ausgeht, ist verheerend. Unternehmen, die unter Überkapazitäten leiden, entlassen lieber auf Vorrat, als dass sie in der Zukunft massiv zu Kasse gebeten werden. Investoren, die mit dem Gedanken spielen, sich in Frankreich zu engagieren, warten zunächst einmal ab. Was die Wirtschaft statt solcher unausgegorenen Pläne erwartet, machte Louis Gallois, der Ex-Chef von EADS, deutlich. Einen regelrechten „Wettbewerbsschock“, mit denen Frankreichs Unternehmen um Abgaben in Höhe von 30 bis 50 Milliarden Euro entlastet würden.

Präsident Hollande, vor allem aber sein „Re-Industrialisierungsminister“ Arnaud Montebourg mit seinem Konzept der „Entglobalisierung“ scheinen sich dagegen eher an altbekannte Rezepte französischer Wirtschaftspolitik halten zu wollen. Neben dem Vorhaben, Entlassungen so gut wie unmöglich zu machen, wird im Élysée-Palast intensiv über Protektionismus und Subventionen nachgedacht. Beides soll unter anderem helfen, den Niedergang der französischen Automobilindustrie aufzuhalten. Frankreichs großen Autobauern

> Paris will, dass EU-Haushalt wächst

Peugeot-Citroen (PSA) und Renault brechen momentan im Rekordtempo die traditionellen Absatzmärkte in Südeuropa weg. Allein PSA musste im ersten Halbjahr weltweit 13 Prozent weniger Verkäufe verkraften, die Produktionskapazität des Autobauers ist nach Schätzung von Branchenkennern nur noch zu 75 Prozent ausgelastet. Angekündigt hat PSA inzwischen 8000 Stellen in Frankreich zu streichen und ein Werk bei Paris komplett zu schließen. Angesichts der Überkapazitäten in der Branche wäre das genau die richtige Strategie. „Inakzeptabel“, befindet Hollande allerdings diesen Versuch, den Umsatzeinbruch aufzufangen. Was alternativ als Lösung vorgelegt wird, birgt Sprengkraft – auch für die deutsche Industrie. Notdürftig als „ökologischen New Deal“ kaschiert, sollen nun Vorhaben wie eine Steuer auf Luxusautos und „Anreize“ beim Kauf von Kleinwagen auf den Weg gebracht werden. Im Klartext: staatliche Subventionen und eine Marktabschottung zugunsten der eigenen Industrie. Deutsche Premiumhersteller wie Daimler, BMW oder Audi würden den Kürzeren ziehen. Ärger ist allerdings nicht nur mit den deutschen Herstellern programmiert. Die französischen Pläne können leicht der Anlass für Gegenreaktionen der USA und asiatischer Exportnationen sein, die dann auch deutsche Exporteure treffen würden.

Es ist nicht das einzige aktuelle Vorhaben von Hollande, von dem eine Rückwirkung auf Deutschland droht. Andeutungen französischer Diplomaten, dass Hollande nicht automatisch an Erklärungen seines Amtsvorgängers Nicolas Sarkozy gebunden ist, deuten einen Kurswechsel bei der französischen Haltung zum EU-Budget an. Noch im Jahr 2011 hatte Sarkozy zusammen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem britischen Premier David Cameron in einem Brief an die EU-Kommission eine Aufstockung des EU-Haushalts kategorisch abgelehnt. Medienberichten zufolge soll das Thema einer EU-Budgeterhöhung von Hollande inzwischen bei seinem Besuch in Großbritannien mit Premier Cameron bereits angesprochen worden sein.

Dass Hollande trotz tiefroter Zahlen im eigenen Staatshaushalt Brüssel mehr Geld in Aussicht stellt, kann zweierlei bedeuten: Die Hoffnung auf starke Rückflüsse von EU-Mitteln nach Frankreich oder aber den Versuch, Brüssel zu einer Gegenleistung zu verpflichten. Durch Hollandes Einschwenken auf die Linie der EU-Kommission, die für den Zeitraum von 2013 bis 2020 ein sattes Plus von 6,8 Prozent fordert, droht nun, dass die bisherige Abwehrfront der wichtigsten Beitragszahler gegen eine Erhöhung des EU-Budgets insgesamt zu bröckeln beginnt. Mit Milliarden Euro zusätzlich zur Kasse gebeten würde in diesem Fall auch Deutschland. Allein im Jahr 2010 hatte die Bundesrepublik als größter Beitragszahler 23,8 Milliarden Euro nach Brüssel überwiesen. *Norman Hanert*




**Überkapazitäten: Peugeot-Citroen produziert mehr Autos, als gekauft werden, also müssen Stellen gestrichen werden. Doch Präsident Hollande will, dass Entlassungen für Unternehmen viel Geld kosten.** Bild: pa

# Ansteckung droht

### Syrien-Krise gefährdet Stabilität des Libanon

Die blutigen Geschehnisse in Syrien werden kaum irgendwo mit größerer Sorge beobachtet als im Libanon. Denn der Konflikt erinnert in vieler Hinsicht an den libanesischen Bürgerkrieg von 1975 bis 1990, der eine Konfrontation von primär religiös bestimmten Gruppen war, kombiniert mit Privatfehden und ausländischen Interventionen – all das in mehrmals wechselnden Allianzen. Am Ende hatten Truppen der Arabischen Liga unter Führung Syriens das bis heute herrschende prekäre innenpolitische Gleichgewicht abgesichert, aber genau dieses droht im Zuge der Syrien-Krise erneut zu zerbrechen. Schon gab es wieder Schusswechsel, etwa in der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli oder im Grenzgebiet zu Syrien.

Verschärfend wirkt, dass die Grenze zu Syrien für Personen, Schmuggelware und Waffen in beiden Richtungen immer schon sehr durchlässig war und dass gut die Hälfte der weit über 100 000 Syrer, die mittlerweile ihr Land verlassen haben, in den Libanon gegangen sein dürften. Genaue Zahlen gibt es nicht, denn wie in Nahost üblich, lässt man sich nicht als Flüchtling registrieren, wenn man im Nachbarland Verwandte oder gar Vermögen hat – was für nicht wenige Syrer im Libanon zutrifft.

Indessen gehen die Vorbereitungen für den vom 14. bis 16. September geplanten offiziellen Libanon-Besuch von Papst Benedikt XVI. unvermindert weiter. Ob der Besuch wirklich stattfindet, hängt allerdings von der Entwicklung in Syrien ab. Denn beim dort mit deutlicher Verspätung ferngezündeten „arabischen Frühling“ spielen erst in jüngerer Zeit auch Deserteure in nennenswerter Zahl mit, hauptsächlich aber extremistische Sunniten, die massiv von den Golfstaaten und der Türkei – und stillschweigend auch vom Westen unterstützt werden.

> Besuch des Papstes für September geplant

Sollten sich diese Leute durchsetzen, könnten sie versucht sein, gleich im Libanon weiterzumachen. Sollten sie aber doch von der Regierung zurückgedrängt werden, würden viele in den Libanon ausweichen, und die Papst-Veranstaltungen wären geradezu ideal, als „Provokation“ bezeichnet und als Ersatzziele angegriffen zu werden. *R. G. Kerschhofer*

# Sonderrechte dank Religiosität

### Debatte um Wehrpflicht für Orthodoxe offenbart, dass Israel ein tief gespaltenes Land ist

Den beiden bislang in Israel regierenden Parteien Likud und Kadima ist es nicht gelungen, einen Kompromiss zur Wehrdienstreform zu finden. Der Oberste Gerichtshof hatte im April die Sonderregelungen zur Wehrdienstbefreiung für ultraorthodoxe Juden und Angehörige der arabischen Minderheit für verfassungswidrig erklärt und deren Abschaffung zum 31. Juli verlangt. Seit dem Regierungsbeitritt der liberalen Kadimapartei im Mai war zum ersten Mal eine säkulare Mehrheit ohne die religiösen Parteien möglich. Shaul Mofaz, der Vorsitzende von Kadima und ehemalige Generalstabschef hatte gefordert, für alle 18-jährigen Israelis, auch für die ultraorthodoxen Juden und israelischen Araber, in Zukunft einen Wehrdienst oder zivilen Ersatzdienst einzuführen. Doch Regierungschef Benjamin Netanjahu hat sich ohne Not nun dem Druck seiner beiden anderen ultrareligiösen Koalitionspartner, der ultraorthodoxen Schas-Partei und der Thora-Partei, gebeugt. Beide Parteien waren nur bereit, ein jährlich geringer werdendes Quotensystem für ultraorthodoxe Juden in der Armee zu akzeptieren. Daraufhin kündigte Kadima die Koalition auf, so dass bald Neuwahlen anstehen.

In Israel gilt mit drei Jahren Wehrpflicht für Männer und zwei Jahren für Frauen eine der längsten militärischen Pflichtdienstzeiten weltweit. Die noch durch jährliche Reservedienste von fast einem Monat bis zum 40. Lebensjahr ergänzt wird. Allerdings galten diese Pflichten nicht für die am schnellsten wachsenden Gruppen der israelischen Gesellschaft, die arabischen Israelis, die fast 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, und die ultraorthodoxen Juden, deren Anteil an der jüdischen Bevölkerung ständig wächst und die etwa 15 Prozent der Staatsbevölkerung ausmachen. Da die religiösen Parteien seit der Staatsgründung 1948 in jeder Regierung zur Mehrheitsbeschaffung gebraucht wurden und diese den Waffendienst für ihre Wählerklientel immer abgelehnt haben, gehörte die Wehrdienstfreistellung für orthodoxe Juden zu jedem Koalitionsvertrag seit der Staatsgründung, und dies, obwohl der Staat Israel seit seiner Gründung fünf Kriege ausgefochten hat und angesichts des Konfliktpotenzials im Nahen Osten jeden Tag ein neuer Krieg ausbrechen könnte.

> Arabische Israelis sind in der Armee nicht gern gesehen

Der Unmut derer, die drei Jahre Uniform tragen und anschließend regelmäßig zu Reserveeinsätzen gerufen werden, während ihre frommen Altersgenossen freigestellt sind, wuchs in den letzten Jahren ständig. In den Anfangsjahren der Staatsgründung hatte man großes Verständnis für die orthodoxen Juden. Den religiösen Dienst ihrer Gebete verstand man damals noch als absolut gleichwertig mit dem Waffendienst der Soldaten. Aus einer verschwindend kleinen Gruppe ultraorthodoxer Juden, denen Israels erster Regierungschef David Ben-Gurion einst Sonderrechte einräumte, ist inzwischen eine riesige Anzahl freigestellter Ultraorthodoxer geworden. Durch die zunehmende Stärke der Ultraorthodoxen und ihr immer selbstbewussteres Auftreten in der israelischen Öffentlichkeit haben sie sich in der israelischen Gesellschaft zunehmend unbeliebt gemacht. Auch hatte ihr oft aggressivees Auftreten bei Demonstrationen der Öffentlichkeit deutlich gemacht, dass diese gar keine Pazifisten sind, wie sie in der Berufung auf den Talmud behauptet hatten.

In den letzten Wochen hatten sich Tausende Menschen in Tel Aviv versammelt und gefordert: „Ein Volk = eine Wehrpflicht“, man wollte eine Einbeziehung der ultraorthodoxen Juden in den Militärdienst. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes wurde eine Parlamentskommission unter Leitung des Kadima-Abgeordneten Jochanan Plessner gebildet. Sie riet dazu, streng religiöse Männer im Alter von 22 Jahren in die Armee aufzunehmen oder sie zu einer Art Zivildienst zu verpflichten. Eine radikale Anwendung der Reform hätte sicherlich einen Kulturkampf in Israel ausgelöst, weil es viele ultraorthodoxe Juden zum Beispiel ablehnen, Hebräisch zu sprechen, sie sprechen weiterhin Jiddisch.

Zugleich werden arabische Israelis, die etwa gleichgroße Jahrgangsstärken wie die Ultraorthodoxen aufzuweisen haben, bisher nur in Ausnahmefällen in die Armee aufgenommen. Die Regierung fürchtet, sie könnten bei Kämpfen gegen Palästinenser überlaufen. Zurzeit tragen nur etwa 2000 arabische Israelis, Drusen, Christen oder Beduinen und die islamischen Tscherkessen die israelische Uniform auf freiwilliger Basis. Die restlichen fast 100 000 arabischen Israelis sollten nach der Reform zu einem zivilen Ersatzdienst verpflichtet werden. Eine Mehrheit der israelischen Araber hat gegen gleiche Pflichten grundsätzlich nichts einzuwenden, aber dann müssten alle Bürger auch gleiche Rechte haben. *Bodo Bost*

# Großzügigkeit rächt sich

## Mehrere US-Städte meldeten Insolvenz an, auch weil sie gegenüber Gewerkschaften zu nachsichtig waren

**Da die Rezession in den USA immer noch ihre Schatten wirft, brechen US-Kommunen die Einnahmen weg. Viele Kämmerer sitzen auf hohen Schuldenbergen und trotz massiver Einsparungen können sie ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen.**

„Was ist das", wundert sich Lehrerin Phyllis Bower in Los Angeles. „Färbt die Europa-Krise auf uns ab?" Ihre Sorge hat einen akuten Hintergrund, auch wenn der Euro hieran absolut unschuldig ist. Und wenn auch nicht anzunehmen ist, dass die USA oder der hoch verschuldete Bundesstaat Kalifornien, der sein Budget mit großen Opfern auf allen Gebieten gerade mühsam in den Griff bekommen hat, Pleite gehen, so sind es doch immer mehr kleine Städte, die dem enormen, vor allem durch die Rezession ausgelösten Finanzdruck nicht standhalten können. Innerhalb der letzten drei Wochen haben drei kalifornische Städte Bankrott angemeldet: Der prominente Skiort in der Sierra Nevada Mammoth Lake, die Arbeiter-Stadt Stockton sowie soeben das idyllische San Bernardino in den Bergen nahe Los Angeles. Und auch der 93 000 Einwohner zählenden Stadt Compton geht vermutlich Ende September das Geld aus. Vallejo, das schon 2008 der Krise zum Opfer fiel, hat sich durch Umstrukturierungen gerade erholt. Landesweit waren es seit 2007 14 US-Städte, die unter dem US-Insolvenzrecht „Chapter 9" Schutz suchten.

„Es sieht nicht gut aus", sagt Michael Pagano, Dekan der Hochschule für Stadtplanung und öffentliche Angelegenheiten an der Universität Chicago. „Und es wird nicht besser werden in den nächsten drei bis vier Jahren. Die Städte müssen neue Wege für ihre Einnahmen suchen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen, sonst geht es immer weiter bergab." Als der Stadtrat von San Bernardino vorletzte Woche die Bankrott-Erklärung abgab, hatte die Stadt von 213 000 Einwohnern noch ganze 150 000 US-Dollar auf ihrem Konto für die nächsten Gehälter ihrer Beamten und 46 Millionen Schulden. Wie ist das möglich?

Während Mammoth Lake sich nur unfähig sah, einem Gerichtsurteil nachzukommen, das die Stadt einem Bauunternehmer für sein erst genehmigtes und dann gestopptes Hotelprojekt Millionen Dollar Schadensersatz zu zahlen hat, sieht Pagano in Vallejo, Stockton und San Bernardino das gleiche fundamentale Problem wie in vielen anderen US-Städten: „Es sind kleinere Arbeiter-Städte mit einer überwiegend armen Bevölkerung und einer veralteten Infrastruktur. Das heißt, sie hatten immer die Steuereinnahmen mit den Ausgaben für die Sozialpolitik zu balancieren. Steuererhöhungen scheitern stets am Veto der Republikaner. In San Bernardino erhalten 40 Prozent der Bevölkerung Sozialhilfe. Dann kam die Rezession ..."

**Kürzungen der hohen Pensionen über Insolvenz möglich**

Haupteinnahmequelle für alle Städte und Gemeinden sind die Grundstücks- und Verkaufssteuern. Durch den Zusammenbruch des Wohnungsmarktes mit den ungezählten Zwangsversteigerungen sowie den Rückgang beim Konsum fielen die Steuereinnahmen in den Keller. Viele Geschäfte gaben auf. San Bernardino verlor in der Rezession allein zwölf Autohändler und 2011 insgesamt 16 Millionen Dollar an Steuereinnahmen.

„Früher kam es öfter vor, dass eine Stadt oder Gemeinde durch Misswirtschaft in die roten Zahlen geriet", sagt Anne Van Praagh, Direktorin der Abteilung für öffentliche Finanzen bei der Ratingagentur Moody's. „Aber die betroffenen Städte in letzter Zeit haben fast alles richtig gemacht. Da eingespart, wo sie konnten. Und dennoch reichte es nicht." Was diese Städte jedoch meist nicht konnten, waren Kürzungen der Hauptausgaben wie Pensionen, Gehälter und Krankenversicherungsbeiträge für ihre Angestellten sowie Reduzierungen im öffentlichen Dienst auch bei Polizei und Feuerwehr. Alle Vorschläge scheiterten am Widerstand der Gewerkschaften. Also musste an Schulen, Bibliotheken oder freiwilligen Sozialleistungen gespart werden. Auch zog sich der Staat aus der Bildung zurück und verlangte von seinen Bürgern mehr Eigenleistung. Zahlten US-Studenten in den 80er Jahren nur einige hundert Dollar im Semester sind es jetzt schnell über 10 000 Dollar. Aber all das reichte nicht.

Kaliforniens Gouverneur Jerry Brown und Los Angeles' Bürgermeister Antonio Villariagosa sind beide mächtige Politiker, die eher mit den Gewerkschaften verhandeln können. Und in manchen kleineren Städten gelingt das auch dem Stadtrat. Aber wo nichts hilft, ist das Insolvenzverfahren auch eine Chance: „Chapter 9 bedeutet eine fabelhafte Gelegenheit, untragbare Pensions- und Gesundheitskosten zu regulieren", erklärt Robert Flanders, Konkursverwalter für das 19 000-Seelen-Städtchen Central Falls in Rhode Island an der Ostküste, das im letzten August Bankrott anmeldete. Die Stadt hatte ihre einst blühende Textilmanufaktur verloren und mit ihr die lukrativste Steuereinnahmequelle. Und so konnte sie die unerschwinglich gewordenen Pensions- und Krankenversicherungsbeiträge für ihre Angestellten nicht bezahlen, was pro Jahr zu sechs Millionen mehr Ausgaben als Einnahmen führte und sich am Ende auf ein Defizit von 80 Millionen Dollar summierte. Konkursverwalter Flanders erreichte eine Kürzung der Pensionen um 55 Prozent, was Central Falls wieder auf die Beine brachte, auch wenn es für die Betroffenen hart war.

San Bernardino zog nun seinen Insolvenzantrag zurück, da die Gewerkschaften Gesprächsbereitschaft bekundet hatten. Nun wird verhandelt. *Liselotte Millauer*




**Letzter Ausweg: Die Einwohner Stocktons mussten Ende Juni erfahren, dass ihre Stadt Insolvenz beantragen will. Vor allem die Angestellten der Stadt sahen sofort Gehaltskürzungen und weitere Entlassungen vor sich.** Bild: Getty

## KURZ NOTIERT

**Kostenträchtige Banker:** Der Libor-Skandal, der nicht nur die britische Bank Barclays betrifft, aber auch andere Bankenskandale wie der umstrittene Kauf der Hypo Group Alpe Adria durch die BayernLB lassen Versicherer zittern. Grund hierfür sind Schadensersatzklagen gegen die beteiligten Bankenmanager. Diese haben oft eine D&O-Versicherung (Directors & Officer), die im Schadensfall zahlt. Da diese Schadensfälle gleich Millionen-schwer sind und sich in letzer Zeit häufen, sind diese Policen für die Versicherer kaum noch rentabel. Auf rund jede zehnte Police käme ein Schaden, hieß es im „Handelsblatt". *Bel*

**Sprachkenntnisse als Schlüssel zu mehr Handel:** Verschiedene Forschergruppen haben ihre Erkenntnisse zum Thema Sprache und Handel zusammengetragen und sind zu dem Schluss gekommen, dass vor allem die größere Verbreitung der englischen Sprache innerhalb Europas zu stärkerem Handel untereinander geführt habe. Von einer Steigerung um 30 Prozent gehen die Wissenschaftler in diesem Fall aus, denn die Fähigkeit, miteinander zu kommunizieren, sorge für eine kostengünstige Geschäftsabwicklung und verhindere teure Missverständnisse, was Geschäfte mit dem Ausland für mehr Firmen attraktiv mache. *Bel*

**Pleitewelle erfasst Portugal:** Mit 9637 Insolvenzen, die im ersten Halbjahr 2012 in Portugal gemeldet wurden, ist die Zahl der Pleiten von Privatpersonen und Unternehmen um 83 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. An den 3409 Unternehmensinsolvenzen in den ersten sechs Monaten des Jahres hatten Pleiten im portugiesischen Bau- und Immobiliensektor den größten Anteil. *N.H.*

**Belgische Schulden übersteigen Wirtschaftsleistung:** Mit 101,8 Prozent haben die Staatsschulden Belgiens die jährliche Wirtschaftsleistung das erste Mal seit 2004 überstiegen. Während die staatliche Verschuldung nun bei 377,3 Milliarden Euro liegt, betrug die Wirtschaftsleistung Belgiens im Vorjahr 370,6 Milliarden Euro. *N.H.*

# Spanien geht das Geld aus

Es sind keineswegs nur die instabilen Banken, die Spanien an den Rand der Pleite drängen, auch die eigene Schuldenlast des Staates, aber auch die der Regionen sorgt dafür, dass immer mehr Experten mit einer Zahlungsunfähigkeit des Landes rechnen. Spanien, das seit Jahren jährlich neue Schulden aufnimmt, weil es wegen sinkender Steuereinnahmen durch die Rezession im Land und zugleich steigender Ausgaben mit seinem Budget nicht auskommt, muss auch alte Staatsanleihen umschulden. So müssen bis Mitte 2015 alte Anleihen in Höhe von knapp 300 Milliarden Euro zurückgezahlt werden. Während die alten Staatsanleihen noch mit nur vier Prozent bei fünf Jahren Laufzeit verzinst werden konnten, hat Spaniens prekäre Finanzlage dazu geführt, dass der Staat nur Geld bekommt, wenn er derzeit rund 7,5 Prozent Zinsen für fünf Jahre zahlt, was wiederum den Haushalt zusätzlich belastet.

Zugleich sitzt der Staat noch auf offenen Rechnungen, die über 100 Milliarden Euro betragen. Vor allem einheimische Firmen warten nach vollbrachter Leistung verzweifelt auf ihr Geld vom Staat. Oft können sie ihre Angestellten nicht mehr bezahlen, die dann entlassen werden müssen und die Arbeitslosigkeit weiter erhöhen. *Bel*

# »Staats-Hehlerei«

## Streit um Steuerabkommen mit der Schweiz

Nach dem erneuten Ankauf gestohlener Bankdaten durch die NRW-Landesregierung verschärft sich der Ton in der Diskussion um das Steuerabkommen zwischen Berlin und Bern. Hier bezichtigen sich CDU und SPD gegenseitig krimineller Machenschaften. Dort fordert die Nationalrätin und Europarats-Delegierte Doris Fiala, Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen staatlicher Hehlerei zu verklagen. Die Schweiz, so die streitbare Zürcher Liberale, werde „respektlos" behandelt; der große Nachbar verletze „Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht".

Auch der Chefredakteur der Zürcher „SonntagsZeitung" artikuliert die Empörung der Eidgenossen über die jüngste Attacke der Neidgenossen aus NRW und warnt, „mit immer neuen Provokationen" den Schweizern das Gefühl zu geben, „am Gängelband Deutschlands zu sein".

Dennoch scheint das Steuerabkommen – von beiden Regierungen unterzeichnet und in Bern bereits parlamentarisch ratifiziert – zumindest auf Schweizer Seite noch nicht gefährdet. Laut einer Umfrage vom letzten Wochenende befürworten 69,8 Prozent der Eidgenossen den Vertrag, der einen Schlussstrich unter das leidige Thema „Steuerflucht und Schwarzgeld" ziehen soll. 59,4 Prozent wären sogar bereit, bei schwerer Steuerhinterziehung das geradezu „heilige" Bankgeheimnis aufzuheben.

**Eidgenossen empört über Neidgenossen**

Auf deutscher Seite aber wakkelt das Abkommen. SPD und Grüne wollen ihre Bundesratsmehrheit nutzen, um den Pakt in der Länderkammer zu kippen.

Damit ginge die Rechnung des Bundesfinanzministers nicht auf. Wolfgang Schäuble hatte kalkuliert, die rot-grün regierten Länder würden nach den Landtagswahlen des laufenden Jahres umfallen und lieber die ihnen zufallenden Milliarden einkassieren. Nun aber zeigt sich, dass SPD und Grüne sich das Thema für die Bundestagswahl 2013 erhalten wollen. Mit Neidkampagnen, so spekulieren sie, lasse sich besser Wahlkampf machen als mit Kritik an Euro-Rettungsschirmen, denen man vorher selber zugestimmt hat. *Hans-Jürgen Mahlitz*

# Flucht aus Frankreich

## »Hexenjagd auf Reiche«: Wohlhabende wandern in Scharen aus

Wer die Kampfansagen gegen „Reiche", mit denen Frankreichs frischgewählter Präsident François Hollande seinen Wahlkampf würzte, für bloße Parolen hielt, wurde am 18. Juli eines Besseren belehrt. An jenem Mittwoch begann die französische Nationalversammlung mit der Debatte über drastische Steuererhöhungen.

Damit dürfte die sozialistische Mehrheit im Parlament einen Trend befeuern, der bereits im Frühjahr anlief, als ein Sieg der Sozialisten immer wahrscheinlicher wurde: Reiche Franzosen kehren ihrem Land den Rücken oder spielen ernsthaft mit dem Gedanken daran.

Was sie verscheucht: Hollande will nicht nur den Spitzensteuersatz ab einem Jahreseinkommen von einer Millionen Euro auf 75 Prozent anheben. Auch soll die Vermögensteuer mehr als verdoppelt werden und nicht erst wie bisher ab einem Vermögen von 1,3 Millionen, sondern bereits ab 800 000 Euro greifen. Der Eingangssteuersatz soll 0,55 Prozent jährlich betragen, bei einem Vermögen von vier Millionen Euro steigt sie indes bereits auf rund 2,4 Prozent oder 95 500 Euro. Zusammen mit dem höheren Spitzensteuersatz und der Sozialsteuer CSG droht im Einzelfall ein Steuersatz von über 100 Prozent des Jahresbrutto-Einkommens.

Das verfehlt nicht seine Wirkung: Agenturen, die wohlhabende Bürger Frankreichs bei der Auswanderung beraten, berichten über eine dramatische Zunahme von Anfragen. Die „Frankfurter Allgemeine" zitiert einen Pariser Vermögensverwalter, der sonst rund 50 derartige Fälle im Jahr verzeichnete. Allein bis zum Juli sei er nun aber schon bei 90 Anfragen angekommen.

**Steuersatz kann im Einzelfall über 100 Prozent steigen**

Hauptziele der Exilanten sind Genf, Brüssel, Luxemburg und vor allem London. Erst danach rangiert unter anderem Deutschland. Gegen Deutschland spricht, dass hierzulande seit Jahren über Vermögensteuern debattiert wird. Zudem bezeichnete gar das CDU-geführte Finanzministerium schlecht kaschierte Enteignungsvorschläge gegen Vermögen von mehr als 250 000 Euro unlängst als „interessant" (siehe *PAZ* von vergangener Woche).

Großbritanniens Premier David Cameron wirbt dem gegenüber ganz offen um reiche Franzosen, was unter Frankreichs Sozialisten bereits für böses Blut sorgte. Cameron spekuliert auf den enormen Nutzen, den kapital- und kaufkräftige Franzosen seinem Land und seiner Steuerkasse bringen würden. Für London spricht auch, dass sich hier bereits eine französische Gemeinde von rund 400 000 Menschen fest etabliert hat. Die britische Metropole feiert sich selbst als „sechstgrößte Stadt Frankreichs".

Auswanderungswillige Franzosen geben indes an, dass es weniger die höheren Steuern seien, die sie außer Landes trieben. Vielmehr hätten die Sozialisten eine „Hexenjagd auf Reiche" ausgelöst. Die Entwicklung macht selbst altgedienten Parteifreunden Hollandes Sorgen. Der frühere Berater von Präsident François Mitterand, Jacques Attali, mahnt, Wohlhabende seien die „mobilste Bevölkerungsgruppe", deren Steueraufkommen und Kaufkraft man noch vermissen werde, wenn sie erst einmal außer Landes gegangen seien. *Hans Heckel*

# Grundgesetz gilt

Von Jan Heitmann

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten." So heißt es zumindest in Artikel 5 des Grundgesetzes. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Nicht das Grundgesetz zählt in diesem Punkt, sondern ein ungeschriebenes Gesetz, an das sich in Deutschland gleichwohl fast alle, selbst in vorauseilendem Gehorsam, halten – das Gesetz der „Political Correctness". Wer dagegen verstößt, wird stigmatisiert, ausgegrenzt, seiner bürgerlichen Existenz beraubt und häufig sogar bedroht. Dafür muss man noch nicht einmal mehr politische Aussagen treffen, sondern es reicht inzwischen bereits, wenn man ein ganz persönliches Angstgefühl öffentlich zum Ausdruck bringt. Dass selbst ernannte Gesinnungswächter, Berufsbetroffene und Gutmenschen auch dann schnell mit der „PC-Keule" bei der Hand sind, ist schlimm genug. Dass aber staatliche Institutionen sich eilfertig daran beteiligen, ist skandalös. Auch dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung sind durch Rechtsnormen Schranken gesetzt. Solange nicht gegen diese Normen verstoßen wird, gilt Artikel 5 und nicht das ungeschriebene PC-Gesetz.

# Freiwillig Teilzeit

Von Rebecca Bellano

Wie schön, dass es Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) gibt. Während eine Hiobsbotschaft nach der nächsten in Sachen Euro die ansonsten nachrichtenarme Zeit füllte und Beklemmungen auslöste, bekundete von der Leyen frisch und fröhlich, dass sie unbedingt eine feste Frauenquote von 30 Prozent bei Aufsichtsräten haben wolle. Natürlich tat sie dies, ohne zu erklären, wem sie mit dem Eliteprojekt Frauenquote für Aufsichtsräte einen Gefallen tun wolle und woher die Unternehmen so schnell so viele qualifizierte Frauen nehmen sollten. Und schon war man wieder voll im deutschen Politikbetrieb und das mitten in der Sommerpause. Zudem geriet der Euro kurz in Vergessenheit. Dank an die Arbeitsministerin für diese Leistung!

Von der Leyen gibt sich mit ihrer Forderung als Vorkämpferin für die Rechte der Frauen. Fragt sich nur, ob diese das auch so sehen. Es ist doch merkwürdig, dass gerade Erzieherinnen zu über 60 Prozent Teilzeit arbeiten. Da wird einem immer erzählt, es läge an den mangelnden Betreuungsmöglichkeiten, warum Frauen vergleichsweise wenig Vollzeit arbeiten und Karriere machen, doch warum arbeiten Erzieherinnen dann so oft Teilzeit, sitzen sie doch sozusagen an der Quelle der Betreuungsmöglichkeiten? Kann es also sein, dass es noch andere Gründe – natürlich zusätzlich zu den „bösen" Männerklüngeln, die den Frauen die Karriere verwehren – gibt, warum Frauen vor allem freiwillig lieber Teilzeit arbeiten?

Es mag überraschen, aber es scheint offenbar vielen Frauen auch wichtig, Zeit mit den eigenen Kindern zu verbringen. Außerdem bedeuten Vollzeitjob und Nachwuchs samt Haushaltsführung Dauer-Stress pur.

# Stich ins Wespennest

Von Vera Lengsfeld

Als ich unlängst vom „Handelsblatt" gefragt wurde, wie ich das Votum des Bundestages für die Spanien-Hilfen beurteile und ob es nicht ein Ausdruck der Ohnmacht des Parlaments im Angesicht der Krise sei, ahnte ich nicht, dass ich mit meiner Antwort mitten ins politische Wespennest stechen würde.

Ich schrieb: „Das Parlament ist nicht ohnmächtig, es entmannt sich selbst. Wenn Abgeordnete, wie bei der jüngsten ESM-, und Fiskalpaktabstimmung geschehen, über einen Text abstimmen, obwohl er nicht vollständig vorliegt, heißt das, sie nehmen sich selbst nicht ernst. Wenn Abgeordnete zulassen, dass die Regierung Informationen zurückhält, sie auch nach mehrmaliger Mahnung nicht zugänglich macht und das Parlament trotzdem so stimmt, wie die Regierung vorgibt, hat es seine Kontrollfunktion aufgegeben und gleicht immer mehr der Volkskammer der DDR, die nichts zu sagen hatte, als einer selbstbewussten Körperschaft, die sich ihrem Souverän verpflichtet fühlt. Mit der Zustimmung zu den Bankenhilfen für Spanien hat sich der Bundestag erneut zum Abnickorgan der Regierung degradiert. Dafür hätten die Parlamentarier nicht mit viel Steuergeldern aus dem Urlaub geholt werden müssen."

Vorgaben des Verfassungsgerichts wurden missachtet

Kaum war mein Statement auf „Handelsblatt online" erschienen, brach ein Sturm los. Mein E-Mail-Konto konnte die vielen Zuschriften kaum fassen. Bis auf eine waren alle zustimmend. Auf Facebook wurde nicht nur der Artikel vom „Handelsblatt", sondern auch die Reaktionen in der „Welt" und der „Süddeutschen" immer wieder geteilt. Bei „Google News" war der „Welt"-Bericht unter „Meistgeklickt" zu finden.

In den Medien überwog natürlich die Ablehnung meines Vergleichs. „Bild" kürte mich gar zur „Verliererin des Tages". Ich erfuhr davon durch Leser, die mir ihre Protestmails an „Bild" zur Kenntnis gaben. Einer schlug vor, „Bild" solle doch eine Blitzumfrage starten, was die Leser zu meinem Vergleich meinten. Wenn die Reaktionen, die ich bekommen habe, nur annähernd repräsentativ sein sollten, müsste „Bild" diese Umfrage fürchten, denn ich ginge als Gewinnerin des Tages hervor.

Nun könnte man argumentieren, dass ich populistisch gewesen sei und mein Statement nichts mit der Realität zu tun hätte. Weit gefehlt. Nur einen Tag nach meiner Äußerung wurde bekannt, dass Bundestagspräsident Nobert Lammert, einer der wenigen aufrechten Parlamentarier, die ihre Aufgabe noch ernst nehmen, in einem Brief an Finanzminister Wolfgang Schäuble Zweifel an der Vollständigkeit der Information des Parlaments über die Zwischenergebnisse der Verhandlungen mit Spanien angemeldet hatte. Inzwischen soll das Finanzministerium versprochen haben, in Zukunft besser zu informieren. Das bedeutet aber, dass die bei der Abstimmung vorliegenden Informationen tatsächlich unvollständig waren und damit die Vorgaben des Verfassungsgerichts, die Parlamentarier stets umfassend zu informieren, missachtet worden sind.

Was soll man von Parlamentariern halten, die einen Skandal, wie die Zurückhaltung von Informationen gegenüber dem Parlament nicht thematisieren, sondern in der Mehrheit brav weiter eine Rettungspolitik unterstützen, von der nur grobe Umrisse bekannt sind? Ich habe nichts von dem, was ich gesagt habe, zurückzunehmen. Wer handelt, als befinde er sich in der DDR-Volkskammer von SED-Gnaden und nicht in einem frei gewählten Parlament, das nur den Wählern verpflichtet ist, nicht einer Regierung, hat verloren.




**Eigentlich sollte die DDR Volkskammer der Geschichte angehören: Vera Lengsfeld verglich im „Handelblatt" den Bundestag mit der DDR-Volkskammer, da das Parlament ohne Detailwissen gemäß Wunsch der Bundesregierung bei den Spanienhilfen abgestimmt hatte.**

Bild: Mrotzkowski/ dapd

# Die Tyrannei der Öffentlichkeit

Von Hinrich E. Bues



Bin gerade auf Ibiza angekommen! Urlaub!!!", twitterte ein holländischer Nationalspieler nach dem blamablen Ausscheiden seiner Mannschaft an seine Fans. Diese scheinbar harmlose Botschaft erzürnte jedoch die Empfänger und sorgte für böses Blut. Dem Fußballer wurde noch nicht einmal sein Urlaub gegönnt. Kaum jemand kann heute die Folgen abschätzen, wenn er in der gegenwärtigen digitalen Welt über „Facebook" oder andere Medien seinen „Freunden" an seinem Leben Anteil gibt. Allzu schnell zeigen diese sich als veritable Feinde.

Kein Freund der neuen Offenheit ist der Bundestrainer der deutschen Nationalmannschaft Joachim Löw. In einem Interview mit der „Zeit" sagte er: „Es ist für mich ganz und gar unverständlich, wie Menschen ihr Privatleben, bis hin zu wirklich vertraulichen, ja intimen Dingen, so wahllos mit Tausenden oder gar Millionen Menschen teilen." Da hat Löw noch nicht einmal übertrieben, denn ein Spieler wie Mesut Özil hat tatsächlich eine „Facebook"-Fangemeinde von 5,6 Millionen Menschen. Was die Spieler daher der Öffentlichkeit mitteilen dürfen, wird inzwischen genau reglementiert. Spötter sagen, dass eine Fußballmannschaft bald mehr Zeit mit der Absprache des Facebook-Twitter-Knigges verbringt als mit dem realen Training auf dem Fußballplatz. Über Verletzungen von Spielern, Taktiken, Mannschaftsaufstellungen, Inhalten von Teambesprechungen und über persönliche Dinge darf nichts mehr geschrieben werden, legten die Fußball-Oberen fest. Andere Mannschaften wie Spanien oder Dänemark verordneten sogar eine völlige Funkstille.

Spätestens als die Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung Schufa vor einigen Monaten ankündigte, die „Facebook"-Seiten von potenziellen Kreditnehmern in ihre Nachforschungen einzubeziehen, dürfte einigen der Sorglosen ein gehöriger Schreck in die Glieder gefahren sein. Die Organisation, die Auskunft über die Kreditwürdigkeit nahezu jedes Bundesbürgers gibt, wollte tatsächlich aus den in den sozialen Netzwerken veröffentlichten Urlaubsfotos Rückschlüsse auf deren finanzielle Solvenz ziehen. Da bei Bewerbungsgesprächen Personalchefs immer häufiger auf Informationen bei „Google" oder anderen Informationsquellen der digitalen Welt zurückgreifen, wäre für die jungen Leute von heute Vorsicht angesagt. Der alte Satz „Wer nichts Verbotenes tut, braucht auch nichts zu verbergen", verliert in der digitalen Welt seine Unschuld. Das witzig gemeinte Foto eines Saufgelages im Urlaub kann auf einen zukünftigen Arbeitgeber abschreckend wirken.

Absolute Transparenz führt in die Unfreiheit

Etwas blauäugig wirken daher auch Äußerungen von Marina Weißbrand, der einstigen Gallionsfigur und Geschäftsführerin der Piraten-Partei. Sie hatte angekündigt, über jede Stunde ihres Tagesablaufs ihrer Twitter- und Facebook-Gemeinde Rechenschaft abzulegen. Rückhaltlose Transparenz und Offenheit sollte zu mehr Vertrauen in die Politik führen. Nur kurze Zeit später trat sie entnervt von ihren Parteiämtern zurück. Sie wolle sich auf ihr Psychologie-Studium konzentrieren, hieß es offiziell. Andere Stimmen vermuteten bei Weißbrand einen Burn-out, einen Zusammenbruch unter der selbst auferlegten Last.

Die Wahlerfolge der Piraten-Partei werden meist mit den Stichworten „Transparenz" oder „digitale Welt" begründet. „Bedingungslose Teilhabe aller Menschen an Gesellschaft" nannte Christopher Lauer als Fraktionschef der Piraten im Berliner Abgeordnetenhaus das Ziel seiner Partei. Dabei muss schon das Wort „bedingungslos" stutzig machen. Mag es noch verheißungsvoll klingen, wenn er „ein transparentes Staatswesen" fordert, das „alle seine Informationen zugänglich macht, damit sich Wähler für die Bürgerbeteiligungsprozesse zwischen den Wahlen gut informieren können", so sind die Grenzen und Gefahren einer solchen Weltsicht schnell erkennbar.

Der Berliner Piratenchef wiederholt damit eine alte Forderung, die Linke und Aufklärer aller Couleur in den letzten 200 Jahren immer wieder erhoben haben. Unmittelbar nach dem Sieg der französischen Revolution von 1789 installierte der „Wohlfahrtsausschuss" unter der Führung Robespierres ein System der Informationsbeschaffung, das bald Ströme von Blut nach sich zog. Die Wagen der zum Tode Verurteilten ratterten bald durch Paris und andere Städte des Landes, weil zahllose Spitzel die „Feinde des Volkes" denunziert hatten. Das „transparente Staatswesen" oder die „bedingungslose" Beteiligung des Volkes führte schnell zu totalitären Machtsystemen. Die Namen von Josef Stalin, Mao Zedong, Adolf Hitler oder Erich Honecker stehen für solche Systeme der Informationsbeschaffung. Als es die digitale Welt noch nicht gab, mussten Blockwarte, informelle Mitarbeiter oder politische Sekretäre die notwendigen Informationen über Lebensstil und Gesinnung der Menschen heranschaffen. Wer einmal die alte Stasi-Zentrale in der Ost-Berliner Normannenstraße besichtigt hat, dem läuft es kalt den Rücken herunter angesichts dieser unheimlichen Transparenz.

Stasi sammelte Informationen über das Tun und Lassen der Bürger

Ein Vorläufer all dieser Diktatoren war der im Bürgertum verehrte Jean-Jacques Rousseau (1712–1778), der sich in seinem Buch „Bekenntnisse" als früher Enthüller und Verteidiger der vollkommenen Durchsichtigkeit gerierte. In seiner autobiografischen Schrift kündigt er eine schonungslose Offenbarung des Herzens an. Was eigentlich nur dem barmherzigen Gott im Jüngsten Gericht zusteht, das wollte Rousseau vor der Welt entblößen. Sein Gebot der Sittenlehre „Tue und sage niemals etwas, was nicht die ganze Welt sehen und hören könnte" klingt plausibel, ist aber verräterisch. Denn von dem Ruf nach der absoluten Transparenz geht die Nötigung aus, auch die dunklen Seiten des Lebens zu offenbaren. Da jeder Mensch etwas hat, was mangelhaft oder defizitär ist, entsteht hier ein System, das auf Misstrauen und Kontrolle – und nicht auf Freiheit – beruht.

In der digitalen Welt von heute, als deren Anwalt die Piraten-Partei heute auftritt, hat sich die notwendige Informationsbeschaffung nur in einem Punkt geändert. Man braucht keine Spitzel und Denunzianten mehr, weil sich die Menschen durch ihre Internet-Aktivitäten selbst verraten. Wenn, wie es derzeit in Schweden diskutiert wird, das Bargeld komplett durch Kreditkarten und andere bargeldlose Bezahlsysteme ersetzt ist, wird man jederzeit nachvollziehen können, was jeder wo und zu welcher Zeit gekauft hat. Die heutigen Mobiltelefone verraten bereits detailliert, wo man sich wann aufhält.

Angesichts dieser Situation scheint das gesunde Maß zwischen Intimität und Transparenz, zwischen Privatem und Öffentlichem entscheidend zu sein. Wer hier Bedingungslosigkeit in der einen oder anderen Richtung fordert, ist auf dem besten Wege zu einem totalitären Staat. Der Schriftsteller Peter Handke sagte einmal: „Von dem, was die anderen nicht von mir wissen, lebe ich." Diese Meinung muss den Mitgliedern der Transparenzgemeinde, die das Recht auf Allinformiertheit und auf den gläsernen Menschen zum Wohle des Volkes proklamieren, wie eine Häresie vorkommen. Dabei beruht sie auf ganz natürlichen Empfindungen einer in der bürgerlichen Welt gepflegten Kultur, in der Scham zählte und vieles verborgen und nicht enthüllt wurde. Im Gegensatz zum US-Lebensgefühl redet man hierzulande nicht so gerne darüber, wie hoch das eigene Einkommen oder Vermögen ist. Das hat seinen guten Grund: Sitte, Vernunft und Lebenserfahrung lehren, dass eine Balance von Offenheit und Geheimnis zu wahren ist. Auch der Staat, der tatsächlich für Freiheit und Demokratie eintreten will, muss die Privatsphäre des Bürgers soweit irgend möglich wahren wollen, andernfalls droht der Egalitarismus des Totalitären.

# Moderne Kunst am Pranger

## Vor 75 Jahren wurde die klassische Moderne in der Münchner Ausstellung »Entartete Kunst« verteufelt

**Am 19. Juli 1937 wurde in München eine Sensationsausstellung eröffnet, die wohl für immer die am besten bestückte Schau moderner deutscher Kunst bleiben wird. Mit über zwei Millionen Schaulustigen verzeichnete sie das höchste Besucherergebnis aller Zeiten. Der Titel der Ausstellung „Entartete Kunst" rief zur Empörung auf. Die Ausstellung „Moderne am Pranger" in Aschaffenburg erinnert daran.**

Die „Prangerschau" war als Gegenstück zur tags zuvor eröffneten „Großen Deutschen Kunstausstellung" konzipiert, mit der das Münchener „Haus der Deutschen Kunst" (heute „Haus der Kunst") eingeweiht wurde. Die bot in 40 lichtdurchfluteten Sälen, 1200 großzügig und übersichtlich präsentierte Plastiken, Gemälde und Grafiken von 557 Künstlern, welche die nationalsozialistischen Machthaber für gute deutsche Kunst hielten. In den Katalog der 420000 Besucher verzeichnenden Großen Deutschen Kunstausstellung war ein roter Handzettel eingelegt. Der verhieß Ungeheuerliches: „Gequälte Leinwand – Seelische Verwesung – Krankhafte Phantasten – Geisteskranke Nichtskönner. Besucht die Ausstellung ‚Entartete Kunst'." Diese wurde in den Hofgarten-Arkaden präsentiert. In neun schmalen Räumen waren rund 600 Gemälde, Plastiken und Grafiken von etwa 120 Künstlern zusammengepfercht.

Die Schau prangerte Vertreter des Impressionismus, des Dadaismus und der Neuen Sachlichkeit, die Künstler des Bauhauses und die Spielarten der Abstraktion als „Verfallskunst" an. Der Hauptangriff galt den Expressionisten. Auf Wandbeschriftungen wurde das Ausstellungsgut beschimpft. Zu Max Beckmanns „Kreuzabnahme" hieß es „Freche Verhöhnung des Gotterlebens". Jüdische Künstler wie Marc Chagall und Ludwig Meidner waren in einer eigenen „Schreckenskammer" zusammengeführt. Unter „Verhöhnung der deutschen Frau" firmierten Aktbilder von Erich Heckel und Ernst Ludwig Kirchner. Gemälde von Otto Dix wurden als „Beschimpfung der deutschen Helden des Weltkriegs" abqualifiziert. Zu Werken von Paul Klee und Wassily Kandinsky hieß es „Verrückt um jeden Preis". Christoph Zuschlag, Verfasser des Standardwerks „Entartete Kunst", bezeichnet die gezielte Bestätigung des Betrachters in seinen Vorurteilen gegenüber der modernen Kunst als wichtigste Intention der Ausstellungsdramaturgie.



**Expressionismus stand mit auf der Liste: Max Beckmanns Gemälde „Kreuzabnahme"** Bild: Thiede

Reichspropagandaminister Joseph Goebbels hatte Adolf Ziegler, Präsident der Reichskammer der bildenden Künste, den Auftrag erteilt, aus deutschen Museen Werke für die geplante „Schandausstellung" zu beschaffen. Ziegler stellte eine Kommission zusammen. In seiner Eröffnungsrede zur Großen Deutschen Kunstausstellung kam Adolf Hitler ausführlich auf die „Verfallskunst" zu sprechen, unter der er moderne deutsche Kunst seit 1910 verstand. Er kündigte an: „Wir werden von jetzt ab einen unerbittlichen Säuberungskrieg führen gegen die letzten Elemente unserer Kulturzersetzung." Am 24. Juli 1937 gab er den entsprechenden „Führerbefehl". Beide Aktionen zusammengerechnet, wurden in 101 Museen von 74 Städten etwa 21000 Kunstwerke beschlagnahmt.

Die international verwertbar erscheinenden Werke wurden ausgesondert und zu Schleuderpreisen ins Ausland verkauft. Berühmt ist die Luzerner Auktion von 1939, bei der neben „entarteten" Werken von 24 deutschen Künstlern ebenfalls beschlagnahmte Werke von 15 Ausländern wie Vincent van Gogh, Paul Gauguin und Pablo Picasso unter den Hammer kamen. Man kann den enormen Verlust für die deutschen Museen beklagen. Doch der Verkauf war für die Kunstwerke die Rettung. Denn der von den Nazis seinerzeit als unverwertbar eingestufte Rest wurde verbrannt.

### Verkauf rettete die Kunstwerke

Seit dem Ende der NS-Herrschaft wird die einst „entartete Kunst" hoch verehrt. Dazu hat ganz wesentlich die erste documenta beigetragen, die 1955 in Kassel gezeigt wurde. Die gab einen internationalen Überblick auf die Kunst des 20. Jahrhunderts. An dem waren 41 deutsche und elf ausländische Künstler beteiligt, deren Werke von den Nazis als „entartet" beschlagnahmt worden waren.

Spitzenreiter unter den von den Beschlagnahmen betroffen Künstler war ausgerechnet das NSDAP-Mitglied Emil Nolde mit 1075 Arbeiten. Beckmann, der 1937 Deutschland verließ und die Kriegsjahre unter erbärmlichen Umständen in Amsterdam verbrachte, war mit 684 Bildern dabei. Nach heutigem Wissensstand wurden Werke von 1595 Künstlern und Künstlerinnen aus den deutschen Museen als „entartet" entfernt. Das geht aus der von der Berliner Forschungsstelle „Entartete Kunst" erarbeiteten und von Gerhard Schneider ergänzten Liste hervor. Die weitaus meisten Künstler hatten wenige Beschlagnahmen zu beklagen, viele nur ein bis zwei Arbeiten. Aber gerade diesen „vergessenen Künstlern" gilt das Hauptaugenmerk von Gerhard Schneider. Er hat eine Spezialsammlung, in der über 300 der von den beiden Beschlagnahme-Aktionen des Jahres 1937 betroffenen Künstler und Künstlerinnen mit beispielhaften, also nicht unbedingt beschlagnahmt gewesenen Werken vertreten sind. Sie ist eine bundesweit einmalige Form der Erinnerung an die NS-Kampagne. Seine Kollektion umfasst hauptsächlich Grafiken. Unter dem Titel „Moderne am Pranger" sind aus der Sammlung Schneider 150 Werke von 68 Künstlern, darunter Berühmtheiten wie Otto Dix und George Grosz, vor allem aber unbekannten Größen wie Rudolf W. Heinrich und Otto Lange, in der Aschaffenburger Kunsthalle Jesuitenkirche ausgestellt.

*Veit-Mario Thiede*

*„Moderne am Pranger. Die NS-Aktion ‚Entartete Kunst' vor 75 Jahren", Werke aus der Sammlung Gerhard Schneider. Bis 11. November in der Kunsthalle Jesuitenkirche, Aschaffenburg. Di., 14 bis 20 Uhr, Mi. bis So., 10 bis 17 Uhr. Telefon (06021) 218698, www.museen-aschaffenburg.de*

# Piraten beherrschen die Insel Rügen

## Zum 20. Mal führt die Freilichtbühne Ralswiek die »Störtebeker Festspiele« auf

Es ist mal wieder soweit: Störtebeker und seine Vitalienbrüder sind auf Rügen gelandet und beherrschen die Freilichtbühne Ralswiek am Jasmunder Bodden. Nur, dass diesmal Störtebeker im wahrsten Sinne des Wortes den Kopf verliert: Er wird enthauptet. Das Ende des berühmtesten Seeräubers der Nordmeere ist schon mit einem riesigen Totenschädel auf den Plakaten angedeutet, die zu einem Besuch der „Störtebeker Festspiele 12" einladen. Denn was wäre Rügen ohne dieses alljährliche Spektakel, das nun zum 20. Mal über die Bühne, von Deutschlands erfolgreichstem Open-Air-Theater geht. Bis zum 8. September steht das Ufer des großen Jasmunder Bodden wieder im Zeichen der Festspiele, die ganz auf die legendäre Person des Klaus Störtebekers zugeschnitten sind, ein Publikumsmagnet, wie die in jeder Saison gezählten 350 000 Besucher beweisen.

Es liegt eben ein gewisser Reiz in diesem Stoff, der noch lange nicht erschöpft ist, weil Historie und Fiktion sich miteinander vermengen. Was geschichtlich über den Seeräuberhäuptling überliefert ist, hat Matthias Puhle in seinem Buch „Die Vitalienbrüder" mit wenigen Sätzen zusammengefasst: „Wahrscheinlich aus Wismar gebürtig trieb Störtebeker seit 1394 mit Goedeke Michels sein Unwesen im Bereich von Nord- und Ostsee. Er wurde insbesondere den Engländern schädlich, bis er im Frühling 1401 bei Helgoland von Hamburger England-Fahrern überwunden, mit seinen Genossen gefangen, nach Hamburg gebracht und dort auf dem Grasbrook hingerichtet wurde."

Also das mit dem Grasbrook stimmt schon mal, aber sonst vermischen sich in dem Spiel Fakten und Fiktion munter miteinander zum sichtbaren Vergnügen der Akteure und der Zuschauer des diesjährigen Spektakels. Nach dem Rezept: Man nehme die Wahrheit, um die Wahrscheinlichkeit glaubhafter zu machen. Die Ralswieker Bühne ist breit genug, um den Handlungsraum zwischen Hamburg und Holland samt Helgoland auf eine Spielfläche zu bringen. Das Spiel beginnt im „Freien Friesland", das es in Wirklichkeit nie gegeben hat. Wahr ist, dass Störtebeker und Goedeke Michels bei den friesischen Häuptlingen Unterschlupf und Unterstützung fanden, sie mussten dafür Waffenhilfe leisten. Die Hanse aber wollte dem Piratentum Einhalt gebieten, elf Koggen landeten unter Führung des Hamburger Kaufmanns Simon von Ütrecht in Friesland, der im Spiel den Piraten Thomasius gefangen nimmt und ihn nach Hamburg bringt, um ihn auf dem Grasbrook hinrichten zu lassen. So kommt Hamburg ins Spiel, denn Störtebeker will seinen Vitalienbruder befreien. Und nun wird es in diesem harten Spiel romantisch, denn vor dem Hamburger Rathaus trifft Störtebeker auf seine große Liebe Maraike, die von ihm einen Sohn hat. Er bringt sie nach Holland, denn die Holländer bieten den Piraten Schutz und Hafen, weil sie mit der Hanse im Handelskrieg liegen. Damit endet aber auch schon wieder dieses romantische Zwischenspiel, denn Störtebeker will sich an Ütrecht rächen, der sein „Freies Friesland" in Schutt und Asche gelegt hat. Wie das Piratenstück endet ist bekannt: Nach seiner Gefangennahme bei Helgoland wird Störtebeker auf dem Grasbrook von dem Scharfrichter Rosenfeld geköpft. Wer aber darauf wartet, dass – wie der Sage nach – auf der Ralswieker Bühne der kopflose Seeräuberhäuptling noch an seinen lebenden Vitalienbrüdern vorüber geht, um sie vor der Hinrichtung zu bewahren, der irrt sich: Soweit hat man sich in das Reich der Legenden doch nicht vorgewagt. Schauspieler Sascha Gluth, der wie immer den Klaus Störtebeker gibt und schon fast wie dessen Inkarnation erscheint, dürfte dafür dankbar sein.



**Der Pirat entert ein Schiff: Sascha Gluth alias Klaus Störtebeker** Bild: Störtebeker Festspiele

Aber sonst ist der Grat zwischen echter und erfundener Geschichte manchmal doch recht schmal. Ob, wie in diesem Stück dargestellt, die Hanse das holländische Herrscherhaus dafür bezahlt hat, Störtebeker an Helgoland mit einem Vertrag zu binden, halten die Historiker für möglich, aber nicht für bewiesen. Fakt ist, dass sich Störtebeker für eine ganze Menge Geld erstmalig Fesseln anlegen ließ. Historie ist, dass Störtebeker allein gegen eine Armada der Hanse kämpft. Fakt ist auch, dass das größte Friedschiff der Hanse, die „Bunte Kuh", nicht an Störtebekers Festnahme beteiligt war. Legende ist, dass ihm ein Fischer das Ruder seines Schiffes mit Blei vergoss. Aber wer fragt denn schon danach? Es ist wieder mal ein Freilichtspiel entstanden, dass die Zuschauer auf den 8000 Plätzen voll in seinen Bann zieht, denn die aktionsreiche Handlung bietet vielen der 150 Mitwirkenden die Möglichkeit, rasante Kämpfe, gewagte Stunts und über 5000 pyrotechnische Spezialeffekte zu zeigen. Eine künstlerische Einlage bietet Wolfgang Lippert als singender Barde Abellin mit den Balladen „Intrige" und „Helgoland", die von dem Geschehen zwischen den auf der Bühne gezeigten Szenen berichten.

### Handlung ist nur zum Teil historisch

Übrigens: Um Sascha Gluth braucht man sich keine Sorge zu machen, er wird im nächsten Jahr wieder dabei sein, wenn Störtebeker im fünften Zyklus wieder aufersteht – mit Kopf! Denn Störtebeker darf nicht sterben. Jedenfalls nicht, solange die Ralswieker Festspiele seinen Namen tragen.

*Günther Falbe*

*„Störtebekers Tod" vom 23. Juni bis 8. September 2012 jeweils um 20 Uhr auf der Naturbühne Ralswiek auf Rügen. Auskunft: Störtebeker Festspiele GmbH & Co. Kg. Am Bodden 100 in 18528 Ralswiek, Telefon/Fax (03838) 313192, E-Mail: info@stoertebeker.de, www.stoertebeker.de*

# Weltkongress in Nürnberg

Der Generaldirektor des Germanischen Nationalmuseums, Prof. Dr. G. Ulrich Großmann, ist neuer Präsident des Internationalen Kunsthistorikerverbandes CIHA. Er wurde am 18. Juli 2012 einstimmig gewählt. Mehr als 1000 Fachleute aus aller Welt kamen für eine Woche nach Nürnberg, um sich über kunsthistorische Fragestellungen auszutauschen. Organisator und Ausrichter des „33. Internationalen Kunsthistoriker-Kongresses" ist das Germanische Nationalmuseum. Das „Comité international d'histoire de l'art", kurz CIHA, ist die älteste weltumspannende Organisation von Kunsthistorikern. Sie wurde 1873 in Wien gegründet und steht unter der Schirmherrschaft der Unesco. Seit 1893 lädt CIHA alle vier Jahre zu einem Weltkongress. Die Mitgliederliste umfasst derzeit 35 Staaten aus fünf Kontinenten. Hauptanliegen von CIHA ist, Fachwissenschaftler aus aller Welt miteinander in Kontakt zu bringen und zu vernetzen. Der Verband versteht sich als Sprachrohr für kunsthistorisch relevante Themen, die sich explizit nicht auf den Museumsalltag beschränken, sondern vor allem auch die universitären Einrichtungen miteinbeziehen. Durch Kongresse und Publikationen soll die wissenschaftliche Forschung angeregt und der wissenschaftliche Nachwuchs gefördert werden. Prof. Großmann leitet seit 1994 als Generaldirektor das Germanische Nationalmuseum.



*PAZ*

# Adenauer – »der Mensch hinter der Legende«

## Das Erste Programm und Arte zeigen Szenen eines bedeutenden Politikerlebens

**Zwar wurde Konrad Adenauer in einer ZDF-Umfrage nach dem „besten Deutschen“ 2003 auf Platz 1 gewählt, noch vor Martin Luther und Karl Marx, aber das heutige Wissen in der Bevölkerung um die Person des ersten Kanzlers der Bundesrepublik ist nur bruchstückhaft. Das rührt vermutlich auch daher, dass die deutschen Fernsehanstalten schon etlichen Persönlichkeiten der Zeitgeschichte erinnernde Porträts gewidmet haben, der „Alte von Rhöndorf“ jedoch bis lang fehlte. Diese Lücke versucht nun der 89-minütige Film „Konrad Adenauer – Stunden der Entscheidung“ zu füllen. Nächsten Dienstag ab 20.15 Uhr ist er auf Arte und am darauffolgenden Sonntag ab 21.45 Uhr im Ersten Programm der ARD zu sehen.**

Vor mehr als drei Jahren begann die Gruppe5-Filmproduktion, beauftragt vom federführenden Südwestrundfunk (SWR) sowie vom Westdeutschen Rundfunk (WDR) und Arte, mit den Arbeiten an dem Projekt. „Konrad Adenauer hat der Außenwelt nur wenige Einblicke in sein Innerstes gegeben. Erst umfangreiche Recher-

### Das Dokudrama beginnt wie ein Krimi

chen und viele Gespräche mit der Familie und weiteren Zeitzeugen gaben Stück für Stück den Blick hinter die Kulissen frei“, beschreibt SWR-Fernsehdirektor Bernd Nellessen die langwierigen Vorarbeiten.

Das Drehbuch schrieb dann in mehrfach abgeänderten Fassungen der für seine rund 50 TV-Dokumentationen mit dem Adolf-Grimme-Preis geehrte Filmemacher Werner Biermann, geboren 1945 und – wie er selbst bekennt – seit den 60er Jahren mit allen Adenauer-Vorurteilen belastet. Doch die Dialoge und die kommentierenden Zwischentexte sind frei davon und erkennbar gebaut, um zügig Zeitgeschichte zu erzählen. Wenn man so will: eine Nachhilfestunde in jüngster Vergangenheit.

Um Adenauer zu zeigen, den gewitzten, kämpferischen Politiker, aber auch den Patriarchen, der noch von den bürgerlichen Idealen des 19. Jahrhunderts geprägt war – Disziplin, Ordnung, Sparsamkeit –, wurde die inzwischen bewährte Form des Dokudramas gewählt. Etwa 60 Prozent des Films sind nachgespielte Szenen, ergänzt durch Archivmaterial (Wochenschau, „Tagesschau“) und Interviews mit Zeitzeugen und Historikern. So kommen unter anderen die Tochter und der Sohn aus Adenauers zweiter Ehe Libet Wehrhahn-Adenauer und Georg Adenauer, der langjährige Dolmetscher Hermann Kusterer, die Historiker Henning Köhler und Frank Bösch sowie der Rudolf-Augstein-Biograf Peter Merseburger zu Wort.

Das Dokudrama beginnt mit einer Szene, wie sie auch Fernsehkrimi-Autoren gern zum Einstieg nutzen: Im Adenauer-Haus im Siebengebirge klingelt am 13. August 1961 morgens um 6 Uhr das Telefon. „Stacheldraht mitten durch Berlin, die Mauer wird gebaut.“ Adenauer ist wie erstarrt. Unfähig zu handeln, lässt er sich erst nach Tagen in Berlin sehen. Nicht nur die Berliner nehmen ihm das übel. Doch „seine“ Hauptstadt ist Bonn, und es ist Wahlkampf. Die Stimmen der West-CDUler sind ihm wichtiger.



Ähnlichkeit war nicht das primäre Auswahlkriterium: Hauptdarsteller Joachim Bißmeier vor einem Denkmal der von ihm dargestellten Haupt- und Titelfigur Bild: Arte

Der Film springt zurück ins Jahr 1933, als Adenauer nach 16 Jahren als Oberbürgermeister von Köln von den Nationalsozialisten „aus dem Amt und aus der Stadt“ gejagt wird, und blättert von da an Adenauers „Stunden der Entscheidung“ auf – so auch der Titel des Dokudramas. Kaiserzeit und Weimarer Republik bleiben bis auf wenige Bilder ausgespart. Zu reich ist dieses Leben für knapp eineinhalb Stunden Fernsehen: Im Mai 1945 wird Adenauer für kurze Zeit wieder Oberbürgermeister von Köln. 1946 gründet er die CDU, um den Graben zwischen den Katholiken und den Protestanten zu überwinden. 1949 – Adenauer ist inzwischen 73 – wird er mit einer Stimme Mehrheit, seiner eigenen, zum ersten Bundeskanzler gewählt. Es folgen 17 hochpolitische Jahre, die „Ära Adenauer“. Mit emotionalen Höhepunkten wie Charles de Gaulles Bruderkuss oder dem Besuch bei Nikita Chruschtow und der Heimkehr der letzen Kriegsgefangenen. 1967, also vor nun 45 Jahren, stirbt Adenauer mit 91.

Den Zuschauer wird möglicherweise irritieren, dass die Darsteller wenig Ähnlichkeit mit den Personen haben, die sie spielen, ob nun Adenauer, Ludwig Erhard, Franz Josef Strauß oder Hans Globke. „Finde einer einen so kantigen Kopf wie Adenauer“, sagt Regisseur Stefan Schneider. „Uns ging es nicht darum, eine Art Doppelgänger zu präsentieren, wir wollten den haben, der am besten durch einfühlsames Spiel überzeugt.“ Die Wahl fiel auf den heute 75-jährigen Joachim Bißmeier.

Bei der Pressevorführung vor einigen Tagen in Hamburg war eine Zeitzeugin anwesend, die auch im Film zu sehen ist: Hannelore

### Nachgestellte Szenen, Interviews und Archivaufnahmen

Siegel, besser bekannt aus damaliger Zeit unter ihrem Mädchennamen Hannelore Poppinga. Von 1958 bis 1966 war sie Adenauers Sekretärin und der gute Geist im Haus in Rhöndorf, „wo bei Buttercremetorte oft politisch grundlegende Entscheidungen getroffen wurden“. Über die Boccia-Leidenschaft des „Alten“ weiß das „Kölsche Mädchen“, wie ihr Chef sie nannte, zu erzählen: „Wir haben es eingerichtet, dass er fast immer gewonnen hat.“

In einer der letzten Szenen des ebenso informativen wie unterhaltenden Films tritt Rudolf Augstein, dargestellt von Johannes Zirner, auf. Der einstige „Spiegel“-Chefredakteur, der sein Blatt immer als „Sturmgeschütz der Demokratie“ verstanden wissen wollte, kommt trotz steter Gegnerschaft zu der Überzeugung: Adenauer sei der größte Politiker gewesen, der ihm je begegnet ist.

„Adenauer hat immer polarisiert. Für die einen ist er ‚Denkmal‘, für die anderen ‚Feindbild‘“, sagt Regisseur Stefan Schneider. In dem Dokudrama wird Adenauer weder verherrlicht, noch verurteilt. „Wir zeigen den Menschen hinter der Legende.“

*Karlheinz Mose*

# Rätselhaftes Ende des schwedischen Judenretters

## Nicht einmal das Todesjahr des vor 100 Jahren geborenen Diplomaten Raoul Wallenberg ist bekannt

Vor 100 Jahren, am 4. August 1912, kam Raoul Wallenberg als Sohn eines schwedischen Marineoffiziers und dessen jüdischstämmiger Ehefrau in der Nähe von Stockholm zur Welt. Der frühverstorbene Vater gehörte zu einer weitverzweigten, sehr einflussreichen schwedischen Unternehmerfamilie und nach dem Abschluss eines Architekturstudiums in den USA war Raoul Wallenberg gleichfalls bis in den Zweiten Weltkrieg hinein wirtschaftlich tätig.

Danach trat er auf US-amerikanische Bitten hin in den diplomatischen Dienst Schwedens ein, um als Botschaftsangehöriger in Ungarn jüdische Ungarn, die engere Beziehungen zu Schweden hatten, durch schwedische „Schutzpässe“ vor ihrer Deportation und nachfolgenden Ermordung zu schützen. Statt einiger Hundert solcher „Schutzpässe“ stellte er ab Sommer 1944 gleich viele Tausende davon aus, die ihre Inhaber als Schweden reklamierten und ihnen die Ausreise nach Schweden ermöglichten. Der Diplomat arbeitete bei diesem Rettungswerk eng mit Schweizer und Diplomaten des Vatikans zusammen und schreckte notfalls nicht vor der Bestechung ungarischer Beamter und Drohungen gegenüber deutschen Militärs zurück, diese später als „Kriegsverbrecher“ verfolgen zu lassen, sollte man ihn bei seinem Rettungswerk behindern. Dass von rund 800 000 ungarischen Juden immerhin 204 000 überlebten, ist teilweise das Verdienst Raoul Wallenbergs.

Doch Raoul Wallenberg überlebte sein humanistisches Rettungswerk nicht lange und sein Lebensende ist immer noch von vielen Rätseln umgeben. Nach heftigen Kämpfen besetzte die Rote Armee 1944/45 ganz Ungarn und sofort begannen sowjetische Geheimdienste ihr unheilvolles Werk, um angebliche Spione, Diversanten und Feinde des Sozialismus aufzuspüren. Anfang Januar 1945 wurde von einem russischen adeligen Emigranten, der Hilfsdienste an der schwedischen Botschaft in Budapest leistete, Raoul Wallenberg als „amerikanischer Spion“ denunziert und dieser trotz seiner diplomatischen Immunität am 17. Januar 1945 auf dem Weg von Budapest nach Debrecen verhaftet.





Wegen US-Spionage von den Sowjets verhaftet: Wallenberg

In den ersten Jahren danach wurde sowjetischerseits gegenüber Schweden sogar diese Verhaftung geleugnet. Es wurde auf die angespannte militärische Lage in Ungarn verwiesen, in deren Folge Raoul Wallenberg möglicherweise durch deutsche Einwirkung ums Leben gekommen sein könnte. Das änderte sich erst in der „Tauwetterperiode“ der Chruschtschow-Zeit. Am 6. Februar 1957 teilte der sowjetische Außenminister Andrei Gromyko dem schwedischen Außenministerium mit, am 17. Juli 1947 sei in der Moskauer „Lubjanka“, dem Gefängnis des Geheimdienstes, ein gewisser „Wallenberg“ wahrscheinlich an Herzinfarkt verstorben und die Leiche sei anschließend verbrannt worden. Allerdings hielten sich in den Folgejahren hartnäckig Gerüchte, dass Wallenberg noch nach dem angegebenen Todesdatum von vielen Augenzeugen im Gulag gesehen worden sei und nun in sibirischen Gefängnissen beziehungsweise in einer psychiatrischen Einrichtung gefangen gehalten werde, um sowjetische Fehler bei dessen ungerechtfertigten Verhaftung 1945 zu vertuschen. Der sogenannte Nazi-Jäger Simon Wiesenthal beschäftigte sich ausweislich seiner Memoiren, worin er dem Fall Wallenberg ein eigenes Kapitel widmete, jahrelang mit der Suche nach Beweisen für den Aufenthalt Wallenbergs in sowjetischem Gewahrsam auch noch nach 1947.

### Nach dem Augustputsch 1991 versuchte der KGB-Chef, etwas Licht ins Dunkel zu bringen

Der entscheidende Schub an sowjetischen Zeugnissen über das Ende Wallenbergs ist durch Wadim Bakatin gekommen, der von Michail Gorbatschow nach dem Augustputsch 1991 in das Amt gehoben, für mehrere Monate als „weißer Rabe“ die Position des KGB-Chefs bekleidete. Nun erst erfuhr die Öffentlichkeit dokumentarisch auf Grund einer Meldung der sowjetischen 151. Schützendivision, dass tatsächlich im Januar 1945 Raoul Wallenberg nebst Fahrer vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet worden war. Am 6. Februar 1945 wurde seine Ankunft in der Lubjanka schriftlich festgehalten. Doch musste Bakatin als KGB-Chef bei seinen eigenen Nachforschungen feststellen, dass in den 40er und 50er Jahren planmäßig alle Akten von Zeugnissen über Raoul Wallenberg gesäubert worden sind. Nur ganz wenige Schriftstücke überlebten diese Vernichtungsaktion. Immerhin ließen sich noch die Verhördaten der Jahre 1945 bis 1947 ermitteln. Das letzte nachgewiesene Verhör fand am 11. März 1947 statt. Von der Zeit danach liegt kein Lebenszeichen Wallenbergs vor. Vom damaligen sowjetischen Staatssicherheitsminister Viktor Abakumow fand sich eine Aufzeichnung vom 17. Juli 1947, dass bezüglich „des schwedischen Staatsangehörigen R. Wallenberg“ ein Bericht an den damaligen sowjetischen Außenminister und Stalin-Vertrauten Wjatscheslaw Molotow abgegangen sei. Dieser angebliche Bericht ließ sich bis heute nicht auffinden. Ältere sowjetische Geheimdienstler mit dem Aufgabengebiet „Schweden“ glaubten sich dagegen während Bakatins Nachforschungen zu erinnern, einst gehört zu haben, Wallenberg sei 1947 hingerichtet worden. In anderen sowjetischen Archiven ließen sich dagegen für den Zeitraum von 1952 bis 1986 allein 16 Politbürobeschlüsse zum „Fall Wallenberg“ nachweisen, die zeigten, welche politischen und diplomatischen Verrenkungen man nach Josef Stalins Tod 1953 begangen hat, um nicht die sowjetische Schuld am Tod von Wallenberg zugeben zu müssen. Bakatin selber glaubt, dass die Spionageabwehr der 2. Ukrainischen Front seinerzeit Wallenberg eigenmächtig festgenommen und eingekerkert habe. Als diese vor dem eigenen Außenministerium geheimgehaltene Verhaftung eines ausländischen Diplomaten ruchbar zu werden drohte, habe Staatsicherheitsminister Abakumow den Fall „bereinigen“ wollen und danach in Absprache mit Molotow entschieden, jegliche sowjetische Beteiligung zu leugnen, gemäß dem alten Stalinschen Prinzip: „Gibt es den Menschen, gibt es ein Problem. Gibt es den Menschen nicht, gibt es kein Problem.“

*Jürgen W. Schmidt*

# Ein »Mirakel« verhinderte die Katastrophe

## In der Schlacht bei Kunersdorf erlitt Friedrich der Große vor 253 Jahren seine schwerste Niederlage

**Im Frühjahr 1759 erreichte der Siebenjährige Krieg seinen dramatischen Höhepunkt. Die verbündeten Österreicher und Russen wollten die Entscheidung herbeiführen, während eine französische Armee den Gegner in Westfalen binden sollte. Einmal mehr sah Friedrich der Große sein Heil darin, den Gegnern zuvor zu kommen.**

Auf der Seite Preußens machte sich der Mehrfrontenkrieg bedrückend bemerkbar. König Friedrich ließ regelrechte „Jagden“ auf junge Männer veranstalten, um die bisherigen Verluste zu decken, und ergänzte die Truppen recht und schlecht mit gewaltsam „geworbenen“ Rekruten und Gefangenen. Trotz aller dieser Anstrengungen blieb er jedoch der gegnerischen Koalition um 140000 Mann unterlegen. Die österreichische Führung unter Feldmarschall Leopold Joseph von Daun und Feldmarschall-Leutnant Gideon Ernst von Laudon wollte den Krieg endlich siegreich beenden. Doch Zarin Elisabeth, die Hassgegnerin Friedrichs, entsandte erst ziemlich spät eine Armee von 70000 Mann unter dem bedächtigen Feldmarschall Pjotr Saltykow. Diese sammelte sich Anfang Juli bei Posen und strebte die Vereinigung mit den Österreichern im Raum Frankfurt an der Oder an.

> Friedrich sprach vom »Mirakel des Hauses Brandenburg«

Während Daun den Südteil Schlesiens besetzt hielt, erlitt der ungeschickte General Carl Heinrich von Wedel nahe bei Schwiebus am 23. Juli eine Niederlage gegen die weit überlegenen Russen. Daraufhin überließ Friedrich die Verteidigung Schlesiens seinem Bruder Heinrich, gab Sachsen und Berlin preis und zog mit allen verfügbaren Truppen gegen Saltykow. Inzwischen war Laudon mit einem Korps von 18000 Mann entsandt worden, um die Verbündeten zu verstärken. Er verschleierte geschickt seine Bewegung und erreichte im Eilmarsch durch die Lausitz Kunersdorf östlich von Frankfurt, wo er sich mit Saltykow vereinigte. Man verfügte nun über 60000 Mann mit 211 schweren Geschützen und bezog ein befestigtes Lager auf einem Höhenrücken, den man noch durch Schanzen verstärkte. Überdies bestand das Vorfeld aus sandigem, sumpfigem Boden. Die Stellung der Russen im Nordosten mit dem Mühlberg als Eckpfeiler wurde vom übrigen Höhenzug durch den sogenannten Kuhgraben, einem rund 40 Meter breiten und fünf Meter tiefen Einschnitt, getrennt. Dort ließ Laudon mit scharfem Blick für das Gelände seine Truppen Stellung beziehen.

Als Friedrich mit 50000 Mann von Norden her vor Kunersdorf eintrifft, beschließt er trotz seiner Unterlegenheit, den Gegner im Rücken anzugreifen. Doch die Aufklärung versagt, so dass ihm entgeht, dass die Rückseite der Stellung genauso stark befestigt ist wie die Vorderseite. Friedrich umgeht in der Nacht zum 12. August den Höhenrücken und marschiert im Südosten auf, wo man freies Gelände vorfindet. Da die Artillerie aber noch nicht zur Stelle ist, verzögert sich der Angriff bis Mittag.

General Friedrich August von Finck hat schließlich auf den Höhen gegenüber dem Mühlberg 56 schwere Geschütze postiert, die den linken Flügel der Russen unter Beschuss nehmen. Sie richten jedoch auf Grund der weiten Entfernung wenig Schaden an. Bei großer Hitze treten um 12.30 Uhr acht Grenadierkompanien im ersten Treffen zum Angriff an und stürmen nach kurzem Kampf den Mühlberg. Die Russen weichen, zünden die Schanzkörbe an, gehen zurück und bringen ihre Geschütze besser in Stellung. Dann stellt sich Friedrich um 14 Uhr an die Spitze seiner Truppen, greift das Zentrum an und wirft den Gegner. Kunersdorf wird genommen, während Laudon den südwestlichen Rand des Kuhgrabens vorsorglich besetzen lässt. Noch hätte Friedrich die Schlacht abbrechen und sich mit einem „Remis“ begnügen können.

Als der weitere Angriff stockt, gibt der König seinem Reiterführer, General Friedrich Wilhelm von Seydlitz, den Befehl zur Attacke auf den rechten feindlichen Flügel. Obwohl Seydlitz von morastigen Wiesen eingeengt ist und gegen Feldschanzen anreiten muss, gehorcht er. Als sich seine Kavallerie entfaltet, wird sie vom Artilleriefeuer des Gegners aus überhöhter Position erfasst und zersprengt. Eine Kartätsche trifft Seydlitz am Degengriff und verletzt ihn so schwer, dass er das Schlachtfeld verlassen muss.

Friedrich will in seiner Hartnäckigkeit dennoch den „Kuhgrund“ überwinden und den Gegner niederkämpfen. Er wirft Bataillon um Bataillon gegen die Senke, doch die Soldaten behindern sich gegenseitig und können den Steilhang, der von Laudons Grenadieren verteidigt wird, nicht erklettern. Die stundenlangen Kämpfe werden beiderseits mit bisher nicht gekannter Brutalität geführt. Der König versucht unter persönlichem Einsatz, seine erschöpfte Infanterie vorzureißen. Zwei Pferde werden ihm unter dem Leib erschossen, eine Kugel durchbohrt seinen Rock und eine andere trifft ihn an der Brust, doch sein Tabaketui rettet ihm das Leben.

Ein letzter Angriff der gesamten Reiterei unter Generalleutnant Dubislaw von Platen gerät in verheerendes Artilleriefeuer und bricht zusammen. Um 17 Uhr setzt Laudon seine Kavallerieresreve zum Flankenstoß ein. Nun gibt es bei den Preußen kein Halten mehr. Obwohl Friedrich versucht, seine weichenden Regimenter zum Stehen zu bringen, wenden sich diese zur Flucht. Der König muss genötigt werden, sich in Sicherheit zu bringen. Eine Schwadron der Ziethen-Husaren rettet ihn vor den verfolgenden Kosaken. Er würdigt die Tapferkeit der russischen Soldaten: „Es genügt nicht, sie zu töten, man muss sie noch einmal erschlagen.“



Hätte in der Schlacht seine Risikobereitschaft fast mit der Krone, gar dem Leben bezahlt: Friedrich der Große Bild: Archiv

Als sich die Reste der besiegten Armee am Abend an der Oder sammelten, zählte man zunächst nur 5000 Mann, später 10000 Mann. Kunersdorf war die schwerste Niederlage Friedrichs. Er hatte mindestens 19000 Mann mit der gesamten Artillerie verloren. Der König machte seine Truppen für die Katastrophe verantwortlich, sah keinen Ausweg mehr und dachte an Selbstmord. Aller Erfahrung nach hätte der Krieg zu Ende sein müssen. Doch die Uneinigkeit der Verbündeten bewirkte das „Mirakel des Hauses Brandenburg“. Am Abend der Schlacht entbrannte ein Streit zwischen den Siegern. Laudon drängte Saltykow, baldigst mit der Verfolgung zu beginnen und Berlin zu besetzen; doch dieser lehnte unter Hinweis auf seine eigenen schweren Verluste ab. Sollten doch die Österreicher den Sieg aus eigener Kraft an ihre Fahnen heften! Saltykow zog ab und gab somit Friedrich die kaum erhoffte Chance, die Versprengten zu sammeln und den Widerstand neu zu organisieren. Wieder einmal war das Glück auf seiner Seite, und er wusste es zu nutzen.

*Heinz Magenheimer*

# Schriftsteller mit Ecken und Kanten

## Vor 60 Jahren starb Waldemar Bonsels – Sein größter Erfolg: »Biene Maja«

Und diese Biene, die ich meine, nennt sich Maja, kleine, freche, schlaue Biene Maja“. Jeder fühlt sich bei diesen Zeilen unweigerlich an Karel Gotts Ohrwurm erinnert. So begann der Refrain des Titelsongs zur erfolgreichen TV-Serie „Biene Maja“, die erstmals Ende der 1970er Jahre im ZDF ausgestrahlt wurde.

Die Abenteuer der aufmüpfigen Maja hingegen sind bereits vor 100 Jahren als Buch erschienen. Maja, eine individuelle Honigbiene, flieht aus der Gemeinschaft ihres Bienenstocks. Sie trifft auf ihren zahlreichen Ausflügen viele Tiere, erlebt brenzlige Situationen, gerät schließlich in Gefangenschaft des feindlichen Hornissenvolkes. Ihr gelingt die Flucht, sie kehrt nach Hause zurück und warnt ihr Volk vor dem bevorstehenden Hornissenangriff. Die Schlacht geht gut aus für das Bienenvolk, Maja steigt zur Beraterin der Bienenkönigin auf. In der Urfassung muss Maja allerdings auf die Hilfe von Willi und Flip, dem Grashüpfer, verzichten. Sie sind eine Erfindung der Fernsehmacher der 70er Jahre.

In Vergessenheit geraten ist indessen Waldemar Bonsels, der Schöpfer der Biene Maja, dessen Todestag sich am 31. Juli zum 60. Mal jährt. Jakob Ernst Waldemar Bonsels war in den 1920er Jahren einer der meistgelesenen deutschen Schriftsteller. Als er 1910 an dem Manuskript der Biene Maja schrieb, war er 30 Jahre alt. Seine Frau hatte ihn gebeten, sich eine Geschichte für die gemeinsamen Kinder auszudenken. Entstanden ist das Buch „Die Biene Maja und ihre Abenteuer“. Das 1912 erschienene Kinderbuch wurde in 40 Sprachen übersetzt und machte Bonsels weltberühmt.

Waldemar Bonsels kam am 21. Februar 1880 in der schleswig-holsteinischen Schlossstadt Ahrensburg als Sohn einer Apotheker- und Arztfamilie zur Welt. Schon 1932 benannte Ahrensburg einen Weg nach ihm. Waldemar besuchte in Kiel das Gymnasium. In Bielefeld absolvierte er eine kaufmännische Lehre, arbeitete zwei Jahre in einer Karlsruher Druckerei, bis er 1903 für die Baseler Mission nach Indien ging. Doch auch dort blieb er nur wenige Monate. 1904 äußerte er Kritik an der Arbeit der Basler Mission. In einem offenen Brief bezeichnete er sie als „Missions-Industrie“. Erschienen war der Brief im „E.W. Bonsels und Co. Verlag“, den Bonsels mit Freunden in München-Schwabing nach seiner Rückkehr aus Indien gegründet hatte. Wie sein beruflicher Werdegang, war auch Bonsels Privatleben von Wechseln geprägt. Der „schöne Waldemar“ heiratete insgesamt drei Mal. Aus den Ehen gingen vier Söhne hervor. Als 1912 die Biene Maja erschien, zog er sich aus dem Verlag zurück. Im Ersten Weltkrieg wurde Bonsels Kriegsberichterstatter und zunächst in Galizien, dann im Baltikum eingesetzt. 1918 bezog er mit seiner Familie ein Haus in Ambach am Starnberger See, in dem er bis zu seinem Tod wohnte. Bis in die 40er Jahre veröffentlichte er in regelmäßigen Abständen Bücher und war in Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA auf Lesereisen unterwegs.



Waldemar Bonsels Bild: Archiv

Obwohl Bonsels Werke – außer der Biene Maja – im Rahmen der Aktion „Wider den undeutschen Geist“ wegen sexueller Details als „dekadent“ geächtet und verbrannt worden waren, wird ihm seine Nähe zum Nationalsozialismus vorgeworfen. Sein Jugendfreund Hanns Johst hatte ihm als Präsident der Reichsschrifttumskammer zur Mitgliedschaft verholfen und später Bonsels Image zurechtgerückt, so dass dieser ab 1935 wieder veröffentlichen durfte. Während des Zweiten Weltkriegs war Bonsels Herausgeber der Münchner Feldpostbriefe. Seine antisemitischen Äußerungen bezeichnete Bonsels später als religionsphilosophische Betrachtungen.

Die 1977 gegründete Waldemar-Bonsels-Gesellschaft hält den Schriftsteller für einen unpolitischen Menschen, dessen Biografie von Mythen und Widersprüchen durchsetzt sei, die es zu erforschen gelte. So lobt denn auch Kindlers Neues Literaturlexikon Bonsels autobiografische „Indienfahrt“ wegen des Fehlens des damals üblichen Überlegenheitsanspruchs des Weißen gegenüber dem andersrassigen Kolonialvolk.

*Manuela Rosenthal-Kappi*

# Wende in Preußen

## Hochmeister Hartmann von Heldrungen

Mit der Hochmeisterzeit des Nachfolgers des Anno von Sangerhausen, Hartmann von Heldrungen, endet die Epoche der starken thüringischen Prägung des Deutschen Ordens. Hartmann stammte aus der Gegend von Sangerhausen. 1234 trat der damals wohl Mitte 20-Jährige mit dem späteren Hochmeister Konrad von Thüringen und einer Reihe weiterer Thüringer in den Deutschen Orden ein. Möglicherweise steht auch sein Ordenseintritt mit der Buße für die Zerstörung Fitzlars und der Entweihung der dortigen Stiftskirche im Zusammenhang. Hartmann verfügte über ausgezeichnete Verbindungen, er war, um es neudeutsch zu sagen, sehr gut vernetzt. Das betraf vor allen Dingen die Thüringer, aber auch Rudolf von Habsburg. Er genoss das Vertrauen der von vielen seiner Landsleute geprägten Ordensleitung und wurde mit entsprechend verantwortungsvollen Aufgaben betraut. An der Seite des Hochmeisters Poppo von Osterna war er an der Eroberung des Samlandes beteiligt. Den Hochmeister Anno von Sangerhausen vertrat er als Großkomtur während dessen Abwesenheit im Heiligen Land. Und als der Hochmeister Anno von Sangerhausen nach dem Fall von Montfort ein letztes Mal im Reich Streiter für einen Kreuzzug nach Preußen suchte, war Hartmann dabei.

> Ende des großen Prußen-Aufstandes

Seiner Mischung aus Erfahrung und Verbindungen war es wohl auch zu verdanken, dass man den damals schon über 60-Jährigen nach dem Tode seines Landsmanns Anno von Sangerhausen im Jahre 1273 zum neuen Hochmeister wählte. Die Bilanz der nun folgenden und erst durch seinen Tod beendeten zehnjährigen Ära des Hartmann von Heldrungen ist zwiespältig. Auf der einen Seite gelang es nicht, den Machtverlust im Heiligen Land aufzuhalten.

Dafür gelang in Preußen die Wende. Der große Aufstand der Prußen wurde niedergeschlagen, die Eroberung Preußens in seinem Todesjahr abgeschlossen. Als Reaktion auf diese Schwerpunktverlagerung vom Heiligen Land nach Preußen hat Hochmeister Hartmann von Heldrungen möglicherweise den um 1279 begonnenen Bau der Marienburg veranlasst, den späteren Sitz der Hochmeister des Deutschen Ordens in dessen rund 100-jähriger Blütezeit.

*Manuel Ruoff*

## Die Dimensionen der Beschneidungsdebatte

**Zu: „Gesetze dürfen nicht beschnitten werden“ (Nr. 29)**

Bis in die jüngste Vergangenheit – und teilweise noch heute – ist die Beschneidung von männlichen Säuglingen in Nordamerika gängige Praxis, an der kaum jemand großen Anstoß genommen hat. Eine Beschneidung hat auch hygienische Vorteile, da die Vorhaut Krankheitskeime beherbergen kann.

Es ist wahr, wie Klaus Rainer Röhl schreibt, dass die Beschneidung zur Zeit von Abraham nicht völlig neu war, neu war die besondere geistliche Bedeutung, die ihr nun zugeschrieben wurde. Ohne göttliche Offenbarung hätte dieser Ritus keine besondere Bedeutung erlangt, und dieses Verständnis trägt das Judentum bis zum heutigen Tag. Die wahre Bedeutung dieses Rituals ist aber noch mehr, und zwar die Notwendigkeit einer geistlichen Reinigung und Erneuerung – symbolisiert durch Wegschneiden männlichen Fleisches.

Röhl schreibt von Psychologen und Medizinern, die die Meinung vertreten, dass die Beschneidung von Neugeborenen keine traumatische Erinnerung an die Operation hinterlässt. Das ist wohl glaubhaft, aber im gleichen Sinne müsste man hinterfragen, ob und was für mögliche Schmerzen, Trauma und seelsiche Narben die Tötung im Mutterleib darstellt – was eben als „Menschenrecht“ gelten soll? Die Behauptung, die hier gemacht wird, ist nichts anderes als Heuchelei.

Zuletzt geht es hier aber um viel mehr, und das wurde in dem Kommentar nicht angesprochen: Die vom Staat und EU geforderte Verbreitung des Totalitarismus. Letztendlich soll es keinen Platz für andersdenkende (gläubige) Menschen geben. Hier liegt der Kommentar zum Thema Beschneidung leider voll im Trend einer angestrebten „Political Correctness“! Somit kann man den im Artikel genannten Rabbi gut verstehen.

**William Hinderliter, Kiel**

## Deutscher Michel

**Zu: „Illegal und dumm“ (Nr. 29)**

Herrlich, Ihre Artikel und Kommentare, einfach immer wieder erfrischend und klar. Ich kenne die *PAZ* noch nicht lange, aber halte sie für eine der besten Zeitungen in Deutschland. Es ist wahrlich bedauernswert, aber Deutschland wird nicht mehr auf den „rechten“ Pfad finden. Zwangsanleihen, Rettungsschirme, eine völlig fehlgeleitete Migrationspolitik, alles offensichtlich noch nicht genug, um den „deutschen Michel“ auf die Straße zu treiben. Fast wünscht man sich so einen Wahnsinn wie eine „Zwangsanleihe“, um die Leute endlich einmal zu mobilisieren.

**Mike Wedeman, Bayern**

## Kampf für Kultur

**Zu: „Einem Kulturgut geht das Licht aus“ (Nr. 26)**

In Ihrem wunderbaren Artikel sprechen Sie alles an, was es zum Streit um die Berliner Gaslaternen zu sagen gibt. In der Tat gibt es zahlreiche Merkwürdigkeiten rund um die Gasbeleuchtung Berlins. Direkte Einflussnahmen des Stromversorgers und der Elektroleuchtenindustrie durch Lobbyisten, merkwürdige, völlig überhöhte Zahlen zum Verbrauch von Gaslaternen, die einfach nicht stimmen können. Einem Kulturgut geht das Licht aus – wenn wir nichts dagegen tun!

**Bettina Raetzer-Grimm, ProGaslicht e.V., Blankenfelde**

## Bayerns Zukunft

**Zu: „Seehofer pokert hoch“ (Nr. 28)**

In seinem Aufmacher schreibt Hans Heckel, dass in der CSU bereits Ideen zur Spaltung Deutschlands kursieren. Wilfried Scharnagl hat diese Idee in seinem Buch „Bayern kann es auch allein“ aufgeworfen. Was im Moment noch etwas absurd klingen mag, könnte durchaus in nicht allzu ferner Zukunft Realität werden. Wenn Deutschland schon als Ganzes gegen die Wand gefahren werden soll, und alles deutet ja im Moment daraufhin, dann kann eine kleinstaatliche Lösung ein erster Ausweg aus der Misere sein und damit völlig neue Perspektiven bieten.

In Bayern sind Traditionen und das bayerische Nationalgefühl besonders stark ausgeprägt, von daher dürfte diese Idee auch auf eine breite Zustimmung stoßen. Desweiteren ist Bayern wirtschaftlich so stark und unabhängig, dass es diesen Schritt gehen kann. In ganz Europa gibt es diese Abspaltungstendenzen: In Belgien finden Flamen und Wallonen nicht zueinander und in Schottland gibt es starke Unabhängigkeitsbestrebungen von Großbritannien.

Folgendes Szenario wäre denkbar: Die bayrischen Bürger stimmen per Referendum über einen Austritt aus der Bundesrepublik Deutschland ab. Bayern erklärt sich für selbständig und bestimmt seine Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik selbst. Alle weiteren Fragen, wie zum Beispiel über den Verbleib in der EU und im Währungsverbund, eine stringente Zuwanderungspolitik oder auch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zur Tschechei könnten ebenfalls per Referendum entschieden werden. Wichtig ist, dass der neue Staat eine breite Akzeptanz im bayrischen Volk findet.

Wie würde es weitergehen? Bayern fällt als Hauptnettozahler aus. Baden-Württemberg könnte dem Beispiel folgen. Von Deutschland bliebe dann nur noch ein Rumpfgebilde übrig. Wirtschaftlich geschwächt und aussenpolitisch bedeutungslos, aber dann auch als Europas Dauerzahler zumindest in der jetzigen Form nicht mehr zur Verfügung stehend. Für die Berliner Politikerkaste und die Eurokraten sicher eine Horrorvorstellung! Bayern aber könnte sich zu einem Musterstaat nach Schweizer Vorbild entwickeln.

**Ralf Müller, Dresden**

## Weniger Europa, mehr Demokratie

**Zu: „Scheinheilig“ (Nr. 28)**

Das geschilderte Ereignis dürfte wohl der Höhepunkt der Pflichtvergessenheit „unserer Abgeordneten“ sein. Gleichzeitig haben sie bewiesen, dass sie in der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland überflüssig sind. Wozu brauchen wir 620 hochdotierte Abgeordnete, die in jedem Jahr Milliarden Euro verschlingen, wenn sie dafür nichts tun? Ähnliche Verhaltensweisen sind ja seit Jahren üblich: Leere Ränge im Plenarsaal, „überlastete“ Abgeordnete durch Nebentätigkeiten, Auslandsreisen und andere persönliche Freizeitaktivitäten auf Kosten der Allgemeinheit. So konnte es geschehen, dass sich die EU zu einem unüberschaubaren, unkontrollierbaren Verwaltungsmonster enwickelte, das von ungewählten und gleichfalls hochbezahlten Beamten beherrscht wird. Durch dieses unkontrolierbare „Monster“ wird die Politik und Wirtschaft der EU-Staaten diktiert. Ständig wird durch die gelangweilten Beamten dieser Einrichtung neuer Unsinn erdacht und in den Staaten durchgesetzt.

Die Forderung muß heißen: „Weniger Europa, mehr Demokratie in den EU-Staaten“, nicht „mehr Europa“, wie von der Bundeskanzlerin ständig gefordert. Dazu gehört als Erstes ein demokatisch gewähltes Parlament, dass gewillt und befähigt ist, seine Pflichten zum Wohle seiner Wähler und seines Volkes wahrzunehmen. Das jetzige Parteien-Wahlsystem gewährleistet diese Voraussetzungen nicht.

Vereinfacht gesagt: In einer Demokratie entscheidet die Legislative nach ihrem Gewisssen (nicht nach Vorgaben der Partei); die Exekutive nach dem Gesetz.

Solche Grundsätze werden sträflich missachtet. Bei der jetzigen Politik werden die „Grünen“ ihr langersehntes Ziel, Deutschland als Nationalstaat zu beseitigen, bald erreicht haben!

**Josef Spill, Rostock**



Die Beschneidung als Religionsbekenntnis: Hier bei einer Massenbeschneidungszeremonie in Instanbul (Türkei) Bild: pa

## Bayern bei der *PAZ*

**Zu: „Seehofer pokert hoch“ (Nr. 28)**

Offen räume ich ein, dass ich es als Bayer selten versäumt habe, auf die Preußen zu schimpfen; es handelt sich sozusagen um eine historische Erbschaft, die man mir nachsehen möge.

Ich kann aber nicht umhin, Ihnen für Ihre Berichterstattung über Horst Seehofer und seine CSU zu gratulieren. Diese Partei, die sich so gerne als unangefochtene Vertreterin bayerischer Interessen aufspielt, hat sich in den letzten Jahren immer mehr in einen Club kraftmeiernder Eunuchen verwandelt, der dem Motto unseres Nationaldichters Karl Valentin folgt: „Mögen hätt' ich schon wollen, aber dürfen hab ich mich nicht getraut.“

Nicht ganz leicht fällt es mir deshalb, Ihnen meinen Verdacht mitzuteilen, dass die letzten aufrechten Bayern möglicherweise in der Redaktion der *PAZ* sitzen.

**Josef Huber, Bernhardswald**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## Recht auf eigenständiges Religionsbekenntnis

**Zu: „Gesetze dürfen nicht beschnitten werden“ (Nr. 29)**

Die von dem Gericht in Köln angestossene Diskussion zur Beschneidung ist sehr zu begrüssen.

Eine Möglichkeit, das Problem zu entschärfen, ist, die Beschneidung nicht im Säuglingsalter durchzuführen, sondern erst dann, wenn die Knaben mit der Vollendung des 14. Lebensjahres religionsmündig sind. Ab diesem Alter soll der Knabe, der sich für die muslimische oder die jüdische Religionsgemeinschaft entscheidet, auch die körperliche Kennzeichnung seiner Religionszugehörigkeit auf sich nehmen. Deutlich wird im deutschen Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 formuliert, „ab“ dem 14. Lebensjahr fühlt sich der Knabe zu einem solchen Entscheid noch überfordert, so kann er sich später dazu entscheiden. Je später die Entscheidung, umso mehr ist es ein freies „Ja“ Muslim oder Jude zu sein.

Nach Zeitungsberichten und Leserbriefen hier in Deutschland ist die Beschneidung zwar ein relativ kleiner, meist in Lokalanästhesie durchgeführter Eingriff, der aber in nicht zu vernachlässigendem Masse auch zu Komplikationen führen kann. Eine solche Komplikation führte auch zu diesem Urteil. Die Durchführung eines solchen Eingriffes allein unter religiösen Gründen ohne medizinische Indikation sei für Ärzte medizinrechtlich gesehen problematisch und könne den Arzt einer Strafverfolgung aussetzen.

Viele jüdische und muslimische Eltern sind der Meinung, so die Kommentare von Ärzten, dass religiös motivierte Beschneidung als Krankenkassenleistung zählt, was nicht zulässig ist, da nicht medizinisch notwendig. Es erstaunt, dass dieser Aspekt nicht in Betracht gezogen wird.

**Jürg Walter Meyer, Leimen bei Heidelberg**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 30 – 28. Juli 2012

## MELDUNGEN

### Neuer Generalkonsul

**Königsberg** – Aristide Fenster, seit 2009 deutscher Generalkonsul in Königsberg, steigt auf zum Botschafter. Er übernimmt die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Usbekistan. Sein Nachfolger in der ostpreußischen Hauptstadt wird Rudolf Friedrich Krause. Krause stand bisher an der Spitze der diplomatischen Fakultät an der Universität Budapest. Für die deutsche Gesandtschaft in der Pregelstadt ist der Wechsel ein turnusmäßiger. Zum Abschied lobte Fenster seine bisherigen Gastgeber: „Die Menschen in dieser Stadt und im gesamten Gebiet sind uns freundlich, mit großer Offenheit und Herzenswärme begegnet.“ *PAZ*

### »Von Tauroggen nach Tilsit«

**Tilsit** – Der Jahreswechsel 2012/2013 wird im Zeichen des 200. Jahrestages der Vertreibung Napoleons aus Russland stehen. Gemeinsam mit litauischen Stellen beteiligt sich die Stadt an einem grenzübergreifenden Projekt der Europäischen Union, das von dieser mit einer Million Euro gefördert wird. Es trägt den Titel „Von Tauroggen nach Tilsit“. Die russische Seite bringt sich mit der Sanierung des historischen Tilsiter Stadtkerns und der Wiederaufstellung des Königin-Luise-Denkmals in das Projekt ein. Das Denkmal wurde bereits in einer St. Petersburger Werkstatt originalgetreu im 3-D-Verfahren rekonstruiert und wird an seinem alten Standort im Park Jakobsruh errichtet. *H.Dz.*

# »Deutsche gegen Hitler« im Fort Nr. 5

## Ausstellung in Königsberg thematisiert den Widerstand gegen die NS-Herrschaft im Dritten Reich

**In dem Gebäude des neuen Museums „Fort Nr. 5“, einer Außenstelle des Gebietsmuseums für Geschichte und Kunst, ist eine Ausstellung zu sehen, die dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland gewidmet ist.**

Die aktuelle Ausstellung „Deutsche gegen Hitler“ will ein breites Publikum über antinationalsozialistische Bewegungen in Deutschland vor und während des Zweiten Weltkriegs informieren. Vorgestellt werden Jugendorganisationen, die sich an Untergrundbewegungen des Widerstands beteiligt haben, Priester, die Juden vor der tödlichen Gefahr gerettet haben, sowie Personen des öffentlichen Lebens und Beamte, die aktiv an der Bekämpfung des NS-Regimes beteiligt waren.

Symbolträchtig wurde die Ausstellung am 20. Juli, dem diesjährigen Jahrestag des Attentats auf Adolf Hitler, in der „Wolfsschanze“ eröffnet. Die Ausstellung zeigt interessante Fotos zu diesem Attentat. Darunter befindet sich ein Foto, das Adolf Hitler zeigt, wie er kurz nach dem Anschlag Benito Mussolini und anderen befreundeten beziehungsweise verbündeten Staatsoberhäuptern den beschädigten Bunker zeigt.

Die Vorbereitung für diese Ausstellung dauerte fast ein halbes Jahr. Laut der Koordinatorin Darja Timirjowa wurden über 100 historische Aufnahmen, persönliche Briefe und offizielle Dokumente gesichtet. Ein Großteil des ausgestellten Materials stammt aus den Beständen des Berliner Gedenkstätte „Deutscher Widerstand“.




**„Verräter oder Helden?“: Auch diese brenzlige Frage wird in der Ausstellung thematisiert** Bild: Tschernyschew

In den Kasematten des Forts sind Informationstafeln aufgestellt. Sie erzählen von der Jugendorganisation „Weiße Rose“ und dem Träger des sowjetischen Rotbannerordens Harro Schulze-Boysen, der am 19. Dezember 1942 wegen Vorbereitung zum Hoch- und Landesverrat zum Tode verurteilt und auf Befehl Hitlers am 22. Dezember 1942 in Berlin-Plötzensee erhängt wurde.

Die größte Aufmerksamkeit erzielte eine Tafel über einen einzigen Menschen, der Hitler auf einer Massenveranstaltung den Hitlergruß verweigerte. Dieses symbolische Ereignis spielte sich 1938 während eines Treffens Hitlers mit Arbeitern einer Schiffswerft ab. Der Name des Mannes war August Landmesser. Er war seit 1931 Mitglied der NSDAP und teilte für einige Zeit die Ansichten der nationalsozialistischen Partei. Als einziger seiner Kollegen traute er sich jedoch, seine ablehnende Haltung gegenüber der Politik Hitlers zu äußern. Kurz darauf fiel er der Gestapo in die Hände, die ihn des Verstoßes gegen das Gesetz zur Reinhaltung des deutschen Blutes bezichtigte: Landmesser war mit einer Jüdin verheiratet. Seine Frau starb 1942 im Konzentrationslager Ravensbrück. Landmesser selbst wurde 1941 nach zweieinhalbjähriger Lagerhaft vorzeitig entlassen und kam bei einem Kriegseinsatz ums Leben.

Die Ausstellung zeigt auch Auszüge aus Hitlers Instruktionen bezüglich der Politik und Sitten in den okkupierten Ostgebieten. Zum Beispiel die Instruktion „Aktuelle Aufgaben in den Ostgebieten“, in der dazu aufgerufen wird, Arbeitskräfte nach Deutschland zu schicken, die für die Kriegsindustrie von Nutzen sind und Auszüge aus „12 Verhaltensregeln für Deutsche im Osten und ihr Verhalten gegenüber Russen“.

Der ehemalige deutsche Generalkonsul im Königsberger Gebiet, Aristide Fenster, hat beratend bei der Organisation dieser Ausstellung mitgewirkt. Er unterstrich die Bedeutung einer solchen Ausstellung, die zeige, dass es während des Nationalsozialismus Deutsche gab, die am Widerstand teilgenommen haben. Das Datum der Eröffnung 20. Juli sei symbolisch, da der Tag der Ausstellungeröffnung auf das Datum der Verschwörung von 1944 gelegt worden ist, deren Teilnehmer gebürtige Ostpreußen gewesen seien und die schließlich das Attentat selbst auch auf ostpreußischem Territorium durchgeführt hätten.

Die Ausstellung ist noch bis Dezember dieses Jahres zu sehen.

*Jurij Tschernyschew*

# »Marsch für die Autonomie« durch Kattowitz

## Die RAS brachte rund 4000 Demonstranten auf die Straße – Das Ziel ist mehr Unabhängigkeit für Schlesien von Warschau

Schon seit 2007 demonstrieren jeden Sommer meist gelb-blau gekleidete Oberschlesier für die Autonomie ihrer Heimat und jedes Jahr werden es ein bisschen mehr. Am 14. Juli, beim nunmehr sechsten „Marsch für die Autonomie“ waren es schon an die 4000, die in heiterer Stimmung und zu Blasmusik durch die Straßen der oberschlesischen Metropole zogen, um Schlesien mehr Eigenständigkeit innerhalb Polens zu verschaffen. Die Veranstalter von der Ruch Autonomii Slaska (RAS, „Bewegung für die Autonomie Schlesiens“) sprechen sogar von 6000 Demonstranten, und um das Bild ein wenig eindrucksvoller erscheinen zu lassen, trugen die Teilnehmer eine mehrere Meter breite und etwa 100 Meter lange blau-gelbe Fahne Oberschlesiens über die Straße aufgespannt mit sich.

Über mangelnde Beachtung muss sich die Bewegung indes keine Sorgen mehr machen. 1990 gegründet, blieb sie zunächst unbedeutend, bis sie im Jahre 2003 mit dem damals 32-jährigen Jerzy Gorzelik einen geschickt agierenden Vorsitzenden bekam. Im Jahre 2010 eroberte die RAS in der Woiwodschaft Schlesien, die das östliche Oberschlesien und einige angrenzende altpolnische Gebiete umfasst, bei der Regionalwahl knapp 123 000 Stimmen oder 8,5 Prozent. Seitdem ist sie nicht nur mit drei Sitzen im Regionalparlament (Sejmik) in Kattowitz vertreten, sondern auch in der Regierung der Woiwodschaft, wobei die RAS den Test der Politikfähigkeit offenbar bestanden hat. Wie sehr die Zeit inzwischen für die Autonomiebewegung arbeitet, zeigen folgende Zahlen: Als es bei der Volkszählung 2002 erstmals möglich war, als Nationalität „Schlesisch“ anzugeben, taten dies etwa 173 000 Menschen, im Jahre 2011 waren es schon 809 000. Vermutlich waren darunter ein paar Tausend, die sich 2002 noch als Deutsche bezeichnet hatten, aber offenbar kaum weniger als 600 000 mit zuvor polnischem Bekenntnis.

**Die RAS sitzt nicht nur im Parlament, sondern auch in der Regierung der Woiwodschaft**

Der in Breslau promovierte Kunsthistoriker vertritt mit Eloquenz die beiden Kernforderungen der RAS: erstens mehr Respekt für die Kultur Oberschlesiens, dessen im Deutschen meist „Wasserpolnisch“ genannte Sprache sich durchaus vom Polnischen unterscheidet, und zweitens mehr wirtschaftliche und finanzielle Eigenständigkeit.

Was letztere angeht, so erarbeiten in Oberschlesien etwa 13 Prozent der Bevölkerung der Republik Polen rund 24 Prozent der Wirtschaftsleistung des Staates. Dieses Zahlenpaar fasziniert viele in der Region, auch wenn sie von ihrer Herkunft her waschechte Polen sind. Denn der Zentralismus des Staates führt dazu, dass die Region sehr viel vom selbst erarbeiteten Wohlstand abgeben muss. Eine Folge ist, dass das tüchtige Oberschlesien immer noch von überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit geplagt wird.

Jerzy Gorzelik, der in den 90er Jahren als junger Pressesprecher der RAS auch polemische Spitzen gegen Warschau zum Besten gab, äußert sich heute moderater. Die schon obligatorische Ansprache auf der Kundgebung nach dem Marsch war inhaltlich kaum angreifbar, wobei Gorzelik nicht nur Polnisch sowie etwas Tschechisch und Englisch sprach, sondern auch auf Deutsch die für den Marsch aus der Bundesrepublik heimgekehrten Landsleute ansprach. Direkt wandte sich der RAS-Chef an den polnischen Staatspräsidenten Boleslaw Komorowski, gegen seine noch vor kurzem ausgesprochene Propaganda, Schlesien sei „in die polnische Familie zurückgekehrt“, wobei er die Forderung nach Autonomie und Dezentralisierung erneuerte. Selbstverständlich tauchten auch in diesem Jahr wieder niederschlesische und mährische, außerdem bayrische, schottische, katalanische, baskische und Fahnen anderer europäischer Regionen auf.

Vor gut einem Jahr machte der ehemalige Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski noch Gratiswerbung für die RAS, indem er ihr vorwarf, ihr Beharren auf einer eigenen schlesischen Nationalität sei nichts anderes als Kollaboration mit dem Feind durch eine „verkappte deutsche Option“. In diesem Jahr blieben solche Überreaktionen aus, doch zwei Grüppchen polnischer Nationalisten protestierten mit zusammen etwa 20 Teilnehmern lautstark gegen das Autonomieverlangen. Tatsächlich ist die Haltung der RAS zu Deutschland und zur deutschen Volksgruppe in Schlesien aber vorsichtig, ja fast ambivalent. Einerseits gibt es keinerlei Vorbehalte gegen die deutsche Sprache oder Kultur, diese werden als fester Bestandteil der Kultur Schlesiens akzeptiert und begrüßt.

### Verhältnis zu den deutschen Organisationen: »geschäftsmäßig bis distanziert«

„Dennoch ist das Verhältnis zu den Organisationen der Deutschen, die ihren Schwerpunkt in der Nachbarwoiwodschaft Oppeln haben, geschäftsmäßig bis distanziert“, erklärte Robert Starosta, der Vorsitzende eines 2008 in der Bundesrepublik gegründeten Partnervereins der RAS gegenüber der *PAZ*. Die deutschen Verbände sähen in der RAS eine Konkurrenz, und obwohl die Bewegung die Autonomie ganz Schlesiens anstrebe, gebe es mit der Landsmannschaft Schlesien so gut wie keine Kontakte, sondern nur mit der Landsmannschaft der Oberschlesier. Und zum Vertreibungsunrecht, das in Oberschlesien nicht nur Deutsche, sondern auch Polen, Juden und Ukrainer betroffen und der Region unübersehbare Wunden geschlagen hat, hält sich die RAS bisher völlig bedeckt.

*Konrad Badenheuer*



## Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

heute mal wieder querbeet durch unseren Familiengarten, und da hat sich doch so einiges angesammelt, was zwar nicht so dringlich erscheint, aber ein Auf-die-lange-Bank-schieben auch nicht verträgt. Da ist ein Brief von unserm neugierigen Landsmann **Werner Mai** aus Hamburg – diese Eigenschaft schreibt er sich selbst zu, weil er hoffnungsvoll auf ein positives Ergebnis nach Veröffentlichung seiner Suchfrage wartet, die nun heute erfolgt. Er hat es nämlich so langsam „dick“, bei allem, was er von seiner Königsberger Kindheit erzählt, angezweifelt zu werden. Dieses Misstrauen kennen wir ja alle, wenn wir von tohuus berichten, und deshalb sind wir immer froh, wenn wir unsere Angaben belegen können, Zeitzeugen das von uns Gesagte bestätigen. Derartige Zeitzeugen könnten im Falle Werner Mais die Mitbewohner des Hauses Schönstraße 11 in Königsberg sein, wo er 1938 geboren wurde. Sein Vater **Fritz** Mai hatte die Bäckerei Ecke Paulstraße gegenüber der „Regierung“, wie der Gebäudekomplex am Mitteltragheim, der Sitz des Regierungs-Präsidiums war, kurz genannt wurde. Vielleicht erinnern sich noch Königsberger vom Tragheim an diese Bäckerei – zum Brötchenholen lief man ja als kleines Gnoss nur zu gerne, denn manchmal fiel was Leckeres dabei ab wie Blechkuchen vom Vortag oder irgendein frisches Abbruchsel. So könnten sich also auch Königsberger, die etwa gleichaltrig mit Werner Mai sind, an die Bäckerei erinnern. Gezielt sucht er aber nach der etwa drei Jahre älteren **Ursula Brandenburg**, die mit ihren Eltern zusammen mit der Familie Mai in dem Haus in der Schönstraße wohnte. Wie ich seinen Ausführungen entnehme, in einer Wohnung, die sehr groß gewesen sein muss, weil auch das Balkonzimmer von einem weiteren Mitbewohner genutzt wurde. An diesen „Onkel **Schobert**“ kann sich der heute 74-Jährige gut erinnern, noch intensiver aber an die Familie **Lagerpusch**, die in dem Haus einen Friseursalon hatte. Deren Söhne **Siegfried** und **Wolfgang** zählten zu Werners besten Spielkameraden. Sie bekamen 1943 noch ein Schwesterchen. Da Herr Lagerpusch bei der Wehrmacht war, blieb der Salon während der letzten Kriegsjahre geschlossen. Für die Kinder wurde er aber zur wahren Spieloase vor allem bei schlechtem Wetter, wenn sie nicht draußen spielen konnten. Dann hatte auch Frau **Blume** aus dem Erdgeschoss keinen Grund zum Schimpfen, denn sie pflegte die Bowkes zu verscheuchen, wenn sie zu viel Rabatz auf dem Hof machten. Das sind die Erinnerungen von Herrn Werner Mai an das Haus in der Schönstraße und seine Mitbewohner und so hofft er, dass sich noch jemand aus diesen Familien bei ihm meldet. Das könnte bei der Familie Lagerpusch der Fall sein, denn die Mutter von Werner Mai hat nach der Flucht mit ihr in Verbindung gestanden. Frau Lagerpusch befand sich damals in einem dänischen Internierungslager, und sie übersandte Frau Mai ein dort aufgenommenes Bild, das sie zusammen mit ihrem Töchterchen zeigte. Dann muss der Kontakt abgerissen sein, aber vielleicht ist es möglich, dass er jetzt wieder zustande kommt zwischen Werner Mai und seinen ehemaligen Spielkameraden und deren Familien. Anschrift: Werner Mai, Bürgermeister-Bals-Straße 8 in 82216 Maisach-Malching.

„Dieser Brief sollte eigentlich anders anfangen“, schreibt Herr Mai zum Schluss. „Heute beginnt nämlich ein regnerischer Tag mit dem Spruch in meinem Tischkalender: Man reist nicht billiger und schneller als in seinen Gedanken! So habe ich mich ‚billig‘ in die Heimat reisen lassen. Viel Nettes und Schönes ist mir wieder eingefallen, aber auch traurige und schlimme Erlebnisse.“

Also reisen wir weiter und nehmen unsere Landsleute auf die Fahrt in die Vergangenheit mit, die uns kein Wettergott verhageln kann. Jeder Wunsch, jede Frage, jedes Wort in der vertrauten Sprache bringt uns ein Stück Heimat zurück. Die Ostpreußische Familie ist ein guter Mutterboden, wir bearbeiten ihn fleißig und graben nach unsern Wurzeln. Die hat auch Herr Dr. **Wolfgang Klein** aus Schwörstadt in seinen Erinnerungen an seine Heimatstadt Königsberg zusammengetragen und mir nun einige übersandt, denn er fühlte sich von dem „Dialog mit der Vergangenheit“ von **Jörn Pekrul** in Folge 26 angesprochen, da er auch Ähnliches erlebt hatte, als er 1993 wieder heimatlichen Boden betrat. „Auch ich habe meinen Eltern ihre Sicherheit wiedergeben können und sie aufgenommen. Das Erstaunliche daran ist aber, dass meine Eltern und ich kaum über die Vergangenheit der Jahre 1939 bis 1945 gesprochen haben. Das mag daran gelegen haben, dass wir in den Kriegsjahren doch engen Kontakt gehabt und so manches gemeinsam erlebt haben. Es war jedoch kein Problem über die Jahre davor und sogar über den Ersten Weltkrieg zu sprechen.“ Seine Erinnerungen werden wir sicher dann und wann „anzapfen“, denn er hat in ihnen das Bild seiner Heimatstadt gezeichnet, wie er es schon als Junge mit wachen Augen gesehen hat, wobei er eigene Eindrücke mit dem von Schule und Elternhaus übermittelten fundierten Wissen verbindet.

Originalhandschrift über den Brand der Haberberger Kirche von 1747 Bild: privat

Reisen wir weiter, diesmal mit Frau **Christel Stößer** aus Garstedt, die uns in den Kreis Labiau führt. Sie hatte in Folge 17 von Herrn **Benz** aus Reichenbach gelesen, der für eine Frau **Schulz** auf Heimatsuche geht, denn deren Erinnerungen sind sehr vage und entbehren jeder genauen Ortsangabe. Herr Benz hatte ihren Bericht aufgeschrieben und wollte ihn nun mit Ortsangaben, Namen und Daten vervollkommnen, um den Herkunftsort lokalisieren zu können. Das erwies sich aber als sehr kompliziert, denn die Erinnerungen von Frau Schulz bezogen sich mehr auf das allgemeine Leben bis zur Flucht, es waren vor allem kleine Erlebnisse aus ihrer Kindheit, die überall zwischen Haffufer und Großem Friedrichsgraben geschehen konnten. Immerhin konnten wir einige Orte ausmachen, die nach den Angaben von Frau Schulz infrage kämen, darunter auch Agilla/Haffwerder. Da wir dazu auch ein Foto „Hochwasser in Agilla“ gebracht hatten, erregte dieser Bericht die Aufmerksamkeit von Frau Stößer, die in dem Haffdorf geboren wurde. Sie schreibt:

„Der Bericht hat mich sehr angesprochen. Ich bin 1931 in Agilla geboren, auch mein Vater war dort tätig. Die andere Dorfseite wurde durch den Arbeitsdienst eingedeicht. Der Große Friedrichsgraben teilte unser Dorf. Die Gemüsebauern kamen aus dem große Moosbruch mit den Kähnen, die früher noch von Menschenhand gezogen (also getreidelt) wurden. Und wenn der Winter kam, wurde das Eis auf dem Großen Friedrichsgraben aufgebrochen, damit die letzten Schiffe aus Tilsit nach Königsberg konnten. Mein Vater hatte dort die Schmiede, daher weiß ich noch alle Namen aus dem Dorf, aber eine Frau Schulz ist mir nicht bekannt, vielleicht ist das ja der Ehename der Frau.“

Damit dürfte Frau Stößer Recht haben, deshalb haben sich in diesem Fall noch keine konkreten Spuren ergeben. Herr Benz kannte nur den nicht gerade seltenen Nachnamen und konnte Frau Schulz auch nicht befragen, da der Kontakt inzwischen abgebrochen war. Deshalb hatte er gehofft, dass sich auf unsere Veröffentlichung hin Frau Schulz bei ihm melden würde, das ist aber anscheinend nicht geschehen. Die Ostpreußin aus dem Kreis Labiau müsste heute etwa 80 Jahre alt sein. Vielleicht kommen jetzt nach erneuter Veröffentlichung Hinweise aus dem Leserkreis, denn Frau Schulz, die in Mekklenburg-Vorpommern leben könnte, hängt noch sehr an ihrer Heimat und hat oder sucht Verbindung zu Landsleuten.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Wenn ich manchmal zu sehr in die Einzelheiten gehe und auch nebensächlich scheinende Daten und Angaben berücksichtige, so hat das schon seinen Grund. Den hat Herr **Peter Perrey** genau erkannt, denn er sagt in seinem Schreiben an mich nicht nur ein Dankeschön für die gewünschten Abbildungen von Godrienen, sondern bestätigt auch die dokumentarische Arbeit der Ostpreußischen Familie.

„Ich halte es in der Tat für außerordentlich wichtig, so viele Einzelheiten über unser Ostpreußen und seine Menschen zu sichern, wie nur irgend möglich. Die eigene Erfahrung auf dem Gebiet der Genealogie lehrt mich, dass man mit der Sicherung von Daten und Fakten – einschließlich des überkommenen Bildmaterials – nicht frühzeitig genug anfangen kann. Der Tod der vorangehenden Generation kommt vielfach eher als man denkt, und danach steht man mit vielen Fragen, die man hätte immer noch stellen können, plötzlich alleine da. Wenn man dann überhaupt noch Auskünfte erhalten kann, muss man versuchen, diese in manchmal weit entfernten Archiven zu finden. Insofern sind Einrichtungen, die per Internet zugänglich sind – wie das Bildarchiv Ostpreußen – von außerordentlicher Wichtigkeit. Ich habe mich bisher schon bemüht, diese oder jene Fehlinformation zu korrigieren und werde mich auch weiter einbringen, soweit es mir nötig erscheint. Ich sehe dies auch als eine bescheidene Ergänzung zu der fortlaufenden sehr wichtigen Arbeit, die Sie dankenswerter mit Ihrer Kolumne ‚Ostpreußische Familie‘ leisten. Als jemand, der das *Ostpreußenblatt* zeit seiner Existenz – also für mich von Kindesbeinen – gelesen hat und das Abonnement seit dem Tod der Eltern weiterführte, verfolge ich die Kolumne regelmäßig.“

Vielen Dank, lieber Herr Perrey für Ihre anerkennenden Worte und Ihre Mithilfe. Die ist besonders wichtig, denn die Unterlagen, die ich bekomme, sind in den meisten Fällen lückenhaft. Häufig fehlen Postanschrift und Telefonnummer. Da auch unsere Recherchemöglichkeiten vor allem zeitlich begrenzt sind, ist die Mitarbeit unserer Leserinnen und Leser ungeheuer wichtig, wie die vielen positiven Ergebnisse beweisen.

Der interessante Fund, über den wir in der letzten Folge berichteten, hat noch ein Nachspiel. Das veröffentlichte Foto von der Originalhandschrift hat dokumentarischen Charakter. Es zeigt einen Auszug aus den Aufzeichnungen des Sammlers **K. W. J. Albrecht** aus Bad Gandersheim, der 1946 im Besitz des Dokuments über den verheerenden Brand der Haberberger Kirche in Königsberg war. Heute bringen wir nun eine Kopie des Originalberichtes eines unbekannten Zeitzeugen aus dem Jahr 1747, den **Jürg Schmied** aus Siegen als Einlage in den gebundenen Aufzeichnungen von Albrecht in einem antiquarisch erworbenen Buch entdeckte.

**Eure**

*Ruth Geede*

**Ruth Geede**

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

# Der Karpfen war ein 30-Pfünder

## Königsberger Erinnerungen: Anglerparadies Oberteich

Die weiße Brücke hatte es mir angetan, die in Folge 28 auf der Seite „Leserforum“ abgebildet war. Und der Leserbrief von Frau **Irene Blankenburg-Korbjuhn** dazu, denn sie führten mich in ein Paradies meiner Königsberger Kindheit zurück: an den Oberteich. Und vielleicht kann ich nun die Schreiberin, die auch ihre glücklichen Kinder- und Jugendjahre im und am Oberteich verbrachte, mit meinen eigenen Erinnerungen erfreuen und andere Leserinnen und Leser dazu. Die weiße Brücke macht's möglich, unter ihr sind wir mit unserem Boot in den stillen Ziegelhöfer Winkel gerudert, und über sie führt nun der Weg zurück in die Vergangenheit.

Schon ehe wir das Boot hatten, gingen wir oft zum Oberteich, der nicht weit von unserer Wohnung im Roßgartenviertel lag. Dort pflegte mein Vater den Petrijünger zuzusehen. Die schwiegen still vor sich hin und mein Vater auch. Ich spielte am Ufer und wartete gespannt, dass es endlich „tibberte“. Und manchmal verschwand auch die Pose und der Angler zog tatsächlich einen Fisch an Land – meistens war es aber nur ein Plötzchen oder ein Barsch, handtellergroß. Die Prachtexemplare von Schleien und Karpfen hörte man an warmen Sommertagen irgendwo in der Schilfwildnis schnalzen, in die man leider nur mit dem Boot eindringen konnte.

Ein Boot! Es kam der Tag, an dem Vater sich den Traum erfüllte und uns Kindern eine ungeahnte Freiheit schenkte. Es lag an einem Steg des „Königsberger Angler-Clubs“, der sich hinter den Schrebergärten am Ostufer versteckte und für Spaziergänger kaum zu finden war. Vater hatte die Mitgliedschaft erworben und wurde nun mit einem „Petri-Heil“ der gerade anwesenden Petrijünger begrüßt. Er musste seinen Einstand in der Kantine des Clubhauses geben, die eigentlich eine Art Wohnküche war, in der Herr **Reichermann**, der Wirt, Grogwasser und Würstchen wärmen konnte. Viel mehr gab es nicht an Speisen und warmen Getränken, dafür Bier und härtete Getränke für durstige Anglerkehlen. Wir Kinder wurden mit Limonaden und Leibnitzkeksen abgespeist, auf unsere Jahrgänge war man nicht eingestellt. Zum langen Verweilen in der „Kantine“ hatten wir sowieso keine Lust, denn das Mobiliar bestand aus einigen Schemeln und einem durchgesessenen Sofa, dessen Spiralen sich bei längerem Sitzen schmerzhaft bemerkbar machten.



Weiße Brücke, Schwäne und stille Ufer Bild: privat

Dafür gab es dann Freiheit, Wasser und Frischluft pur auf dem Ufergelände mit dem alten Baumbestand – und es gab „unser Boot“. Es war nicht das größte, das neueste, das schönste, aber es gehörte uns. Wir lernten „Kahnchenfahren“ und waren bald so sicher, dass selbst die besorgte Mutter uns ohne Vorbehalt allein „auf den Teich“ ließ. Es führte uns in stille Ecken, die wir vom Ufer aus nie entdeckt hätten. In dem Ziegelhöfer Winkel, den wir nach der Durchfahrt unter der weißen Holzbrücke erreichten, konnte man sich verstecken, mannshoch stand das Schilf um den Kahn. Wie Orchideen leuchtete die Wasseriris, dottergelb und violett, Libellen, gläsern und zart, sirrten in der klaren Luft. Ab und zu raschelte es im Schilf, vielleicht ein Wasserhuhn, eine Stockente oder ein anderes Getier. Und plötzlich sprang in der Blänke ein Fisch hoch, sein silberner Körper in der Sonne und verschwand dann wieder. Die Stadt schien so weit, obgleich nur einen Steinwurf entfernt die Straßenbahn vorbeifuhr, ihr Klingeln kam wie aus weiter Ferne. Am liebsten verbargen wir uns hinter einer alten Weide, deren Zweige wie Perlenvorhänge in das Wasser hingen. Sie stand am Ufer des „kleinen Teiches“ hinter der Oberteichterrasse, den wir nach der Durchfahrt unter der Straßenbrücke – wobei wir laut Hallo und Huhu riefen, das ergab herrliches Echo – erreichten. Dicke Freundschaft hatten wir mit den Schwänen geschlossen, sie kamen sofort auf den Ruf „Hans-Hans“ herbei und ließen sich füttern. Auf dem Inselchen neben dem Bootssteg brütete ungestört ein Schwanenpaar im Schutz des Anglerklubs. Nach Süden weitete sich der Oberteich zur großen Wasserfläche – anderswo hätte man ihn mit Sicherheit „See“ genannt – und an seinen Ufern herrschte im Sommer fröhliches Badeleben. Ein bisschen unheimlich war es an der Mauer, wo Prikken keinen Grund mehr fanden, besonders am Abfluss des Oberteiches zum tiefergelegenen Schlossteich. Ich hatte immer Angst, dass wir mit unserem Boot mitgerissen wurden, was aber nicht geschehen konnte. Das war das bevorzugte Angelrevier meines Vaters, hier raubten die großen Hechte, man konnte sehen, wie die kleinen Flitzerchen angstvoll hochsprangen. Er war schon ein fischreiches Gewässer, der Oberteich, und er erfüllte damit noch immer seine Pflicht, denn einstmals war er von den Ordensrittern als Fischteich angelegt worden. Mein Vater brachte manchen kapitalen Fang nach Haus und einmal sogar einen 30-pfündigen Karpfen, aber den hatte er nicht geangelt, sondern beim offiziellen Abfischen des Oberteiches ersteigert. Meine Mutter meinte skeptisch, er müsste nach Modder schmecken – tat er aber nicht. Die zum Karpfenschmaus eingeladenen Gäste behaupteten, noch nie so etwas Köstliches gegessen zu haben. Ja, ja, die alten Rittersleut', die wussten schon, was sie taten! *R.G.*




## ZUM 104. GEBURTSTAG

**Janz**, Antonia, geb. **Hellwitch**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 30. Juli

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Schiminowski**, Anna, geb. **Falkowski**, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 30. Juli

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Stumm**, Grete, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 31. Juli

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Hartung**, Gertrud, geb. **Dawidonis**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 2. August
**Schmidt**, Gertrud, geb. **Czerwonka**, aus Binien, Kreis Lyck, am 5. August
**Upadek**, Liesbeth, geb. **Ostermann**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 1. August

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Hofmeister**, Ludwig, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, am 2. August
**Küßner**, Edith, geb. **Sadlowski**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 1. August
**Oltmann**, Christel, geb. **Runz**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 30. Juli

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Kostropetsch**, Heinz, aus Altbruch, Kreis Ebenrode, am 5. August

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Kaminski**, Margarete, geb. **Kaminski**, aus Wehlau, Gartenstraße, Kreis Wehlau, am 3. August

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Hübner**, Friedrich, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 30. Juli
**Marks**, Fritz, aus Weißensee, Weißensee Abbau Nord, Kreis Wehlau, am 1. August
**Steidle**, Lotte-Sophie, geb. **Lyß**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 3. August

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Auswitz**, Hildegard, geb. **Schmidt**, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, am 30. Juli
**Berkowitz**, Elly, geb. **Matern**, aus Nickelsdorf, Klein Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 31. Juli
**Breda**, Erna, geb. **Klask**, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 31. Juli
**Fischer**, Hermann, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 30. Juli
**Gothmann**, Klaus, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 31. Juli

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

**Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:**

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden.

Ihre *PAZ*

## TERMINE DER LO

**Jahr 2012**

**21. bis 23. September:** Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
**8. bis 14. Oktober:** 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont.
**19. bis 21. Oktober:** Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
**5. bis 9. November:** Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

**Jahr 2013**

**9./10. März 2013:** Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
**15. Juni 2013:** Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

*Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.*

**Jedamski**, Kurt, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, am 5. August
**Kraushaar-Roßdeutscher**, Christel, aus Lötzen, am 30. Juli
**Kurschat**, Herta, geb. **Augustin**, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 31. Juli
**Rach**, Margarete, geb. **Kirstein**, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, am 4. August
**Röbig**, Erna, geb. **Kattenberg**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 2. August
**Rockel**, Hedwig, geb. **Loeper**, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 2. August
**Rudnick**, Margarete, geb. **Randzio**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 3. August
**Struck**, Heinrich, aus Plompen, Kreis Wehlau, am 4. August

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Dammeyer**, Ruth, geb. **Wetzke**, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, am 3. August
**Keikus**, Helene, geb. **Friedrich**, aus Stolzenberg, Kreis Heiligenbeil, am 3. August
**Kempf**, Walter, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 4. August
**Lewohn**, Heinz, aus Grabowen, Kreis Goldap, und Dippelsee, Kreis Lyck, am 1. August
**Meitz**, Werner, aus Thierenberg, Kreis Samland, am 4. August
**Reimers**, Herta, geb. **Kröhnert**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 1. August
**Schmitter**, Selma, geb. **Sucht**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 1. August
**Schwentzek**, Ernst, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 3. August
**Seher**, Lieselotte, geb. **Jonnigkeit**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 2. August
**Stahnke**, Irmgard, geb. **Redwanz**, aus Lyck, Bismarckstraße 37, am 30. Juli
**Wirsing**, Hildegard, geb. **Töppner**, aus Paterswalde, Paterswalde Nord, Kreis Wehlau, am 30. Juli
**Zbikowski**, Annemarie, geb. **Klein**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 5. August
**Zimmermann**, Elsa, geb. **Bessel**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 4. August

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Arndt**, Gerhard, aus Lauterbach, Kreis Heiligenbeil, am 30. Juli
**Becker**, Erna, geb. **Kallweit**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 4. August
**Eifels**, Edith, geb. **Hoffmeister**, aus Große Kuhren, Kreis Samland, am 4. August
**Fischer**, Irmgard, geb. **Tregel**, aus Grabnick, Abbau, Kreis Lyck, am 2. August
**Klein**, Helmut, aus Kuglack, Lischkau, Kreis Wehlau, am 2. August
**Knocks**, Erich, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 5. August
**Malutzki**, Alois, aus Schulen, Kreis Rößel, am 19. Juli
**Marahrens**, Irmgard, geb. **Scheffler**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 5. August
**Mertins**, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 31. Juli
**Papajewski**, Karl-Friedrich, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, am 5. Augus
**Pautsch**, Rosa, geb. **Dietrich**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 4. August
**Peip**, Elli, geb. **Jedamzik**, aus Lyck, General-Busse-Straße 1, am 31. Juli
**Pentermann**, Lotte, geb. **Krause**, aus Ortelsburg, am 2. August
**Rahmke**, Alfred, aus Seerappen, Kreis Samland, am 1. August
**Romanwski**, Margarete, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 30. Juli
**Schmidt**, Anni, geb. **Jackstadt**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 5. August
**Skrey**, Harry, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 3. August
**Speicher**, Käte, geb. **Summek**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 30. Juli
**Stolz**, Hildegard, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 5. August
**Wilke**, Ruth, geb. **Braczko**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 1. August

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Bonzol**, Ursula, geb. **Wilke**, aus Allenburg, Markt, Kreis Wehlau, am 1. August
**Boos**, Ingrid, geb. **Gerlach**, aus Pottlitten / Warnikam, Kreis Heiligenbeil, am 2. August
**Burdenski**, Horst, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli
**Ernst**, Hanna, geb. **Goetzie**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 30. Juli
**Führer**, Erwin, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 31. Juli
**Hildebrandt**, Dietrich, aus Goldbach, Goldbach Süd, Kreis Wehlau, am 5. August
**Kanigowski**, Irmgard, geb. **Wilke**, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 5. August
**Krisch**, Dieter, aus Altschaden, am 3. August
**Kröhnert**, Alfred, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 30. Juli
**Land**, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. August
**Lange**, Jürgen, aus Wehlau, Kirchenplatz, Kreis Wehlau, am 31. Juli
**Müller**, Inge, geb. **Rautenberg**, aus Moditten, Kreis Samland, am 1. August
**Naruhn**, Gerhard, aus Wehlau, Markt, Kreis Wehlau, am 31. Juli
**Naujeck**, Rudi, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 31. Juli
**Neumann**, Gisela, geb. **Neumann**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 3. August
**Ott**, Günther, aus Wehlau, Hammerweg, Kreis Wehlau, am 4. August
**Schwierzke**, Gerda, geb. **Bahlo**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. August
**Struve**, Gerda, geb. **Kurschat**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 1. August
**Upadek**, Irmgard, geb. **Dzeia**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 5. August
**Walter**, Irmgard, geb. **Becker**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 2. August
**Waschk**, Walter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 3. August
**Zink**, Hannelore, geb. **Kriedemann**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 31. Juli

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Albers**, Peter, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 4. August
**Bachmann**, Gerda, geb. **Juppien**, aus Rantau, Kreis Samland, am 2. August
**Baumann**, Erna, geb. **Lemke**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 31. Juli
**Berendsen**, Lisbeth, geb. **Kijek**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 31. Juli
**Dausin**, Lothar, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 31. Juli
**Fromm**, Helga, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 1. August
**Göpfert**, Hannelore, geb. **Kalcher**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. August
**Kaminski**, Käthe, geb. **Andrioff**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 5. August
**Klinger**, Manfred, aus Holzenau, Kreis Ebenrode, am 1. August
**Meitz**, Kurt, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 31. Juli
**Müller**, Irmgard, geb. **Schumacher**, aus Willkau, Kreis Samland, am 1. August
**Opalka**, Siegfried, aus Heiligenbeil, am Sportplatz 5, am 30. Juli
**Pendzich**, Irmgard, geb. **Grabosch**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 1. August
**Prätorius**, Anneliese, geb. **Grigo**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 2. August
**Ruskowski**, Emil, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 3. August
**Schaffrick**, Sabine, geb. **Woldmann**, aus Ebenrode, am 1. August
**Schwarz**, Lothar, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 5. August
**Schwittay**, Erika, geb. **Sender**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 1. August
**Stasch**, Heinrich, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 2. August
**Tittel**, Ingeborg, geb. **Lewandrowski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 5. August
**Wohlgemuth**, Gerhard, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 5. August




**Martens**, Willi und Frau Waltraut, geb. **Sbrzesny**, aus Lyck, Falkstraße 20, am 1. August

### Ostpreußisches Landesmuseum



Sonnabend, 11. August, 11 bis 17 Uhr, Sonntag, 12. August, 11 bis 16 Uhr: Holzschnitt – Workshop für Anfänger und Fortgeschrittene mit der Künstlerin Marie-Luise Salden.

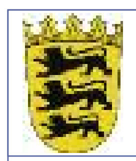
Mit der ältesten Drucktechnik der Welt lassen sich besonders kontrastreiche und expressive Bilder herstellen. Wie ein Holzschnitt vorbereitet wird, welche Werkzeuge notwendig sind – diese Fragen werden wir klären, bevor wir selbst ans Werk gehen und uns in dieser besonderen Technik versuchen. Marie-Luise Salden arbeitet als Künstlerin in den Bereichen Farbholzschnitt, Tusch- und Kreidezeichnungen und Aquarell-Malerei. Ihre Arbeiten sind in vielen Sammlungen und Museen vertreten. Marie-Luise Salden ist freie Mitarbeiterin im Käthe Kollwitz Museum in Köln. Kosten 30 Euro inklusive Material. Vorherige Anmeldung unter a.kern@ol-lg.de oder telefonisch unter (04131) 7599515 erforderlich. *OL*

*Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75 99 50, Fax: (04131) 75 99 511, E-Mail: presse@ol-lg.de, Internet: www.ol-lg.de*

## HÖRFUNK & FERNSEHEN

**SONNABEND**, 28. Juli 14.15 Uhr, ZDF Info: Windstärke 9 – Höhlenritt der Hochseefischer.
**SONNABEND**, 28. Juli, 20.15 Uhr, ZDFinfo: Momente der Geschichte – Der Erste Weltkrieg, Kaisersturz und Weimarer Republik.
**SONNABEND**, 28. Juli, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Kinder des Osten.
**SONNTAG**, 29. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
**SONNTAG**, 29. Juli, 14.45 Uhr, 3sat: Bodensee – Smaragd im Herzen Europas. Naturdoku.
**SONNTAG**, 29. Juli, 17.15 Uhr, MDR: Pommern unter Palmen. Reportage.
**SONNTAG**, 29. Juli, 19 Uhr, Das Vierte: Neues aus der Medizin: Schnarchen.
**MONTAG**, 30. Juli, 11.50 Uhr, Arte: Gustav Klimt – Der Geheimnisvolle.
**MONTAG**, 30. Juli, 22 Uhr, WDR: Grünkohl, Gifte und Geschäfte – Der Skandal um die Firma Envio.
**MONTAG**, 30. Juli, 22 Uhr, NDR: 45 Min – Die Milch-Lüge.
**DIENSTAG**, 31. Juli, 20.15 Uhr, Arte: Konrad Adenauer – Stunde der Entscheidung. Doku.
**DIENSTAG**, 31. Juli, 20.15 Uhr, MDR: Damals in Ostpreußen. Die Wechselvolle Geschichte Ostpreußens von 1932 bis 1945.
**DIENSTAG**, 31. Juli, 21 Uhr RBB: Die Ostsee. Zwischen Deutschland und Estland.
**MITTWOCH**, 1. August, 19 Uhr, BR: Stationen. Dokumentationen. Kirche im Aufbruch.
**MITTWOCH**, 1. August, 23.30 Uhr, ARD: Die Gejagten. Ferien von der Blutrache. Doku 2012.
**DONNERSTAG**, 2. August, 14.10 Uhr, Arte: Mit offenen Karten. Humanitäre Hilfe – Der Preis des aktiven Engagements.
**DONNERSTAG**, 2. August, 16.10 Uhr, NDR: Ein Leben für die Hallig. Doku 2010.
**DONNERSTAG**, 2. August, 22.25 Uhr, Arte: Die Farben der Haut. Doku 2010.
**FREITAG**, 3. August, 14.10 Uhr, Arte: Kalabrien – Italiens vergessene Region. Reportage.
**FREITAG**, 3. August, 22.02 Uhr, Tagesschau24: Pillen für den Störenfried. Psychopharmaka im Kinderzimmer.

# LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



## BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

**Lahr** – Donnerstag, 2. August, 18 Uhr, Gasthaus zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

**Pforzheim – 131. Preußische Tafelrunde** – Johannes Hevelius, Astronom aus Danzig (1611–1687). Hoch über den Dächern von Pforzheim fand im Parkhotel die 131. Preußische Tafelrunde statt. Geladene Gäste, unter ihnen die Pforzheimer Stadträte Dr. med. Joachim F. Rösch und Wolfgang Schick mit Gattin, Herr Pfarrer i.R. Albert Roth, Herr Oberstleutnant a.D. du Bois und Gattin sowie Vorsitzende und Landsleute der Ost- und Westpreußen konnten einem exzellenten Vortrag über „Johannes Hevelius, Astronom aus Danzig" lauschen. Nach dem gemeinsamen Abendessen referierte Hans-Jürgen Kämpfert, Oberstudiendirektor a.D., gebürtig in Danzig, Träger des Bundesverdienstkreuzes, stellvertretender Bundesvorsitzender der LM Westpreußen, us dem Leben und Wirken dieses begnadeten Astronomen, der in einer reichen Danziger Patrizier- und Bierbrauerfamilie am 28. Januar 1611 zur Welt kam und zunächst, wie sein Vater, Bierbrauer wurde. Später, als Kaufmann und Ratsherr gründete er seine eigene Sternwarte, hoch über den Dächern von Danzig über drei von ihm erworbene Wohnhäuser. Johannes Hevelius war nach Nicolaus Copernicus der bedeutendste Astronom in der Mitte des 17. Jahrhunderts. Er besaß in Danzig die beste Sternwarte der damaligen Zeit. Hevelius, geboren als Johannes Hewelke, widmete viel Zeit dem Vermessen von Sternen, führte neue Sternbilder ein, beobachtete Sonnenflecken und erstellte Mondkarten, die er in seinem Werk „Selenographia" veröffentlichte. Seine Instrumente, die er für die Beobachtung der Himmelskörper benötigte, entwarf und baute er selbst. An seinem Geburtstag im Jahre 1687 verstarb Johannes Hevelius nach kurzer Krankheit. Sein Werk wurde von seiner Frau Elisabeth fortgesetzt. Nach seinem Tod gab sie noch zwei seiner Werke heraus. Sie gilt als die erste Frau, deren Leistungen in der Astronomie anerkannt wurde. Die musikalische Umrahmung dieser gelungenen Veranstaltung hatte die Singgruppe „Elchschaufel" unter der Leitung von Herrn Ralph Demski aus Pforzheim. Gestaltung und Moderation des Abends erfolgte durch Uta Lüttich, der 1. Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Baden Württemberg e.V.



## BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

**München** – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.



## HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 11. August, 14 bis 17 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Achtung Änderung: Restaurant/Café „Prinzess", Alsterdorfer Straße 572, unweit S- und U-Bahnstation Ohlsdorf: **Sommerfest der Landesgruppe**, Referat Kultur. Zu Beginn wird der Vorsitzende Hartmut Klingbeutel Aktuelles aus Ostpreußen berichten. Er war im Juni dieses Jahres dort und besuchte auch die Städte Allenstein und Königsberg. Anschließend singen die Versammelten mit dem LAB-Chor unter der Leitung von Dieter Dziobaka (Gumbinnen) „Land der dunklen Wälder" und heimatliche Volkslieder. Von 15 bis 15.30 Uhr Plachandern bei Kaffee und Kuchen. Nach der Kaffeepause wird der LAB-Chor mit „Oldis" humorvoll an die Jugendzeit der Teilnehmer erinnern. Auch mit Literatur und Spaßvorträgen (ostpreußischer Art) wird es lustig werden. Es darf gelacht werden; denn „Ein bisschen Spaß muss sein". Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Die Veranstaltung leitet der Kulturreferent Siegfried Grawitter, Evastraße 3b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784.

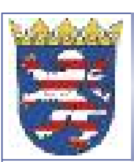
BEZIRKSGRUPPE

**Hamburg-Billstedt** – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

**Hamburg-Wilhelmsburg** – Montag, 30. Juli, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag „Sommer, Sonne, Urlaubszeit. Erholung in Geschichten, Liedern und Gedichten".

KREISGRUPPE

**Insterburg** – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel „Zum Zeppelin", Fohmestraße 123. Im Juli ist jedoch kein Monatstreffen. – Mittwoch, 1. August: **Sommerfest** mit kulturellem und musikalischem Programm. Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Informationen und Anfragen bei Manfred Samel, Telefon und Telefax (040) 587585.



## HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

**Dillenburg** – Die nächste Monatsversammlung findet erst wieder am Mittwoch, dem 29. August 2012 statt, um 15 Uhr im Dillenburger Cafe Eckstein. Dann wird Hans-Joachim Naujoks über Schule und Kultur in Gumbinnen, von den Anfängen bis zur Vertreibung sprechen.



## NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

**Buxtehude** – Sonntag, 26. August bis Mittwoch, 29. August: Vier-Tagesfahrt nach Potsdam „Auf den Spuren preußischer Könige – 300 Jahre Friedrich der Große". Sonntag, 26. August, 7 Uhr: Busfahrt ab Stade / Buxtehude, gemeinsames Mittagessen in Wustrau, dem Gut des volkstümlichsten Husarengenerals Hans-Joachim von Zieten. Montag, 27. August: Stadtführung durch das alte Zentrum von Potsdam, freier Nachmittag, Übernachtung in Caputh. Dienstag, 28. August: Busfahrt rund um Potsdam, Besuch der Filmstadt Babelsberg, Führung durch Park und Schloss Sanssouci, Schlösserrundfahrt auf der Havel, festliches Abendessen in einem Schiffsrestaurant, Übernachtung in Caputh. Mittwoch, 29. August: Führung durch das Schloss des Herrn von Ribbek auf Ribbek im Havelland auf der Rükkfahrt, Mittags- und Kaffeepause in Kyritz. Dieser Ort gehört heute zu den schönsten Fachwerkstädten Deutschlands. Gegen 19.30 Uhr Ankunft in Buxtehude/Stade. Kosten für die genannten Leistungen inklusive aller Eintritte und Führungen: 310 Euro pro Person im Doppelzimmer, Einzelzimmer 355 Euro. Für Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen ermäßigt sich dieser Preis um jeweils 20 Euro. Im Hotel Müllerhof in Caputh konnten 45 Betten reserviert werden, leider stehen nur sehr wenige Einzelz8mmer zur Verfügung. Anmeldungen ab sofort, spätestens bis zum 5. August an Lydia Wander, Telefon (04161) 87918.

**Osnabrück** – Dienstag, 31. Juli, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Freitag, 17. August, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

**Rinteln** – Donnerstag, 9. August, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln: **Monatstreffen der Gruppe.** Vortrag von Gustav Denzer „Die Evolution des Menschen". In seinen Ausführungen beschreibt Gustav Denzer die unterschiedlichen Auffassungen der Theologie und der Wissenschaft über die Entstehung der Erde, des Lebens und die Entwicklung des Menschen. Ein besonderer Schwerpunkt ist die „kulturelle Evolution", worunter verstanden wird, dass der Mensch weitgehend seine Entwicklung selbst bestimmt. Versucht wird auch ein Blick in die Zukunft des Menschen. Durch Bilder und Schautafeln werden schwierige Zusammenhänge der Erdgeschichte anschaulich und auch für Laien verständlich übermittelt. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen beim Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071.



## NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

**Bad Godesberg** – Mittwoch, 15. August, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

**Bielefeld** – Donnerstag, 2. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Montag, 6. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 9. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt.

**Düsseldorf** – Jeden Mittwoch, 18.10 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal: Probe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova.

**Ennepetal** – Donnerstag, 16. August, 17 Uhr, Monatsversammlung mit Grillen.

**Gütersloh** – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

**Mühlheim a.d. Ruhr** – Dienstag, 14. August, 14.45 Uhr, Wasserbahnhof Mülheim: Schiffsausflug nach Kettwig.

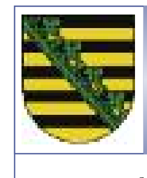
**Neuss** – Donnerstag, 2. August, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen.



## RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

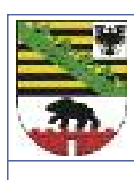
**Mainz** – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



## SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

**Chemnitz** – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Kulturkreises Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn. – Mittwoch, 15. August, 10 Uhr, Apotheke an der Zentralhaltestelle: Treffen der Wandergruppe.



## SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

**Dessau** – Montag, 13. August, 14 Uhr, Krötenhof: Geschichten aus der Heimat.

**Magdeburg** – Dienstag, 7. August, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



## SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

**Bad Oldesloe** – Thema des Monats Juli bei den Ost- und Westpreußen war die **Kirche von Arnau**, die zweitälteste Kirche im Ordensland. Nach der Begrüßung der Runde sprachen Georg Baltrusch und Gisela Brauer über den Vortrag, den sie dazu beim BdV in Kiel von Dr. Walter T. Rix gehört hatten. Arnau liegt in der zauberhaften Pregellandschaft an der ehemaligen A 1. Die Kirche wurde als Speicher benutzt und war inzwischen zur Ruine geworden. Sie sollte abgerissen werden. Seit 1992 arbeitet das Kuratorium Arnau e.V. an der Restaurierung nach alten Plänen. Zu dem Zeitpunkt kam man zu dem Ergebnis, dass das Bauwerk noch zu retten sei, wenn sofort mit der Arbeit begonnen würde. Das Kuratorium arbeitet ehrenamtlich und finanziert den Wiederaufbau nur aus Spenden. Die Arbeiten werden eng mit den russischen Behörden abgestimmt. Trotzdem waren Schwierigkeiten und Rückschläge ständige Begleiter. Seite 2011 ist sie nach russischem Recht ein orthodoxes Gotteshaus. Mit dem Ort sind vier bekannte Persönlichkeiten aus Geschichte und Literatur verbunden: der kurfürstlich brandenburgische Diplomat Fabian Kalau, der preußische Reformer Theodor von Schön, Joseph von Eichendorff und Freiherr vom und zum Stein. In die ausführliche Aussprache flossen viele heimatliche Erinnerungen ein. Geburtstagskinder des Monats waren Hildegard Neppessen und Karla Baltrusch.

**Flensburg** – Mittwoch, 8. August, 14 Uhr, Alter Friedhof von 1813: Treffpunkt am Idstedt-Löwen, historischer Friedhofsrundgang (schwedische, dänische, preußische, österreichische Gräber von 1848/59 und 1864, der Idstedt-Löwe), dann in die Bundsenkapelle. Danach Spaziergang durch den Christiansen-Park zum Stadtteil-Café in der Mathildenstraße, Hier gibt es eine Kaffeerunde.

**Neumünster** – Sonnabend, 5. August, ab 10.30 Uhr, Kiek Inn: Tag der Heimat. 13.30 Uhr: Andacht. 13.45 Uhr: Kultureller Teil, gestaltet von den Nieder- und Oberschlesiern. 17 Uhr: Ende der Veranstaltung.



## THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

**Landesgruppe** – Donnerstag, 9. August, 14 Uhr, RV Schmalkalden, Klub der Volkssolidarität, Kanonenweg 5: Heimatnachmittag der Kreisgruppe Ost- und Westpreußen. – Montag, 13. August, 14 Uhr, Mühlhausen, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg.

**Trakehner-Fohlen-Auktion in Hannover** – Insgesamt 22 Trakehner Hengst- und Stutfohlen wechselten am 22. Juli im Reiterstadion Hannover die Besitzer und das Ergebnis der Auktion zeigt: Gute Fohlen sind begehrt und kostspielig. Preisspitze mit 22 000 Euro war Pleasure, ein drei Monate altes Hengstfohlen von Millenium, den das Gestüt Sprehe im niedersächsischen Löningen-Benstrup erwarb. Pleasure (englisch für Vergnügen) wollten viele haben – und Züchter Hubertus Schroeter aus dem thüringischen Erlau bewies mit der Wahl des Fohlennamens den „sechsten Sinn". Das rasante Bieterduell entschied ein zufrieden lächelnder Albert Sprehe für das Gestüt.

Vater des teuersten Fohlens der Auktion ist der vier Jahre alte Reservesieger der Körung 2010, Millenium. Ihn erwarb das Gestüt Sprehe mit der Sächsischen Gestütsverwaltung vor zwei Jahren für eine sechsstellige Summe. Der Rapphengst avancierte am Sonnabend im Reiterstadion Hannover auch zum Sieger der Reitpferdeprüfung.

Am dicht gesäumten Viereck fanden sich etliche Käufer und Interessenten und erst Recht viele Neugierige ein, die sowohl Stuten und Fohlen, als auch die Bieterduelle miterleben wollten. Für 13 000 Euro wechselte der Anfang Mai geborene Hannibal von Saint Cyr den Besitzer. Hannibal stammt aus der Zucht von Luise Bredemeier im niedersächsischen Petershagen und wurde von einem Besitzersyndikat erworben.

Mit insgesamt 151 700 Euro Nettoumsatz für 22 Fohlen endete die Auktion. Der Durchschnittspreis rangierte mit 6895 Euro knapp über dem Vorjahresergebnis. Käufer aus Belgien, der Schweiz und den USA erwarben in Hannover Fohlen, boten zum Teil via Telefonverbindung mit. Mehr Informationen im Internet: http://www.trakehner-verband.de. *PAZ*

## AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



### GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

**Rücktritt** – Mit Bedauern hat die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen zur Kenntnis nehmen müssen, dass Wolfgang Mischor sein Amt als Kirchspielvertreter von Molthainen und damit auch sein Kreistagsmandat mit sofortiger Wirkung zur Verfügung gestellt hat. „Leider ist es mir aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich, das Amt weiter nach meinen Vorstellungen auszuüben", teilte er dem Vorstand mit. Es habe ihm sehr viel Freude bereitet, den Kontakt zu den Kirchspielmitgliedern zu erhalten und auszubauen. „Ich denke, dass das auf Gegenseitigkeit beruht. Es ist mir jedenfalls in vielen Briefen und Telefonanrufen der Mitglieder bestätigt worden", erklärte Mischor, der nach eigenen Worten nach wie vor an Ostpreußen und speziell an der Heimat seines Vaters und seiner Großeltern hängt und deshalb weiterhin für Anfragen zur Verfügung steht. Wolfgang Mischor, dessen Vater aus Arklitten stammt, hat das Kirchspielvertreteramt seit 2008 bekleidet und in hervorragender Weise ausgefüllt. Die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen dankt ihm für seinen Einsatz und die geleistete Arbeit und wünscht ihm vor allem gesundheitlich alles Gute.



### HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

**Kirchspiel Bladiau:** Achtung Änderung: Das Sondertreffen des Kirchspiels Bladiau anlässlich des Haupttreffens in Burgdorf findet nicht wie vorgesehen in der Gartenstraße 28, sondern im Spittasaal, Spittaplatz 1 um 14 Uhr statt.



### JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreis-johannisburg.de. Schriftführerin: Ingelore Friedrich, Hitzackerweg 1, 30625 Hannover, Telefon (0511) 578649, E-Mail: friedrich@kreis-johannisburg.de, Internet: www.kreis-johannisburg.de

**57. Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Johannisburg.** – Sonntag, 2. September, Goldsaal, Forum des Kongresszentrums Westfalenhallen, Dortmund. Es werden Teilnehmer aus vielen Teilen der Bundesrepublik Deutschland und auch heimatverbliebene Landsletue aus Polen aus dem Kreis Johannisburg [Pisz] erwartet. Die offizielle Feierstunde beginnt um 11 Uhr und endet zirka um 12.30 Uhr. Das Festprogramm wird musikalisch umrahmt von einem Musiker sowie einem Chor aus Dortmund. Das Treffen steht unter dem Leitwort „Erbe erhalten – Zukunft gestalten."

### LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

**Heimatkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lötzen in der Patenstadt Neumünster am 1. und 2. September.** – Programm: Freitag, 31. August, 14 Uhr: Kreistagssitzung (öffentlich) im Lötzener Heimatmuseum, Brachenfelder Straße 23, Sonnabend, 1. September, 10 bis 17 Uhr: Das Lötzener Heimatmuseum hat geöffnet. Neue Ausstellung „Lötzen – die Perle Masurens", 11 Uhr: Kranzniederlegung im Friedenshain. Ab 11.30 Uhr: Öffnung des Festsaals der Stadthalle, Kleinflecken Nr. 1, Dorfgemeinschaften treffen sich, Gelegenheit zum Mittagessen, 14 Uhr: Mitgliederversammlung (im Festsaal der Stadthalle), danach Gelegenheit zum Kaffeetrinken, 18 Uhr: Film „Lötzen – eine ostpreußische Kreisstadt" (Festsaal), ab 19 Uhr: Heimatlicher bunter Abend (Festsaal), 20 bis 21 Uhr: Auftritt der Folkloretanzgruppe „Zugvogel", danach Musikalisches. Sonntag, 2. September: ab 9 Uhr: Öffnung des Festsaals der Stadthalle, Kleinflecken Nr. 1, 10 Uhr: Andacht, 10.30 Uhr: Jagdhornbläser-Corps Neumünster, 11.00 Uhr: Feierstunde, Begrüßung, Grußworte, Festansprache: Dr. Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Es wirken mit: Michael Weiß und seine Musikanten (Neumünster) und der Chor „Stimme der Heimat" aus Lötzen [Gizycko]. Gemeinsame Lieder: „Land der dunklen Wälder", „Nationalhymne", gegen 13 Uhr: Gelegenheit zum Mittagessen, 14 bis 17 Uhr: Das Lötzener Heimatmuseum hat geöffnet. Wir laden alle Lötzener, ihre Nachkommen, die Freunde der Kreisgemeinschaft und die Bürger unserer Patenstadt zu diesem Treffen herzlich ein und bitten Sie, in möglichst großer Zahl daran teilzunehmen. – Die Ausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" ist nicht nur in Lötzen [Gizycko] in der Feste Boyen zu sehen, sondern bereits seit dem 17. März im Lötzener Heimatmuseum „Masuren in Neumünster", Brachenfelder Straße 23. Dort wird die Ausstellung noch bis Ende Oktober gezeigt. Im November wird sie im Foyer des Rathauses Neumünster ausgestellt werden. – Das Begleitheft zur Ausstellung „Lötzen – die Perle Masurens" ist sowohl in der Feste Boyen wie auch über die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen erhältlich.

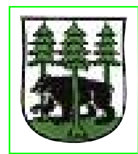
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



### OSTERODE

Kreisvertreter: Dieter Gasser, Friedrich-Lamp-Straße 8, 24306 Plön, Tel. (04522) 593580. Geschäftsstelle: Abgunst 1, 37512 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

**Einladung zur Mitgliederversammlung 2012** – Die Kreisgemeinschaft lädt ihre Vereinsmitglieder ein zur Mitgliederversammlung am Sonnabend, 15. September, 14 Uhr, Deutsches Haus in Osterode, Ostpreußen [Ostroda], im Zusammenhang mit ihrem diesjährigen Hauptkreistreffen. Tagesordnung: 1. Eröffnung, 2. Genehmigung der Niederschrift über die Mitgliederversammlung am 10. September 2011 in Osterode am Harz. 3. Entgegennahme des Jahresberichts des Kreisvertreters. 4. Entgegennahme der Jahresrechnung 2011. 5. Bericht der Rechnungsprüfer. 6. Entlastung des Vorstandes. 7. Neuwahl des Vorstandes. 8. Neuwahl der Rechnungsprüfer. 9. Verschiedenes.



### RASTENBURG

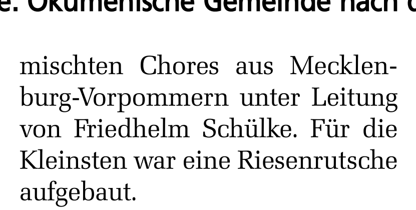
Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Sonntag, 19. August, 11 Uhr, Niedrrheinhalle, Wesel: **Mitgliederversammlung und Hauptkreissitzung.** – Beginn 11.30 Uhr. Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

# Gemeinsamkeit, die gelingt

## 400 Menschen nahmen am 17. Goldaper Sommerfest teil



Vor der Kirche: Ökumenische Gemeinde nach dem Gottesdienst Bild: KG Goldap

Am 15. Juli fand zum zweiten Mal ein ökumenischer und zweisprachiger (deutsch und polnisch) Gottesdienst in der Alten Kirche zu Goldap statt. Unter den Teilnehmern waren auch der Goldaper Bürgermeister Marek Miros und der Vizemarschall der Woiwodschaft Ermland und Masuren, Jaroslav Sloma. Gestaltet und geleitet wurde der Gottesdienst gemeinsam von Probst und Dekan Stanislaw Gadomski und Pfarrer David Banach. Liturgische Unterstützung leistete Diakon Dieter Mau.

Höhepunkt des Gottesdienstes war die gleichzeitige Gabe von evangelischem Abendmahl und katholischer Kommunion.

Zum 17. Goldaper Sommerfest trafen sich am Nachmittag des 14. Juli bei Sonnenschein nahezu 400 Menschen auf der Seeterrasse des Hotels Lesny Zakatek am Goldaper See. Unter ihnen waren zahlreiche Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland, aus den deutschen Vereinen in Ostpreußen, unter ihnen etliche Vereinsvorsitzende und -geschäftsführer, sowie Teilnehmer aus dem Königsberger Gebiet.

Die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen hatte neben Kaffee und Kuchen für alle ein buntes Programm aufgeboten. Star des Nachmittags war der bekannte Sänger BernStein, der das Publikum mit einem breiten Repertoire begeisterte. Auch der Auftritt des Chores Masurenklang aus Peitschendorf im Kreis Sensburg war ein Höhepunkt des Nachmittages. Mitreißend für alle Anwesenden war der Auftritt des gemischten Chores aus Mecklenburg-Vorpommern unter Leitung von Friedhelm Schülke. Für die Kleinsten war eine Riesenrutsche aufgebaut.

Der Woiwode von Ermland und Masuren, Marian Podziewski, musste leider kurzfristig absagen, ließ aber durch seinen Referenten Kamil Sokołowski ein Grußwort und ein Gastgeschenk übermitteln. Der Goldaper Landrat (Starost) Andrzej Ciolek war persönlich erschienen und richtete das Wort an die Gäste; er zeigte sich beeindruckt und erfreut über Ausmaß und Inhalte des Sommerfestes. Ähnlich sah es die Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland, Annette Klein, die die Grüße der Bundesrepublik Deutschland überbrachte. Annette Klein hielt ihr Grußwort in Deutsch und in Polnisch.

**Landrat Ciolek und Generalkonsulin Klein kamen persönlich**

Die Grüße des Dachverbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren überbrachte für den beruflich verhinderten Vorsitzenden Heinrich Hoch die Schatzmeisterin Barbara Ruczewicz.

Im Rahmen des Sommerfestes wurde auch eine zweisprachige Dauerausstellung im Haus der Heimat in Goldap eröffnet. Unter großem Publikumsinteresse wurde am 13. Juli im völlig überfüllten Haus der Heimat in Goldap die unter Beteiligung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen von der stellvertretenden Goldaper Kreisvertreterin Annelies Trucewitz und ihrem Mann Gerhard neu konzipierte zweisprachige (deutsch-polnische) Dauerausstellung zur Geschichte Goldaps vom Beginn bis 1945 eröffnet. Kreisvertreter Stephan Grigat betonte, dass die Darstellung der historischen Wahrheit zum dauerhaften Miteinander statt Nebeneinander oder gar Gegeneinander führen soll. „Nur wer weiß, wo er her kommt, kann verantwortlich gestalten, wo er hin will", so Grigat. Beeindruckt vom Haus und der Ausstellung, auch dem noch verbliebenen nur deutschen Ausstellungsteil, zeigte sich Generalkonsulin Annette Klein aus Danzig.. *PAZ*



**Historisches Ereignis im Hamburger Rathaus:** Eigentlich sollte es ein Arbeitsgespräch zwischen dem neuen und einzigen Bürgerschaftsabgeordneten deutsch russischer Herkunft in der Bürgerschaft. Nikolaus Haufler (Bildmitte), sowie dem neuen LvD-Vorsitzenden Willibald J.C. Pietsch (rechts im Bild) werden, als man sich im Rathaus traf. In dem Gespräch, an dem auch der Sellvertretende Vorsitzende des BdV Hamburg, Hartmut Klingbeutel (links im Bild), teilnahm, kam es zu einem konkreten Ergebnis bezüglich der bisher getrennt durchgeführten Teilnahme am Tag der Heimat in Berlin. Beide Seiten besprachen, die diesjährige „Berlinfahrt“ zum Zentralen Tag, der Heimat im ICCB gemeinsam durchzuführen.

Des Weiteren sollen an zukünftigen Vorstandssitzungen Vertreter des beider Verbände teilnehmen und geplante Veranstaltungen wie den Tag der Heimat in Hamburg, den seit 1985 traditionellen „Heimatmarkt“ und andere Projekte gegenseitig gefördert werden. Beide Landesvorsitzende versicherten, neben der sozialen und kulturellen Betreuung Ihrer Mitglieder und Landsleute, noch intensiver die Anliegen ihrer Verbände in die Öffentlichkeit zu tragen. So das Schaffen eines Denkmals für die 1945 aus der Heimat im Osten vertriebenen und geflüchteten Deutschen, ergänzt mit einem Gedenken an die Trümmerfrauen, die nach dem Krieg die Freie Hansestadt aus den „Trümmern“ befreiten und die Vorbedingungen für die heutige Kulturmetropole schufen. Ein Vorhaben,. welches bereits im BZA-Mitte vorgetragen und strittig diskutiert worden war und noch mit Hilfe der Kulturbehörde konkretisiert werden soll. Angedacht ist, einen würdigen Stellplatz etwa im Bereich des einzigen Münsters der Hansestadt, der teilbeschädigten Nikolaikirche (Innenstadt), zu finden. *PAZ*

# Gelebte Kultur des Erinnerns

## Auf Schloss Burg trafen sich zum 16. Mal Landsleute zum »Kleinen Ostpreußentreffen«

Alle Jahre wieder – und doch jedes Mal anders! Das nunmehr 16. „Kleine Ostpreußentreffen“ auf Schloss Burg bei Solingen ist nach wie vor eine feste Größe im Terminkalender der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen. So trafen sich auch Mitte Juli dieses Jahres zahlreiche Landsleute und deren Familien, Ostpreußen-Freunde und Vertreter verschiedener Landsmannschaften sowie Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens in NRW auf dem Plateau vor der „Gedenkstätte des Deutschen Ostens - Mahnmal der Vertreibung in Europa“ zum Plachandern, Zuhören und Genießen. Mitten drin waren auch die ostpreußischen Kreisvertreter Manfred Ruhnau (Kreis Braunsberg), Gerd Bandilla (Kreis Lyck) und Elke Ruhnke (Kreis Heiligenbeil) sowie die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen der umliegenden landsmannschaftlichen Gruppen Wuppertal, Remscheid und Solingen.

An mehreren Ständen gab es neben „Bärenfang“ und „Pillkaller“ weitere typisch ostpreußische Spezialitäten. Ein Anziehungspunkt war auch diesmal der Stand mit traditionellem Bernsteinschmuck. Eine breite Auswahl an Publikationen, Landkarten, Postkarten, Videofilmen und Wappen rund um das „Land der dunklen Wälder“ ergänzte das Angebot. Mit von der Partie waren auch Vertreter vom „Bund Junges Ostpreußen“ in der Landsmannschaft Ostpreußen, die unter anderem ihre Jugendzeitung „Fritz“ vorstellten. Die Publikation hat sich der Pflege des ostpreußischen Erbes und der Zukunft des „Landes zwischen Weichsel und Memel“ verschrieben. Die Jugendlichen beschäftigen Schwerpunkte wie ostpreußische Landschaft erleben oder Geschichte, Gegenwart und Zukunft erfahren. Auch die *Preußische Allgemeine Zeitung* hat sich unter dem Motto „Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland“ präsentiert.

Das kulturelle Rahmenprogramm wurde von den Dabringhauser Musikanten unter der Leitung von Torben Krause und dem Quartettverein aus Bedburg-Königshoven unter dem Dirigenten Sergio Aleyandro Ruetsch bestritten. Die von Anke Dahlhaus angeführte Tanzgruppe „Die Nussknacker“ führte traditionelle Reigen auf.



**Trotz schlechtem Wetter: Die Teilnehmer fanden sich zahlreich ein** Bild: Dieter Göllner

Trotz unbeständigem Wetter hat man es sich nicht nehmen lassen, den Sonntag mit Vorträgen, Gedenken, Glockenläuten, Musik, Tanz und ostpreußischen Spezialitäten gemeinsam zu verbringen. Höhepunkt der diesjährigen Kulturveranstaltung unter dem Motto „Mein Volk geht zugrunde, aus Mangel an Erkenntnis“ (Hosea 4, Vers 6) war der offizielle Teil.

> Vorträge der Redner enthielten politischen Klartext

Die Kundgebung wurde von Jürgen Zauner, dem Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen NRW, eröffnet. Zauner erinnerte unter anderem daran, dass die Gedenkstätte vor 61 Jahren durch den ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss der Öffentlichkeit übergeben wurde. Viele Besucher der Veranstaltung nutzten übrigens die Gelegenheit, die historische Stätte in dem vor kurzem teilrenovierten Batterieturm zu besichtigen. Eine am Eingang angebrachte Bronzetafel weist auf die Geschichte und Bedeutung dieser Gedenkstätte hin. Der benachbarte Glockenturm beherbergt drei ostdeutsche Glocken, wobei die wertvollste und bedeutendste aus dem Dom der ostpreußischen Hauptstadt stammt.

In Ansprachen und Vorträgen wurden sowohl ein Rückblick in die Vergangenheit als auch die Würdigung der Gegenwart und nicht zuletzt ein Ausblick in die Zukunft geboten. Zu den Rednern gehörten neben dem Bundes- und Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien Rudi Pawelka auch Politiker der jüngeren Generation wie Michael Weigand, Vorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereiningung der CDU (OMV) in Nordhein-Westfalen und der Landtagsabgeordnete Gregor Golland (CDU), die beide durch familiäre Bezüge mit Ostpreußen verbunden sind.

Die Festrede hielt Bodo Löttgen, der vor kurzem zum Generalsekretär der CDU in NRW gewählt wurde. Unter dem Stichwort „Kultur des Erinnerns“ betonte Löttgen: „Die Erinnerungen und Traditionen, die Sie pflegen, diese alte Heimat in Ihren Herzen, ist zu allererst Ihre persönliche Heimat. Sie ist aber auch ein wesentlicher Teil unserer gemeinsamen deutschen Geschichte. Zum Verständnis der deutschen Geschichte und Kultur gehört auch das Wissen über Geschichte und Kultur des ehemaligen deutschen Ostens – von Böhmen und Mähren über Schlesien bis Masuren und Ostpreußen bis hin zu den deutschen Siedlungsgebieten an der Wolga und später in Sibirien und der kasachischen Steppe.“

Löttgen verwies in seiner Rede auch auf die Zielsetzungen der Gegenwart und Zukunft: „Es ist und bleibt Aufgabe der Landsmannschaft der Ostpreußen, sowohl die Kultur des Erinnerns wach und lebendig zu halten, als auch Gerechtigkeitslücken für die Erlebnisgeneration zu schließen. ... Die Kultur des Erinnerns bedarf tagtäglicher Arbeit, institutioneller Unterstützung und finanzieller Ressourcen. Aber sie bedarf auch solcher Veranstaltungen wie dieser hier und heute.“

Jürgen Zauner, der Landesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen NRW, schlussfolgerte: „Die Rede von Bodo Löttgen und der Vortrag von Rudi Pawelka bedeuteten für mich politischen Klartext.“ *Dieter Göllner*

# Digitale Visitenkarten geplant

## Kommission für Zeitgeschichte will Biogramme heimatvertriebener Priester erstellen

Bis Ende dieses Jahres will Andreas Burtscheidt von der bischöflichen „Kommission für Zeitgeschichte“ im Bonner Albertinum sozusagen digitale Visitenkarten von rund 2200 heimatvertriebenen Priestern und Laien erstellt haben. Diese semantisch vernetzten Rohbiogramme sollen die Basis für biographisch-bibliographische Lexikonartikel sein, die eines Tages in das von der Kommission geplante Online-Lexikon über das katholische Deutschland seit 1800 eingestellt werden. Ermöglicht wird die Arbeit auf der Grundlage des Paragraphen 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) durch bis Ende 2012 bereitgestellte Drittmittel aus dem Etat des Staatsministers für Kultur und Medien.

Beteiligt an dem bedeutenden Unternehmen ist der Lehrstuhl für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit der Universität Erfurt.

Grundlage für die digitalen Visitenkarten sind die 89 laufenden Meter Akten der 1996 aufgelösten „Königsteiner Anstalten“ mit dem „Königsteiner Haus der Begegnung“, Hochschule und Priesterseminar sowie seinen Instituten und des Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz für die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler, des Hildesheimer Bischofs Heinrich Maria Janssen (1907-1988)

> Lehrstuhl für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit der Universität Erfurt ist an dem Projekt beteiligt

Trotz wiederholter Bitten des „Katholischen Flüchtlingsrats in Deutschland“ war es nicht möglich, die Akten von Janssens Nachfolger als Vertriebenenbischof, Weihbischof Gerhard Pieschl von Limburg (geboren 1934, zuständig für die Vertriebenenseelsorge von 1983–2009), ebenfalls den Königsteiner Akten in Bonn hinzuzufügen. Es hätte der Forschung genutzt, alles an einem Ort zu haben.

Obwohl das von der Deutschen Bischofskonferenz 1968 und 1998 beschlossene Prinzip – die Akten bleiben in dem Bistum in dem sie entstanden sind – durch die Übergabe der in der Diözese Limburg entstandenen Königsteiner Aktenbestände schon durchbrochen worden war, mussten die Unterlagen von Weihbischof Pieschl ins Limburger Diözesanarchiv verbracht werden, wo sie nun der üblichen 40-Jahressperrfrist unterliegen. Dazu kommen Aktenbestände, die sich zum Teil auch auf Königstein beziehen, des Instituts für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien e.V. unter Leitung von Professor Dr. Rudolf Grulich in Geiß-Nidda. Jetzt entstehen bis zum Ende der offiziellen katholischen Vertriebenenseelsorge im Jahre 2016 neue Akten beim derzeitigen Vertriebenenbischof Weihbischof Dr. Reinhard Hauke in Erfurt. Zusätzlich gibt es Akten bei den Geschäftsstellen der ehemaligen und heutigen Visitatoren beziehungsweise Vereinen (Ackermanngemeinde) und andere in München, Fulda, Brandenburg, Münster und Bonn (Deutsche aus Russland).

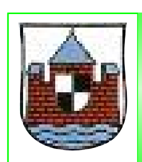
Wer künftig Themen der katholischen Vertriebenenseelsorge bearbeiten will, muss also von Fall zu Fall nach Bonn und zu anderen Archivbeständen reisen.

Die Kommission für Zeitgeschichte wurde am 17. September 1962 in der Katholischen Akademie Bayerns ins Leben gerufen. Am letzten Oktoberwochenende wird nun am selben Ort mit einer Tagung „Katholizismus in Deutschland – Zeitgeschichte und Gegenwart“ an den 50 Jahre zurückliegenden Gründungstag erinnert. *Norbert Matern*

## Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

Kassen- und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2013, 7. Heimatbriefe „Rund um Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburger Treffen 2012/2013, 10. Mitgliedsbeitrag, 11. Satzungsänderung, 12. Verschiedenes. Anträge oder Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 10. August einzureichen.



### TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

**Stadtvertretung** – Für die Stadtvertretung wird Sebastian Holzner vorgeschlagen. Er wurde am 13. August 1940 in Tilsit geboren. Seine Eltern betrieben die Buchhandlung Holzner am Hohen Tor. Das Kriegsende erlebte er in Unterfranken. Nach Abitur und Bundeswehr Studium an der Akademie der bildenden Künste in München mit dem Abschluss als Kunsterzieher und dem Diplom als Bildhauer. Tätig im Schuldienst in Würzburg und auf künstlerischem Gebiet. Waltraud Milde wird nach dem Tod von Horst Gelhaar den Zusammenhalt der Schulgemeinschaft Freiheiter Schule fortsetzen und die Verbindung in der Stadtvertretung wahrnehmen. Sie wurde als Waltraud Broszeit in Tilsit geboren und besuchte die Freiheiter Schule. Ihre Heimatstadt verließ sie als eine der letzten Tilsiterinnen mit einem Funkfahrzeug der Wehrmacht am 19. Januar 1945. Nach den Wirren der Flucht fand sie in Schleswig-Holstein eine neue Bleibe. Günter Balschuweit wurde am 17. August 1937 in Tilsit geboren und besuchte kurze Zeit die Meerwischer Schule. Im August 1944 flüchtete die Familie nach Pommern, wurde dort von den Russen überrollt und nach dem Krieg ausgewiesen. Er wohnt in Suhl. Beruflich qualifizierte er sich zum Meister im Maschinenbau und im Fernstudium zum Ingenieur-Pädagogen. Bis zum Eintritt in den Ruhestand war er im berufsbildenden Schuldienst tätig. Gemäß Vereinssatzung werden die vorgeschlagenen Mitglieder in der PAZ veröffentlicht. Ihr Einverständnis liegt vor. Gehen bis 15. August 2012 keine Gegenvorschläge ein, gelten die genannten Mitglieder als gewählt.



### TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax 3970, e-Mail: iklink@gmx.de. Stellvertreter: Manfred Bednarzik, Gartenstraße 126, 33397 Rietberg, Telefon (052444) 9275888, E-Mail: m.bednarzik@versanet.de. Geschäftsführerin: Astrid Welsch, Am Gysenberg 15, 44805 Bochum, Telefon (0234) 8906028, E-Mail: AstridWelsch@web.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Freitag, 17. bis Sonntag, 19. August, Hotel-Restaurant Schaperkrug: **Treffen der Heimatfreunde des Kirchspiels Herzogskirchen.** Programm: Freitag, 17. August: 18.30 Uhr, Anreise ab dem späten Vormittag, Begrüßung, Gemeinsames Abendessen im Hotel, im Preis enthalten. Zeit für Begegnungen und Gespräche. Wir zeigen unsere Diaschau vom letzten Heimattreffen vom 20. bis 22. Mai 2011. Sonntag, 18. August, ab 7.30 Uhr Frühstücksbuffet, 10 Uhr Feierstunde, offizielle Eröffnung unseres Treffens mit Begrüßung, Ansprachen, Totenehrung, Ostpreußenlied, Berichte, Diskussionen, ab 11.30 Uhr Ende des offiziellen Teils, 12.15 Uhr Abfahrt ab Hotel mit dem Bus nach Misselhorn zur Planwagenfahrt, 13.30 Uhr zwei Stunden Planwagenfahrt durch Wald und Heide mit Heidevesper. Dieser Ausflug kostet pro Person 28 Euro, 15.45 Uhr Rückfahrt zum Hotel nach Celle, zirka 17 Uhr Ankunft im Hotel Schaperkrug, Entspannung, 19 Uhr gemeinsames Abendessen, es gibt ein leckeres Buffet, im Preis enthalten, danach gemütliches Beisammensein bei guter Laune mit Friedhelm Keil am Keyboard. Sonntag, 19. August: ab 7.30 Uhr Frühstücksbuffet, zirka 10.30 Uhr Fahrt mit den eigenen Pkw in die Innenstadt Celles, bitte die Bahnfahrer im Pkw mitnehmen und zurückbringen, 11.15 Uhr Unterhaltsame, themenbezogene Führung im Celler Schloss, Caroline Mathilde, dänische Königin, zirka eine Stunde, 12.30 Uhr Kaffee und Kuchen im historischen Café Müller am Französischen Garten, Ausklang.

# Von Wolfskindern zu engagierten Helfern

## Ehepaar Kenzler widmete seiner Heimat Ostpreußen einen Großteil der Freizeit – Auch die Kinder arbeiten aktiv mit

Heinrich und Sieglinde Kenzler aus Oranienburg, beide in Ostpreußen geboren, sind ruhige und bescheidene Eheleute. Man sieht ihnen nicht an, dass sie in ihrer Kindheit und Jugend sehr schlimme Erfahrungen in ihrem Leben gesammelt haben und welche aufopferungsvollen Tätigkeiten sie heute als Rentner unter dem Motto „Erbe erhalten – Zukunft gestalten" immer noch leisten.

Sieglinde Kenzler, geborene Liedke, wurde 1935 in der Kreisstadt Wehlau geboren. Sie lebte bis Januar 1945 mit ihrer Mutter und ihren vier Geschwistern zufrieden in Wehlau. Im Januar 1945 bei Schnee und bitterer Kälte begann die Flucht vor der herannahenden Roten Armee. Von den Russen wurde die Familie mit vielen anderen in ein Arbeitslager getrieben. Hier lernte Sieglinde ein fast unerträgliches Leben kennen, Hunger, Krankheit, den Tod vieler Menschen. Die Mutter wurde schwer krank, ärztliche Hilfe gab es keine. Als die Mutter starb, begruben ihre fünf Kinder sie ganz allein auf dem Friedhof in Wehlau. Nach dem Tod der Mutter übernahmen Sieglinde und ihr ältester Bruder die Verantwortung für die jüngeren Geschwister. Von Wehlau fuhren die Kinder mutterseelenallein nach Litauen, dort sollte es etwas zu Essen geben.

Mehrere Tausend deutsche Waisenkinder, Kinder ohne Eltern vagabundierten durch die ostpreußischen und litauischen Wälder. Später nannte man diese Kinder „Wolfskinder". Der tägliche Kampf um etwas Essbares bestimmte ihr Dasein. Ein Nachtlager fanden sie meist in Straßengräben. „Die angesprochenen Bauern gaben uns meist etwas Essbares, aber behalten wollte uns keiner", erinnert sich Sieglinde. So ging es Tag für Tag, Woche um Woche, Jahr für Jahr.

Die Geschichtsforschung spricht von mehr als 5000 deutschen Kindern, die als Wolfskinder jahrelang leben mussten. 150 Kinder und Jugendliche landeten im Waisenheim in Kyritz im Land Brandenburg. Im März 1956 gelang auch Sieglinde die Ausreise aus Kaunas/Litauen nach Deutschland. Ihre Schwester Irmgard hatte sie vorher noch in Litauen gefunden, sie sprach jetzt litauisch und Sieglinde russisch.

1946 starb auch die Mutter von Heinrich Kenzler, auch er irrte als Wolfskind durch Ostpreußen. Über ein russisches Kinderheim in der Nähe von Insterburg, kam er schon 1948 nach Deutschland, nach Eggesin, traf hier einen Bruder von Sieglinde Liedke und von hier ging es in das Waisenheim nach Kyritz.



Helfer aus Oranienburg: Heinrich und Sieglinde Kenzler — Bild: H. J. Speckmann

Nach neun langen Jahren und nach dem Tod ihrer Mutter fanden sich alle Liedke-Kinder und auch Heinrich Kenzler 1956 in Kyritz wieder. Sieglinde war eine junge Frau geworden und russische Staatsbürgerin. Das Kinderheim in Kyritz wurde ihr Zuhause. Das Wiedersehen war sehr ergreifend und schön, erinnert sich Sieglinde heute. Gemeinsames Schicksal schweißt zusammen. Eine große Schwierigkeit war es, wieder Deutsch zu lernen. Heimleitung und Erzieher nahmen Sieglinde und Heinrich, wie auch die anderen Kinder an die Hand, gaben ihnen Hilfestellung, sich im Leben zurecht zu finden. Dafür sind beide der damaligen Heimleitung und den Erziehern auch heute noch dankbar.

### Erst im Waisenheim in Kyritz traf sich die Familie wieder

Alle zwei Jahre treffen sich die ehemaligen Heimkinder in Kyritz und freuen sich, dass ihr Kinderheim heute noch steht und als Wohnraum genutzt wird. 1956 begann Sieglinde ein Studium für Heimerzieher mit Lehrbefähigung. Die Heirat ihres Heinrichs verzögerte sich, da Sieglinde immer noch die sowjetische Staatsangehörigkeit besaß und demzufolge keinen Deutschen heiraten durfte. Im Januar 1958 wurde auch diese Hürde genommen und endlich geheiratet. Sieglinde und Heinrich Kenzler bekamen vier Kinder und heute sind sie achtfache stolze und zufriedene Großeltern.

Heinrich Kenzler nahm eine typische berufliche Entwicklung in der damaligen DDR. Über seine Tätigkeit in der Volkspolizei kam er zur NVA und wurde durch weiteres Studium Instandsetzungsoffizier der NVA bis er nach 36 Berufsjahren hier ausschied und als Zivilangestellter von der Bundeswehr übernommen wurde.

Sieglinde war viele Jahre als Heim- und Horterzieherin in Kyritz und später in Oranienburg in der Waldschule tätig und betreute bis zur Wende 1989 Russischklassen für begabte Schüler in der Thorhorstschule.

Nach der Wende besuchten sie 1991 erstmals wieder ihre Heimat. Von Berlin flogen sie nach Wilna. Ein Bus brachte sie über Kaunas, Gumbinnen und Insterburg nach Königsberg. Sie kamen ohne große Erwartungen aber mit viel Wehmut in ihre Heimat. Sie genossen die Schönheit der Landschaft, der Memel und der Kurischen Nehrung in vollen Zügen. Die Menschen heute dort leben aber meist auch noch in Armut, es fehlt oft das Nötigste, besonders den Kindern in den Heimen.

Die Tätigkeit der Eheleute Kenzler ist ein konkreter Beitrag zur Versöhnung zwischen Deutschen und Russen. „Erbe erhalten – Zukunft gestalten" heißt für Sieglinde und Heinrich Kenzler: Geschichte und Kultur der Ostpreußen bewahren, sie der heutigen Jugend in Deutschland und in Russland nahe bringen. Aussöhnung zwischen Deutschen und Russen leben, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Menschen beider Völker gestalten, dort helfen, wo Hilfe echt nötig ist. Mit hohem persönlichen Einsatz und Koordinierungsaufwand organisieren sie maßgeblich zwei große Projekte: Schüleraustausche und Hilfslieferungen.

In Oranienburg sammelt das Ehepaar Bekleidung, Schulbedarfsartikel, Sport- und Spielsachen und auch kleine Geldspenden.

### Seit über 20 Jahren organisiert das Ehepaar Transporte

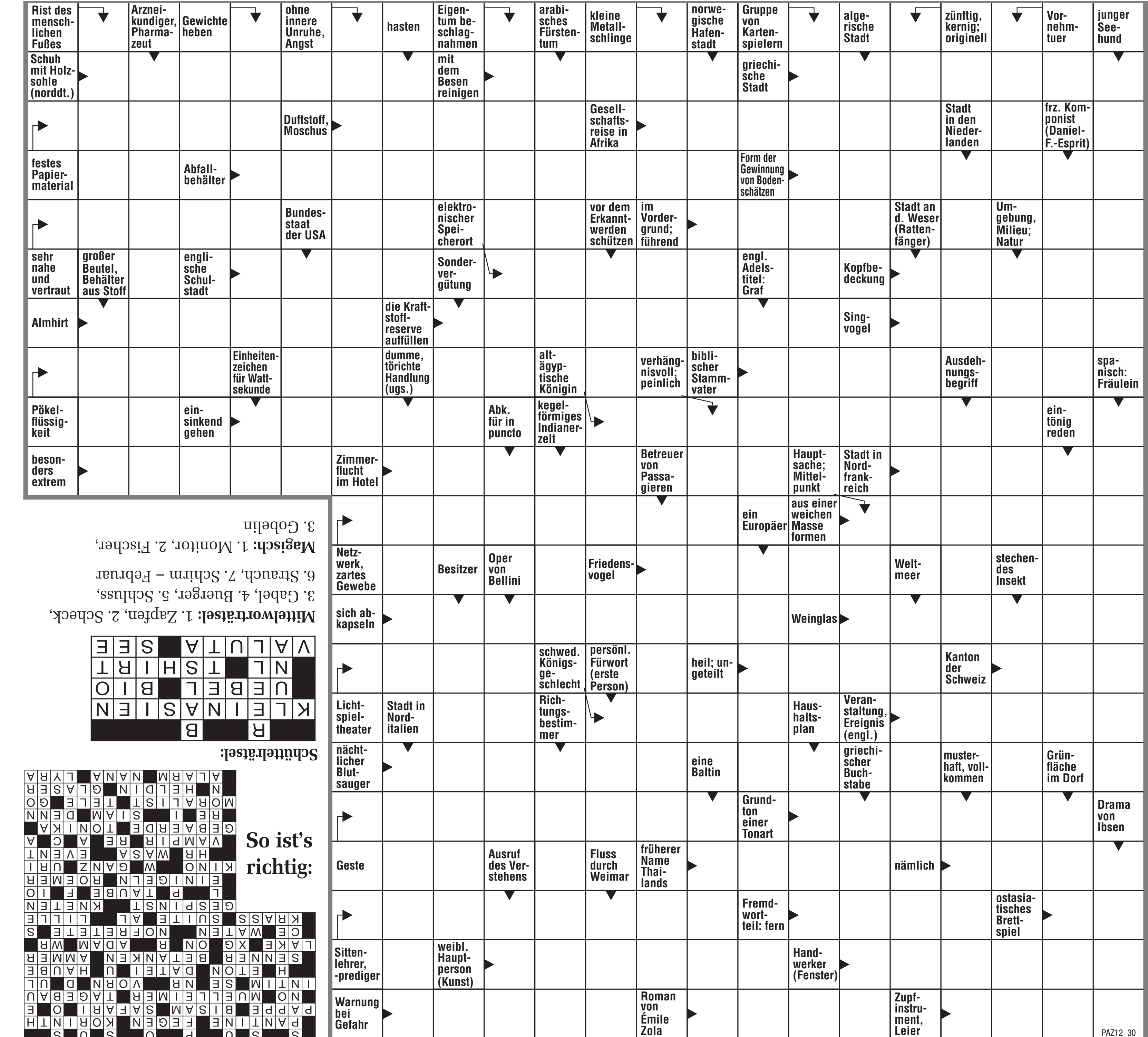
Unterstützt werden sie durch die Kreisgemeinschaft Wehlau und den Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen. Auch vom Bund der Vertriebenen des Landes Brandenburg, dem Bürgermeister der Stadt Oranienburg und vielen anderen erhalten sie Unterstützung. Auch durch Oranienburger Ärzte, Apotheker, Hebammen und anderen Bürgern erfahren die Kenzlers mit Sach- und kleinen Geldspenden Hilfe. Bei größeren Transportmengen unterstützt sie die Gruppe „Hilfe und Tat" aus Ottersberg durch Bereitstellung eines Lkw. Eine Herzensangelegenheit von Sieglinde und Heinrich ist auch ihre aktive Mitwirkung an Schüleraustauschen Oranienburger Gymnasien mit Schulen im Königsberger Gebiet. Diese Schüleraustausche gibt es seit 2005. Im September sind Schüler einer Schule in Tapiau beim Marie-Curie-Gymnasium in Hohen Neuendorf zu Gast. Bei diesem Projekt arbeiten sie eng mit der Arbeitsgruppe Jugend, Schule und Geschichte des Landes Brandenburg zusammen und werden auch von dieser unterstützt.

Dass Sieglinde Kenzler perfekt russisch spricht, kommt ihr bei den Kontakten in Russland sehr zu Gute und öffnet sofort die Herzen der Menschen dort. Für 2013 sind wieder weitere Schüleraustausche mit gleichzeitiger Vermittlung von konkreter Geschichte wie dem Tilsiter Frieden geplant. Die russischen Lehrer und Schüler bedanken sich herzlich bei Sieglinde Kenzler für ihre Bemühungen und zeichneten sie als „Botschafterin der Völkerverständigung" aus.

Ihre vier Kinder und Schwiegerkinder kennen die Lebensgeschichte ihrer Eltern genau, wissen um deren Tätigkeiten. Eine Tochter ist Mitglied im Kreisverband Wehlau e.V. Eine zweite Tochter unterstützt im Rahmen einer Arbeitsgruppe von Frauen in Brandenburg die Herstellung von Strickssachen für russische Kinder.

Nach ihren persönlichen Wünschen gefragt, sind sich beide Kenzlers sofort einig – sie wünschen sich noch weiterhin viel Kraft und Gesundheit für mehrere Jahre ihrer schönen Tätigkeit und viele Verbündete.

*Hans-Joachim Speckmann*



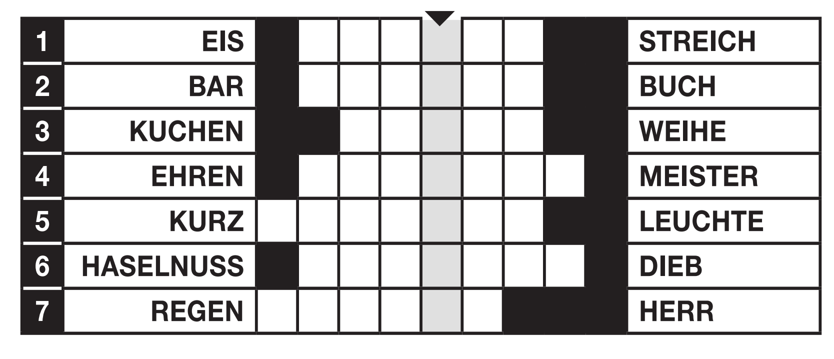
## Schüttelrätsel

**In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).**

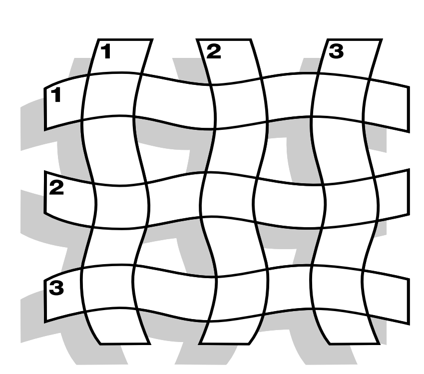
| AEEII KLNNS | ALNU | | EELLR | ENTT | | AABLS | BIIS | EEIR | ENOT |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | | | |
| BEELU | | | | | | BIO | | | |
| AALT UV | | | HIRS TT | | | | | | |
| | | | | | | EES | | | |

## Mittelworträtsel

**Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Monatsname.**




## Magisch



**Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.**

1 Kontrollbildschirm
2 Fänger von Wassertieren
3 Wandteppich

# Lebendiger Ort des Bewahrens und Erfahrens

## Zu seinem 25. Geburtstag ist das Ostpreußische Landesmuseum als feste Größe in der deutschen Museumslandschaft etabliert




Alle Facetten Ostpreußens unter einem Dach: Das Ostpreußische Landesmuseum in der Lüneburger Ritterstraße Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

Ein Dreivierteljahrtausend ostpreußischer Geschichte, Landschaft und Kultur unter einem Dach – das gibt es seit 25 Jahren im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Das Haus ist das einzige Museum in Deutschland, das das reiche Erbe, aber auch die Gegenwart und Zukunft Ostpreußens und deren Bedeutung für Deutschland und Europa in ihrer Gesamtheit thematisiert. Als zentrale Einrichtung für die Sammlung, Bewahrung, Erforschung, Präsentation und Vermittlung des Kulturgutes aus und von Ostpreußen nimmt es eine besondere Stellung in der deutschen Museumslandschaft ein.

Im Jahre 1987 aus dem Ostpreußischen Jagdmuseum hervorgegangen, könnte das Haus in diesem Jahr sogar ein Doppeljubiläum begehen, denn die Anfänge des Jagdmuseums wiederum

### Aus kleinsten Anfängen zu einem bedeutenden Haus

liegen 60 Jahre zurück. Damals präsentierte der Forstmeister Hans-Ludwig Loeffke, einer der Gründerväter der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), beim Treffen der Landsmannschaft in Bochum mit Objekten aus Privatbesitz eine erste Ausstellung zum ostpreußischen Jagdwesen. Wegen des großen Erfolges wurde diese erweitert und 1954 auf der Internationalen Jagdausstellung in Düsseldorf als „Gedenkschau deutscher Osten“ wiederholt. Zwei Jahre später gründete der umtriebige Tilsiter den Verein „Ostpreußisches Jagdmuseum – Wild, Wald und Pferde Ostpreußens e.V.“ mit Sitz in Lüneburg, wohin ihn die Nachkriegswirren verschlagen hatten. Ende 1957 begann Loeffke im „Alten Kaufhaus“ mit der Einrichtung des Museums, das Ende des folgenden Jahres eröffnet wurde. Eine Brandstiftung, der im Dezember 1959 mehrere historische Gebäude samt dem „Alten Kaufhaus“ und den Beständen des Museums zum Opfer fielen, bedeute für Loeffke und sein Projekt einen schweren Rückschlag. Doch Loeffke ließ sich nicht entmutigen. Er begann, eine neue Sammlung zusammenzutragen, die er ab 1964 in einem Patrizierhaus in der Salzstraße präsentierte und kontinuierlich ausbaute, sodass das Museum 1969 und 1974 erweitert wurde.

Im Jahre 1987 erfolgte die Umgestaltung des Jagdmuseums in das Ostpreußische Landesmuseum. Damit verbunden war nicht nur ein erweiterter thematischer Ansatz, sondern auch der Umzug in einen Neubau in der Ritterstraße. Träger des Hauses war bis 1994 der Verein „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum“, der auch Eigentümer der Liegenschaft ist. Seitdem wird das Museum von der Ostpreußischen Kulturstiftung unter dem Vorsitz von Wilhelm von Gottberg, dem langjährigen Sprecher der LO, getragen. Auf Beschluss des Bundestages wird es durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie das Land Niedersachsen institutionell gefördert. Darüber hinaus leisten der 1965 gegründete und seit langem von Barbara Loeffke, der Witwe des Museumsgründers, geleitete Förderverein „Ostpreußisches Jagdmuseum“, der „Verein der Freunde des Ostpreußischen Landesmuseums“ und die LO auf vielfältige Weise materielle und ideelle Unterstützung.

In sechs Dauerausstellungen und zwei Wechselausstellungen gibt das Ostpreußische Landesmuseum auf rund 2000 Quadratmetern Fläche einen umfassenden Einblick in Geschichte, Natur und Kultur Ostpreußens. Fern aller Verklärung und Heimattümelei wendet es sich primär nicht an die Erlebnisgeneration, sondern öffnet das breite Thema Ostpreußen den Nachkommen der Vertriebenen ebenso wie allen Geschichts- und Kulturinteressierten. Dabei setzt Joachim Mähnert, seit 2009 Direktor des Hauses, auf die authentische Wirkung von Originalexponaten, ohne dabei moderne museumsdidaktische Methoden oder Techniken zur Museumsgestaltung zu vernachlässigen. Übertriebener Multimedia-Schnickschnack, der einem den Besuch vieler Museen schnell verleidet, ist hier glücklicherweise nicht zu finden. Das Museum umspannt alle Facetten Ostpreußens – von der Frühbesiedelung und den Rittern des Deutschen Ordens über den Siedlerzuzug und das Alltagsleben in Frieden und Krieg bis zu Flucht und Vertreibung, vom „Gold der Ostsee“ und der Königsberger Goldschmiedekunst bis zur Majolika-Keramik aus Cadinen, von der Land- und Forstwirtschaft über die Jagd und Fischerei bis zu den Trakehner Pferden, von Immanuel Kant und Johann Gottfried Herder über Käthe Kollwitz bis Lovis Corinth, Agnes Miegel und Siegfried Lenz.

Das Ostpreußische Landesmuseum ist weit mehr als ein Ausstellungsort. Es ist auch ein Ort zum Erfahren, Erforschen und Erleben. So bietet das Kulturreferat in Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen im In- und Ausland Fortbildungsveranstaltungen und Studienfahrten an. Außerdem stehen Museums-Rallys für Kinder, Geburtstagsfeiern, Ferienaktionen sowie Angebote für Kindergartengruppen und Schulklassen auf dem museumspädagogischen Programm. Wie kaum eine andere vergleichbare Einrichtung arbeitet das Haus mit Museen, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen in Polen, Russland und Litauen zusammen. Ende des vergangenen Jahres wurde das Ostpreußische Landesmuseum für seine erfolgreiche Arbeit als eines

### Umfangreiche Erweiterung in der Vorbereitung

von nur sechs niedersächsischen Museen mit einem Qualitätssiegel ausgezeichnet.

All das ist für die Leitung des Hauses kein Grund, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Für die kommenden Jahre ist eine bauliche Erweiterung des Museums geplant, durch die sich die Ausstellungsfläche verdoppeln soll. Dann wird es auch eine Deutschbaltische Abteilung geben, die sich mit der Geschichte und Kultur der Deutschen in den historischen Siedlungsgebieten Livland, Kurland und Estland beschäftigt. Außerdem wird der Integration der Vertriebenen in Westdeutschland breiter Raum gegeben werden. Ein weiterer Bereich wird die heutige deutsche Kulturtradition in Ostpreußen thematisieren. Auch die Gemäldesammlung, die größte in Lüneburg, soll mehr Platz bekommen und um einen wechselnden Kunstschwerpunkt erweitert werden.

Bei seiner Gründung und selbst in späteren Jahren von linken Ideologen noch als „Revanchisten-Tempel für Ewiggestrige“ diffamiert und immer wieder Ziel politischer Anwürfe und Demonstrationen, stößt das Ostpreußische Landesmuseum heute auf breite Akzeptanz. Es ist eine feste und unverzichtbare Größe in der Kulturszene Lüneburgs ebenso wie in der deutschen Museumslandschaft.

*Jan Heitmann*

## Festakt 25 Jahre Ostpreußisches Landesmuseum

Auch Politiker sind lernfähig“ und „Ostpreußen, seid dankbar, trinkt Bier aus dem Hause Holsten“, das sind zwei, wenn auch nicht vorrangige, Erkenntnisse, die sich aus den Reden beim Festakt aus Anlass des 25. Geburtstages des Ostpreußischen Landesmuseums gewinnen lassen.

Welch hohe Wertschätzung das Museum genießt, zeigte die große Zahl prominenter Gäste, die Museumsdirektor Joachim Mähnert im Fürstensaal des Lüneburger Rathauses begrüßen konnte. Unter den rund 200 geladenen Gästen waren Lüneburgs Oberbürgermeister Ulrich Mädge, der niedersächsische Kultusminister Bernd Althusman, Staatssekretär Josef Lange vom niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Ingeborg Berggreen-Merkel, Stellvertreterin des Kulturstaatsministers im Bundeskanzleramt, sowie zahlreiche Bundestags-, Landtagsabgeordnete und Ratsmitglieder.

Die Festredner sparten nicht mit Anerkennung für das in einem Vierteljahrhundert Erreichte und lobten das Haus als wichtigen Bestandteil der Museumslandschaft. Eröffnet wurde die Reihe der Grußworte durch Oberbürgermeister Mädge, der einräumte, dass er das Museum vor 25 Jahren selbst noch kritisch gesehen und dagegen demonstriert habe. Stadt und Museum seien nicht immer „gerade Wege“ gegangen, jetzt sei dieses Buch aber geschlossen. Das Museum leiste mit seinen wichtigen Aktivitäten und Ausstellungen einen bedeutenden kulturellen Beitrag.

An „wechselvolle Jahre“, die es gebraucht habe, bis das Museum zum zentralen Ort geworden sei, an dem 750 Jahre Kulturarbeit der Ostpreußen dokumentiert und bewahrt würden, erinnerte auch Ingeborg Berggreen-Merkel. Das Siedlungs- und Kulturerbe Ostdeutschlands sei Teil der Geschichte aller Deutschen und das Besinnen auf die gemeinsamen Wurzeln die Legitimation für das Haus. Zudem lobte sie die wissenschaftliche Arbeit und den „Brükkenschlag“ zu den verschiedenen Nationalitäten im Baltikum. Das Museum sei Sachzeuge der Vergangenheit und weise in die Zukunft. Darauf könnten alle Beteiligten stolz sein, so Berggreen-Merkel.

Staatssekretär Lange betonte die Bedeutung des kulturellen Erbes Ostpreußens und hob besonders die Leistungen der Vertriebenen im Nachkriegsdeutschland hervor. Es sei wichtig, so Lange weiter, auch die junge Generation darüber zu informieren. Deshalb werde das Land Niedersachsen die Erweiterung des Museums bezuschussen.

Die Ostpreußen hätten als erste erkannt, dass „Musealisierung keine Einäscherung der Erinnerung“ bedeute, so Joachim Mähnert in seiner kurzen Ansprache. Sein Haus sei ein „quicklebendiger Ort“, in dem man Unterhaltendes und Überraschendes erfahren könne. Mittels der Vermittlung der ostpreußischen Kulturgeschichte verhelfe es zu einem grenzüberschreitenden Verständnis der heutigen Generationen. Die Finanzierung durch den Bund und das Land Niedersachsen sei gesichert.

Zum Abschluss des Festaktes zog Hubertus Hilgendorff, Vorsitzender des Vereins „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum“, eine Bilanz der vergangenen 25 Jahre. Er berichtete von viel Arbeit, finanziellen Engpässen und politischem Druck aus vielen Richtungen, die auf ihm und seinen Mitstreitern oft gelastet hätten. Doch die Liebe zur Heimat habe den Ostpreußen, die man nie unterschätzen solle, die Kraft gegeben, ihr Vorhaben gegen alle Widerstände zu verwirklichen. Sie hätten nicht nur nach staatlicher Förderung gerufen, sondern selbst Millionen für das Museum aufgebracht. In seine Dankesworte an alle, die am Entstehen und der Entwicklung des Ostpreußischen Landesmuseums mitgewirkt haben, bezog Hilgendorff auch die Holsten-Brauerei und deren damaligen Vorstandsvorsitzenden Klaus Asche ein. Diese hätten ein Herz für Ostpreußen gezeigt und das Areal im Herzen Lüneburgs dem Museumsverein zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt.

*J.H.*

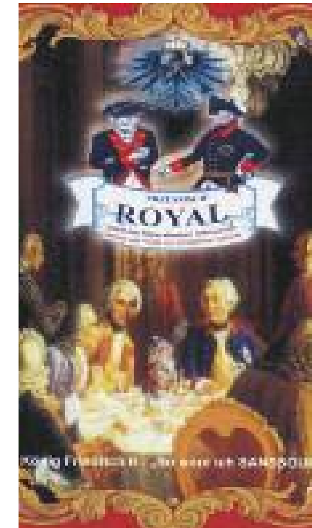
Blickt zurück und in die Zukunft: Museumsdirektor Joachim Mähnert Bild: Höge

# Das Wasser des Königs

## Das natriumarme Mineralwasser »Preussisch Royal« stammt aus einer Quelle unter Schloss Rheinsberg

**Manchmal führen Wege an Ziele, mit denen man nie gerechnet hat. So ist Dr. Theophana Prinzessin von Sachsen-Katte noch manchmal heute darüber verwundert, wie ein Ausflug in die Familienforschung den Grundstein für ein Produkt legte, das heute in Berliner und Potsdamer Fünf-Sterne-Hotels angeboten wird.**

Ja, Familiengeschichten über Grafen und Gräfinnen, Prinzen und Prinzessinnen prägten schon früh das Leben von Theophana Prinzessin von Sachsen-Katte. Sie selbst wurde 1949 in Sofia geboren, wo ihr Vater Peter Aladjov während des Zweiten Weltkrieges Finanz- und Wirtschaftsminister war, bevor ihn die Kommunisten aus Bulgarien vertrieben und er in Deutschland ein erfolgreiches Handelsunternehmen aufkaufte und führte. Russische und bulgarische Adlige stehen im Stammbaum der Aladjovs und die Familie ihres ersten Mannes war nicht minder illuster, schließlich heiratete sie in die Familie von Sachsen ein und wurde somit Prinzessin. Als sie nach dem Tod ihres ersten Mannes, mit dem sie vier Kinder hat, den Bauingenieur Hans Hermann Katte ehelichte, sah es so aus, als ob sie jetzt in eine bürgerliche Familie aufgenommen worden sei. Doch weit gefehlt. Gerade in der Familie ihres zweiten Mannes, in der das „von“ im Namen vor einigen Generationen abgelegt worden war, befand sich ein Adliger, dessen Schicksal Theophana Prinzessin von Sachsen-Katte bis heute tief berührt.




Leutnant Hans Hermann von Katte ist der beste Freund von Kronprinz Friedrich von Preußen, dem späteren Friedrich den Großen, gewesen. Beide interessierten sich für die Dichtkunst und das Flötenspiel und so wurde der junge Leutnant Vertrauter des Prinzen. Dieser klagte Katte, wie die Erziehungsmethoden seines Vaters, des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I., ihn abstießen und verstörten. 1730 bot sich durch eine Reise des Vaters die Gelegenheit zur Flucht. Doch der 18-jährige Kronprinz wurde gefasst und legte in einem abgefangenen Brief an Katte dessen Beteiligung an der Planung der Flucht offen. Dieses Wissen wurde dem 26-Jährigen zum Verhängnis und Katte als Beteiligter an einer Fahnenflucht mit vor das Kriegsgericht gestellt. Dieses verurteilte den aus angesehener Familie Stammenden zu lebenslanger Festungshaft, doch das war dem König zu wenig. Er wollte, dass sein Sohn litt, verschonte diesen aber auf mehrere Gnadengesuche hin. So wurde der Kronprinz durch den Tod seines Freundes bestraft, bei dessen Hinrichtung er zusehen musste.

Auf den Spuren der Geschichte Hans Hermann von Kattes stieß Theophana Prinzessin von Sachsen-Katte im wahrsten Sinne des Wortes auf eine sprudelnde Quelle. Und zwar in Schloss Rheinsberg, wo Kronprinz Friedrich einige Jahre lebte, nachdem er mit seinem Vater wieder Frieden geschlossen und als Zeichen seiner Läuterung die ungeliebte Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern-Wolfenbüttel geheiratet hatte. Diese Wasserblase unter dem Schloss führte Theophana Prinzessin von Sachsen-Katte auf die Idee, doch diese zu nutzen, um Hans Hermann von Katte Ehre zuteil werden zu lassen. Mit einer Gedenktafel in Berlin sollte des schuldlos schuldig gewordenen Leutnants gedacht werden. Und so fragte die auch an der gastronmischen Geschichte interessierte Prinzessin bei den Betreibern der Quelle an, ob sie einen Exklusivvertrag mit ihr schließen würden, um das Wasser unter dem Etikett „Preussisch Royal“ zu verkaufen, da sie seine authentische Historie als Alleinstellungsmerkmal hervorheben wollte. Sie einigte sich mit den Geschäftspartner, erledigte die nötigen Behördengänge und ließ die Marke „Preussisch Royal“ 2007 registrieren. Als langjährige Botschafterin von Chaine des Rotisseur, einem international tätigen gastronomischen Netzwerk, das 1248 als Bruderschaft einer Zunft von Köchen gegründet und ab 1950 mit neuem Leben erfüllt wurde, verfügt Theophana Prinzessin von Sachsen-Katte auch über die nötigen Kontakte in der Gastronomie.

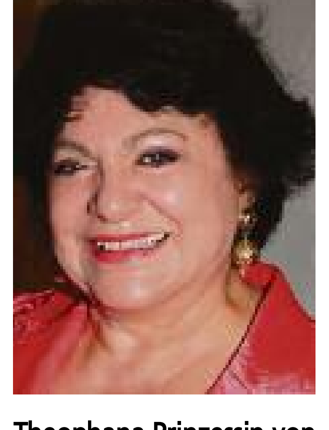



Ein „guter“ Tropfen: „Preussisch Royal“ soll gedenken Bild: relaxa Hotel Cecilienhof

Und so steht „Preussisch Royal“, das aus einer Quelle stammt, aus der schon Friedrich der Große als Kronprinz trank, auf der Speisekarte mehrerer Sterne-Hotels in Berlin und Potsdam (Dorint, Steigenberger, relexa Schlosshotel Cecilienhof), kann im Café der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin bestellt werden, ist im KaDeWe erhältlich und kann bei www.wineand-waters.de online geordert werden.

Für Theophana Prinzessin von Sachsen-Katte ist das Wasser „ein Stück Kulturgeschichte“. Doch nicht jeder hat einen Sinn dafür. Als sie ihr Wasser einem brandenburgischen Minister zur Bewirtung seiner Gäste ans Herz legte, monierte dieser das „royal“ im Namen und dass Friedrich der Große auf dem Etikett zu sehen sei – eine erstaunliche Haltung in einem Bundesland, dass Millionen über den Tourismus dank von preußischen Monarchen erbauter Schlösser erhält.

Auch mit ihrer Gedenktafel kommt die Unternehmerin nicht weiter. Eigentlich sollte diese am einstigen Familiensitz der von Kattes/von Wartenslebens angebracht werden. Heute sitzt an der Adresse Unter den Linden 1 die Bertelsmann AG, die grundsätzlich nichts von Gedenktafel an ihrer Hausfassade hält. Am Gedarmenmarkt, wo einst der „Arbeitsplatz“ von Hans Hermann von Katte war, hat sich bisher keiner der angefragten Hausbesitzer bereiterklärt, eine Gedenktafel an seiner Hauswand zu akzeptieren.



Theophana Prinzessin von Sachsen-Katte Bild: AEDT

Doch so lange Theophana Prinzessin von Sachsen-Katte nicht weiß, wo sie eine Gedenktafel anbringen kann, weiß sie auch nicht, in welcher Größe sie diese entwerfen lassen soll. Und so wird sie noch viel von ihrem natriumarmen Qualitätsmineralwasser verkaufen, bis ein Teil der Einnahmen irgendwann den geplanten Zweck erfüllen kann.

*Rebecca Bellano*

# Frieden dank Fleischverzicht?

## Vegetarier und Veganer verkaufen ihre Lebensform als die bessere und »missionieren« dabei sehr penetrant

Ob in Toronto oder Berlin: Vegetarier-Aktivisten in Rüben- und Schweinchenkostümen fordern besseren Umgang mit Tieren. Besonders in Deutschland verfolgen Aktivisten beinhart den Übergang zu einer „besseren Welt“ ohne Fleischkonsum. Was als Protest gegen Massentierhaltung begann, ist inzwischen Kampfansage für den vermeintlich besseren Weg der fleischfrei Lebenden. Auch die Werbung greift den Trend auf: Serienschauspielerin Alexandra Neldel fläzt sich leicht bekleidet über ein Bett und nascht Joghurt-Weingummi. „Be Veggie“, sei vegetarisch, gluckst sie fordernd, während ein weißes Häschen unschuldig durch die rosa Kulisse hoppelt in bewusster mehrheitskonformer Abgrenzung vom Ruf, der Vegetariern mitunter anhaftet.

Diese TV-Werbung kürte die Werbebranche jüngst zu einer der größten sogenannten Testimonial-Kampagnen 2011, einer Bekenntniskampagne, die Lebensgefühl beispielgebend vermittelt. Das neue vegetarische Sendungsbewusstsein ist indes nicht nur eine Absatzstrategie. Vegetarier-Paraden, auch Veggie-Paraden genannt, gehen von ihrem Ursprung in Paris und Marseille aus um die Welt. Im Juli fand in Berlin die bisher zweite deutsche Veggie-Parade unter dem Motto „eat peace“, „Iss Frieden“ statt, das auf einem großen Transparent vor dem Brandenburger Tor das Gewissen Vorbeigehender wachrütteln sollte. „Mehrere hundert Teilnehmer, die auf die vielen Vorteile der vegetarischen und veganen Ernährung hinweisen“, erwartete die „Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt“. Tatsächlich kamen kaum mehr als gut 250 Demonstranten, soviel wie 2011. Von dem seitens der Organisatoren verkündeten starken Anstieg vegan und vegetarisch lebender Menschen war so wenig zu bemerken. Die Macher führten 60 als Rinder und Schweine verkleidete Gesinnungsgenossen zum symbolischen „Die in“, Sterben zum Mitmachen. Sie stellten sich tot, „damit die Menschen sehen, welche Opfer hinter ihrem Fleischkonsum stehen“. Eine junge Teilnehmerin sagte, die Demonstration sei nur ein kleiner Schritt, die Menschen vom Fleischessen zu befreien. Neben dem nachvollziehbaren Protest gegen den Umgang „mit 60 Milliarden Tieren, die jedes Jahr unter meist unvorstellbaren Bedingungen kostenoptimiert gemästet und getötet werden“, geht es den Aktivisten nach eigenen Angaben vor allem darum, „die vegetarische und vegane Idee als konsequenteste Form des Tierschutzes“ zu stärken. Die vegane Idee heißt, „dass die Menschen in keinem anderen Bereich so effektiv Tier- und Klimaschutz leisten können, wie in der Ernährung“, schrieb der Vegetarierbund Deutschland zur Parade. Die dabei mitgeführte fünf Meter große Schweineplastik verkündete den Fleischessern, wer sie sind. „Denn selbst, wenn Sie Fleisch mögen“, steht darauf, gefolgt von verbissenen Argumenten.




Vegetarier-Parade in Berlin: Die Hauptstadt ist Sammelpunkt der Szene Bild: pa

Berlin ist als Großstadt naturgemäß Sammelpunkt der Szene. „Hier lockt das erste Sterne-Restaurant mit einem komplett vegetarischen Menü, hier gibt es die bundesweit erste vegetarische Mensa, Deutschlands erster veganer Vollsortiment-Supermarkt ‚Veganz‘ und ‚mehr als 30 vegetarische und 14 vegane Restaurants‘“, schwärmt der Vegetarierbund im Internet. Auch das „Tierrechtsbündnis Berlin-Vegan“ gehört zu den „eingefleischten“ Veranstaltern sowie die Organisation Peta, die unter anderem einen grundsätzlichen Verzicht auf Seide fordert: „Die Insekten leiden!“

Weniger Verbissen und durchorganisiert lief indes im Juni die Parade im kanadischen Toronto ab. Allesfresser waren ausdrücklich gern gesehen, ein „freudiges Ereignis“ sollte es werden, das mehr Menschen anlockte als die Berliner Parade mit ihren sauertöpfischen Vorhaltungen über globale Folgen des Fleischessens. Im August wollen nun Berliner Veranstalter ihr vegetarisches Sommerfest feiern, mit Faserkost und hoffentlich ohne Tellerpredigt. *SV*

# Gegen die eigenen Werte

Leichte Unterhaltung wird im deutschen Fernsehen und in den Kinos großgeschrieben. Hin und wieder entdeckt man aber ein paar cineastische Perlen. Oft erreichen derartige Filme aber nicht den deutschen Markt und wenn, dann nur in kleinen Programmkinos oder gleich nur als DVD. „Die Lincoln Verschwörung“ ist so ein Film, der trotz namhafter Darsteller (Kevin Kline, Alexis Bledel) und mit Film-Altmeister Robert Redford als Produzent und Regisseur nur in wenigen deutschen Kino lief und nur im Feuilleton Beachtung fand. Auch der DVD-Start vor einigen Monaten verlief ohne Werbeaufwand, so dass man nur durch Zufall auf das interessante Historien-Drama stößt.

Der 75-jährige Oscar-Preisträger Redford erzählt die Geschichte von Mary Surratt, der ersten Frau, die durch eine US-Bundesbehörde hingerichtet wurde. Der 42-jährigen Witwe und Pensionswirtin war vorgeworfen worden, dass sie von dem geplanten Attentat auf US-Präsident Abraham Lincoln, bei dem dieser am 15. April 1865 in der heißen Endphase des von 1861 bis Juni 1865 währenden US-Bürgerkrieges getötet wurde, gewusst habe, da sich die Verschwörer in ihrer Pension in Washington trafen und einer ihrer beiden Söhne daran beteiligt war. Obwohl Surratt aus Maryland stammte, das offiziell während des Bürgerkrieges auf Seiten der Nordstaaten stand, war es kein Geheimnis, dass die Katholikin Surratt den Südstaaten emotional nahe stand. Da Lincolns Nachfolger Andrew Johnson die Täter und Verschwörer schnell bestrafen wollte, Surratts Sohn John aber geflüchtet war, wurde seine Mutter vor ein Kriegsgericht gestellt, vo allen gefassten Beteiligten ein schneller Prozess gemacht wurde.




Ein unschönes Kapitel der US-Justizgeschichte

Im Film „Die Lincoln Verschwörung“ schildert Redford den Prozess aus Sicht des jungen Anwalts Frederick Aiken (gespielt von James McAvoy), der erfolgreich für die Nordstaaten im Krieg gekämpft hat und die Witwe (gespielt von Robin Wright) erst gar nicht verteidigen will. Als dann Entlastungszeugen nicht zugelassen werden oder plötzlich ihre Aussage ändern, regt sich bei Aiken Widerstand, da das, was im Prozess geschieht, nicht mit seinen Vorstellungen von Gerechtigkeit und den Grundwerten der US-Verfassung übereinstimmt. Am Ende wird Surratt nur aufgrund von wenigen Indizien zum Tode verurteilt. Ihre Schuld ist bis heute unbewiesen.

In den wenigen deutschen Medien, die sich mit dem Film beschäftigten, warf man Redford unter anderem vor, er mache Schulfernsehen und wolle mit „Die Lincoln Verschwörung“ nur die US-Haltung nach dem 11. September 2011 und das Lager Guantanamo kritisieren. Außerdem verurteile er zwar, dass Surratt als Zivilistin vor ein Kriegsgericht gestellt worden sei, erzähle aber nicht die Ursache für den US-Bürgerkrieg. *Bel*




# Zuerst die Pflicht

## Porträt über Bertha Krupp

Der eigene Anspruch eines Autors – in diesem Fall einer Autorin – ist sicher eine gute Grundlage, um ein Urteil über ein Werk zu fällen. Diana Maria Friz stellt gleich im Vorwort der Biografie über ihre Großmutter mit dem Titel „Bertha Krupp und ihre Kinder“ klar, dass es ein „persönliches Buch … aus der Perspektive der handelnden Personen“ sein soll, in welchem sie bewusst auf abschließende Wertungen verzichtet habe. Letzteres kann so ganz nicht aufrecht erhalten werden, da doch sehr deutlich wird, dass die Autorin von der Krupp-Familie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein recht positives Bild vermitteln will.

Hingegen wird das Versprechen eines „persönlichen Buches“ eingelöst. In langen Briefzitaten kommen „die handelnden Personen“ zu Wort. Hauptlinie ist das Leben von Bertha Krupp (1876–1957), welche Alleinerbin des väterlichen Unternehmens ist. Aber fast im selben Maße widmet sich die Autorin Berthas Mann, Gustav von Bohlen und Halbach („Taffy“) sowie dem Schicksal der gemeinsamen Kinder. Zwar ist es zu begrüßen, dass viele Schriftstücke erstmals veröffentlicht werden, die Anschaulichkeit leidet aber darunter, dass manchmal Erläuterungen über Dinge fehlen.

Ausführlich zitiert Diana Maria Friz Passagen mit Detailschilderungen, beispielsweise bei der Darstellung der 100-Jahr-Feier der Firma im Jahre 1912. Was die Ausleuchtung der historischen Ereignisse angeht, die weit mehr als lediglich Hintergründe für eine Biografie über Bertha Krupp sind, so wäre etwas mehr Trittsicherheit zu wünschen gewesen. Der passive Widerstand war nicht der Grund, sondern die Folge der Ruhrbesetzung von 1923 und die große Inflation war 1924 nicht mehr im Gange. Und folgt man der Autorin, so müssen die Besuche Kaiser Wilhelms II. – der der Firma Krupp bekanntlich auch in schwierigen Phasen den Rücken stärkte – stets eine Belastung für die Familie gewesen sein.

Wesentlich gelungener ist die Darstellung der Lage, in der sich Gustav Krupp von Bohlen und Halbach in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft befand. Einerseits ließ er sich widerwillig mitziehen, andererseits war er nur bedingt in seinen Entscheidungen frei. Eingefügt sind einige Seiten eines von Golo Mann verfassten Typoskripts über „Krupp und das Dritte Reich“ – eine ausgewogene, lesenswerte Betrachtung.

> Mit Text von Golo Mann

Das Schicksal der Firma und das Private waren eng verwoben, die Firma stand an erster Stelle. Bertha hat diesen Grundsatz gelebt. Reichtum war eher Verpflichtung als Privileg. Im Unterschied zu den meisten anderen Familienmitgliedern genoss Bertha dennoch ein besonderes Privileg: Sie führte eine glückliche Ehe.

Legt man das Buch aus der Hand, so sieht man die Konturen eines Lebens mit Höhen und Tiefen und hat dennoch den Eindruck, vor einem etwas blutleeren Bild zu stehen. Das allerdings ist nicht der Autorin anzulasten, hier hat sie wohl die äußerlich immer so beherrschte und pflichtbewusste Bertha Krupp ganz gut getroffen. *Erik Lommatzsch*

***Diana Maria Friz: „Bertha Krupp und ihre Kinder. Das Leben meiner Großmutter“**, dtv, München 2011, broschiert, 342 Seiten, 19,90 Euro*






# »Sowjetunion light«

## Autoren üben Kritik an der Europäischen Union in ihrer jetzigen Form

„Die politischen Führer finden nicht nur nicht den richtigen Ton, sondern sie sagen Dinge, die meilenweit entfernt sind vom Bewusstsein der Bürger. Es reicht eben nicht mehr, mit schönen Worten die Vorzüge der europäischen Einheit zu beschwören und dann einen Text vorzulegen, den nicht einmal die Befürworter mit klaren verständlichen Worten beschreiben können.“ Diese Sätze könnten ein aktueller Kommentar zur Euro-Krise sein. Sie stammen aber schon aus dem Jahr 2005 und gehen auf den verstorbenen Soziologen Ralf Dahrendorf zurück.

Volker Kempf, Mit-Herausgeber des Buches „Die Europäische Union. Perspektiven mit Zukunft?“, erinnert in seinem Vorwort daran, dass die Mahnung eines anderen bedeutenden Soziologen, nämlich des früheren Buchenwald-Häftlings Eugen Kogon, mittlerweile in Vergessenheit geraten sei. Kogon hatte gesagt, europäische Politik müsse über den Volkswillen rückversichert werden. Dies findet aber derzeit de facto nicht statt, so dass man den Eindruck gewinnt, die EU schlage gedankenlos einen Weg ein in Richtung einer „Sowjetunion light“. Das hier anzuzeigende Buch geht dieser und verschiedenen anderen Fragen nach.

Der Philosoph und *PAZ*-Autor Harald Seubert untersucht, inwieweit der Geist Europas in den Zeiten der Krise Orientierung geben könnte. Seiner Meinung nach erleben wir den Verlust christlicher Lebensformen: „Es wird verheerende Folgen haben, wenn sich eine große Kultur, wie jene Europas, die bis ins Innerste christlich-abendländisch geprägt und bestimmt ist, von dieser Prägung ihrer Herkunft meint, ablösen und dann auf irgendwelche Werte setzen zu können.“ Seubert wörtlich: „Ohne christlichen Bezug kein Europa.“ Im Fernsehen werde immer die Frage gestellt, ob das Christentum die Moderne überleben werde. Die neue entscheidende Frage aber sei, ob die Moderne ohne das Christentum überleben könne. Seubert gibt sich pessimistisch. Der um sich greifende Nihilismus zeitige den „hedonistischen, blinzelnden letzten Menschen“. Damit verbunden sei ein Verlust der „Vitalkräfte Europas“.

> Brüssel hat sich weit von seinen Bürgern entfernt

Heiner Kappel, Theologe und langjähriger FDP-Landtagsabgeordneter, verließ vor der Euro-Einführung seine Partei, um sich gegen die drohende Transferunion stark zu machen. Der frühere Vorsitzende des „Bundes freier Bürger“ sieht sich nachträglich in seinem Kampf gegen den Euro bestätigt. Die Preisgabe der D-Mark, so Kappel, „war der Anfang einer gewollten Transferunion“. Während die Rettungs-Europäer ihre finsteren Pläne mit immer unverständlicheren Worthülsen verbrämen, schreibt der rechtsliberale Kappel klar und verständlich: „Wenn ich meinem Nachbarn Geld geben muss, damit er mir anschließend mein Produkt abkaufen kann, mag dies formal ein Geschäft sein, es bleibt aber ein reichlich dummes und unwirtschaftliches. Und wenn ich ihm Geld leihe, von dem ich weiß, dass ich es nie wieder bekomme, ist das Ergebnis letztlich das gleiche.“

Auch die übrigen Aufsätze des Bandes sind lesenswert. Der Publizist und Politologe Felix Dirsch gibt einen kritischen Einblick über die Zentralisierungstendenzen der EU. Der in Freiburg lehrende Jura-Professor Dietrich Murswiek bewertet das Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus der Sicht eines Verfahrensbeteiligten. Der Politologe Edgar Guhde widmet sich schließlich dem Tierschutz.

In seinem Nachwort fordert *PAZ*-Autor Klaus Hornung eine neue europäische Grundsatzdebatte. Die bisherigen europäischen Fehlentscheidungen und Fehlwege gelte es, zu korrigieren und „schließlich in neue tragfähige politische Konzepte für Europa einzufügen, die abschließend von Volksabstimmungen als Ausdruck des Willens des demokratischen Souveräns zu legitimieren wären.“ *Ansgar Lange*

***Volker Kempf/Rudolf Stettin: „Die Europäische Union – Perspektiven mit Zukunft?“**, Gerhard-Hess-Verlag, Bad Schussenried 2012, broschiert, 132 Seiten, 12 Euro*




# Kein Platz für Kindheit

## Mord, Menschenhandel und Prostitution: Fünf Geschichten über Afrika

Das Buch „Sag, dass du eine von ihnen bist“ des in Nigeria geborenen Autors Uwem Akpan ist nicht dazu angetan, Lust auf eine Reise auf den schwarzen Kontinent zu machen. Die fünf aus der Sicht von Kindern erzählten Geschichten behandeln verschiedene Konflikte in Ländern wie Kenia, Nigeria oder Äthiopien. Gleich zweimal ist ein Konflikt zwischen Christen und Moslems Thema. Obwohl der derzeit in den USA lehrende Autor katholischer Priester ist, sind bei ihm die Christen keineswegs immer nur die guten Menschen. So fühlt man in der Erzählung „Wie redest du denn?“ mit dem muslimischen wie dem christlichen Mädchen gleichermaßen mit, die beste Freundinnen sind, aber von heute auf morgen nicht mehr miteinander spielen dürfen, da ein Konflikt zwischen den Religionsgruppen ausgebrochen ist. Sie verstehen überhaupt nicht, warum sie jetzt plötzlich Feinde sein sollen. Auch Shenge und Jean begreifen nicht, warum ihr Onkel plötzlich mit einer Horde Nachbarn in der Tür steht und ihre Mutter töten will. Zwar weiß die ältere Shenge, dass ein Elternteil Hutu und der andere Tutsi ist, doch bisher war das für sie ohne große Bedeutung. Akpan schildert den Überfall der Nachbarn auf die Kinder erschreckend eindringlich. Nur mit Mühe entgeht Shenge einer Vergewaltigung, muss aber dafür mit ansehen, wie ihr Vater von „seinen Leuten“ zu einer furchtbar grausamen Tat gezwungen wird, um das Leben seiner Kinder zu retten.

Auch der Themen Kinderprostitution und -handel nimmt sich der Autor an. Dabei gelingt es Akpan durchaus, eine Spannung zu erzeugen, die jedoch mit Mitleid und Trauer einhergeht: „Ich rannte ins Dickicht, Elefantengrashalme peitschten meine Haut, Dornen und spitze Steine bohrten sich mir in die Füße … Ich rannte und rannte und wusste doch, den herzzerreißenden Rufen meiner Schwester würde ich nie mehr entkommen.“ *Rebecca Bellano*

***Uwem Akpan: „Sag, dass du eine von ihnen bist“**, Suhrkamp, Berlin 2012, gebunden, 365 Seiten, 24,95 Euro*

# Mehr als nur eine Stadt

## Spannende »Biografie« Jerusalems

Von Städten erscheinen eigentlich keine „Biografien“. Diese Literaturgattung ist bekanntlich den Personen vorbehalten. Doch Simon Montefiori, ein renommierter britischer Historiker, sieht das anders. Er schreibt eine Stadtgeschichte aus dem Blickwinkel von Menschen und wichtigen Großfamilien Jerusalems. Im Vorwort bekennt sich der 1965 Geborene dazu, sich im Grunde „ein Leben lang“ auf dieses Werk vorbereitet zu habe. Montefiori stammt aus einer der angesehensten jüdischen Familien Londons. Einer seiner Vorfahren stiftete in Jerusalem die berühmte Windmühle. Alle seine Vorfahren waren irgendwie in die Geschicke der „Heiligen Stadt“ verwickelt, die bis heute im Brennpunkt von politischen Mächten und Religionen liegt.

Dieser persönliche Bezug macht den Historiker jedoch nicht parteiisch. Montefiori beleuchtet in seinem 850 Seiten dicken Werk verschiedene Seiten der Stadtgeschichte. In neun großen Kapiteln erzählt der Autor lebendig die Geschichte der Stadt von ihren Anfängen 1000 vor Christus, als König David die Stadt von den Jebusitern eroberte, über Judentum, Paganismus, Christentum und Islam, weiter zu den Mamelucken und Osmanen bis hin zum Imperialismus des 19. und dem Zionismus des 20. Jahrhunderts.

Einerseits sind Montefiori dabei die Geschichten von Familien gegenwärtig, andererseits setzt er die Geschichte der Stadt in den Zusammenhang politischer Notwendigkeiten. Warum die abgelegene Provinzstadt im Bergland Judäas zum „Zankapfel der Nationen“ wurde, warum sie „Eroberer wie Besucher“ gleichermaßen enttäuschen und quälen kann, versucht der Autor zu vermitteln.

> Juden haben die Stadt nie verlassen

Die Liste der Großreiche, die Jerusalem zu erobern versuchten, ist in der Tat lang: Ägypter und Assyrer, Perser und Griechen, Römer, Araber, Kreuzfahrer, Ottomanen, Franzosen und Briten waren darunter. Montefiori behauptet in einem Interview über sein Buch, dass in Jerusalem sich die Weltgeschichte im Kleinen abspielt. Das ist nicht übertrieben. Was suchen alle diese Menschen in dieser Stadt? Der Autor meint: das Heil. Jerusalem sei der Ort, an dem Gott Adam erschaffen hat, wo Abraham seinen Sohn Isaak opfern wollte und König Salomo den Tempel errichtete. Für die Muslime sei es der Ort, von wo aus Mohammed in den Himmel aufgestiegen sein soll. Für die Christen sei die Stadt der Mittelpunkt der Welt und der Ort, an dem Jesus Christus litt, starb, auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist.

Verblüffend für viele mag sein, dass seit der Zerstörung des großen Tempels in Jerusalem im Jahr 70 durch den römischen Feldherrn Titus immer Juden in diesem Land gelebt haben. Die Legende der Zionisten von ihrer Rückkehr erst im 20. Jahrhundert stimmt so nicht. Inzwischen haben Archäologen, so Montefiori, viele Zeugnisse einer kontinuierlichen jüdischen Besiedlung Jerusalems seit der Zeit Königs Davids ausgegraben. *Hinrich E. Bues*

***Simon Sebaq Montefiori: „Jerusalem. Die Biografie“**, Fischer, Frankfurt a. M. 2011, geb., 850 Seiten, 28 Euro*

# Für das deutsche Volk?

## Ex-Bundestagsabgeordneter verarbeitet Berufserfahrung

Wer eine gehobene Position innehatte und in den Ruhestand getreten ist, verspürt manchmal den dringenden Wunsch, die Fülle des Erlebten und Gehörten, darunter viel Brisantes, zu Papier zu bringen, um es der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Vilshofener Historiker und Publizist Klaus Rose war von 1977 bis 2005 Bundestagsabgeordneter der CSU und kurzzeitig Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Was er erlebt hat und was ihm an Erfahrungsberichten aus aller Welt zugetragen wurde, hat er im literarischen Genre eines Romans verarbeitet. In „Diplomatenpass und Penicillin“ treten neben-, nach- und miteinander eine Handvoll fiktiver Bundestagsabgeordneter als Hauptfiguren auf. Mit seinem Erstlingswerk, das zeitlich die letzten 30 Jahre umspannt, schuf Klaus Rose eine tragikomische Mahnung an Politiker, ihre Parlamentsaufgabe solide und prinzipientreu auszuführen. „Es müssten die Besten an die Schaltstellen kommen und nicht die Blender und Schwätzer.“ Diese Worte legt er dem Mitglied des Bundestags Alfred Behrens in den Mund. Jedoch sah und sieht die Wirklichkeit anders aus: „Schon in der Bibel werden diese und jene Figuren beschrieben.“ Und so teilen sich im Roman Theo Güll und Alfred Behrens das Feld der ehrenwerten Volksvertreter, während die Abgeordneten Gabriel Moss und Andreas Schwörer mit ihrem persönlichen Ehrgeiz und ihrer Umtriebigkeit einander überbieten. Darüber kommen sie früher oder später zu Fall. Ähnlichkeiten mit lebenden Personen wären rein zufällig, betont der Autor.

> Roman über mehrere Abgeordnete

Im ersten Teil begleitet der Leser Theo Güll und Gabriel Moss auf mehreren Reisen nach Afrika und Saudi-Arabien, an denen sie als Mitglieder von Delegationen des Deutschen Bundestags teilnehmen. Deutschland lieferte Anfang der 1980er Jahre technische und medizinische Geräte an afrikanische Länder, von denen zumindest einige reich an Rohstoffen sind. Als „Freunde der Ausrüstungshilfe“ – womit vielleicht auch „Aufrüstungshilfe“ gemeint ist – reist eine Delegation 1982 nach Kamerun und andere Länder Schwarzafrikas. Stets laufen die Reisen nach einem ähnlichen Muster ab. Nachdem die Gastgeber Bericht erstattet und ihre weiteren Wünsche geäußert haben, werden von beiden Seiten höfliche, recht unverbindliche Erklärungen abgegeben, bei denen das Schlagwort „kultureller Austausch“ oft gehört wird. Für die deutschen Volksvertreter scheint indessen das Begleitprogramm ihrer Gastgeber durchaus ebenso wichtig zu sein wie ihr eigentlicher Auftrag. Geboten werden ihnen exzellente Kulturereignisse, kulinarische Genüsse und manches rauschende Fest. Überhaupt wird das Wort „genießen“ in dem Buch inflationär verwendet, was wohl kein Zufall ist.

Fazit: Das Lesen dieses Buches macht Spaß. Es hat viele Leser verdient, da es einen Blick hinter die Kulissen erlaubt, und zwar auf anregende und ziemlich burleske Art. *Dagmar Jestrzemski*

***Klaus Rose: „Diplomatenpass und Penicillin“**, Bod, Norderstedt 2011, gebunden, 240 Seiten, 26 Euro*

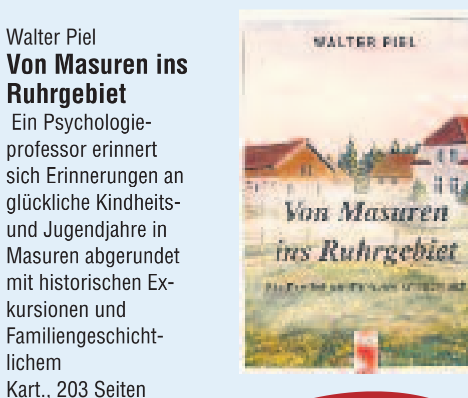



Soya Winterberg
**Wir sind die Wolfskinder**
Verlassen in Ostpreußen
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 7191, € 19,99



Ulrich Saft
**Der Kampf um Norddeutschland**
Das bittere Ende zwischen Weser und Elbe 1945
Geb., 704 Seiten, 570 Bilder und militärische Lageskizzen
Best.-Nr.: 7164, € 39,80

Walter Piel
**Von Masuren ins Ruhrgebiet**
Ein Psychologieprofessor erinnert sich Erinnerungen an glückliche Kindheits- und Jugendjahre in Masuren abgerundet mit historischen Exkursionen und Familiengeschichtlichem
Kart., 203 Seiten
Best.-Nr.: 4967



statt € 12,00 nur noch **€ 8,95**



Vom Autor signiert!

Gerd Schultze-Rhonhof
**1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte**
Geb., 656 Seiten
Best.-Nr.: 2261, € 39,95

## Arno Surmanski



**Tod eine Richters**
Roman über ein ungewolltes Kind
Geb., 270 Seiten
Best.-Nr.: 7171
**€ 19,95**

**Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten**
Am Lachen erkenne man den Narren, sagten die Alten.
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973
**€ 14,95**

**Das alte Ostpreußen**
Bild-/Textband
In den Archiven in Warschau und Allenstein fand man Fotos, die im Auftrag des Königsberger Denkmalamtes Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts angefertigt wurden.
Großformat, Geb., 359 Seiten
Best.-Nr.: 6430
**€ 19,95**

Vom Autor signiert! (Nur geringe Stückzahl verfügbar!)



statt € 7,40 nur **€ 3,95**

Eva Pultke-Sradnick
**Ein Stück Bernstein in meiner Hand**
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



DVD

**Sommer in Ostpreußen 1942**
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



CD

**Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815**
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



DVD

**Ostpreußen wie es war**
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen", Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95



CD

**Märsche des Soldatenkönigs 1688-1740**
Fahnentruppenmärsche, Grenadiermärsche, Musketiermärsche, Trupp-Märsche, Vergatterung u. Zapfenstreiche
Gesamtspielzeit: 44:33
Best.-Nr.: 7112, € 17,95



CD

**Silbermannorgel**
Johann Sebastian Bach Orgelwerke
Die letzten Aufnahmen des Reichs- Rundfunks vor der Zerstörung der Frauenkirche in Dresden 1945
Toccata und Fuge d-Moll
Gesamtspielzeit: 75:44 Minuten
Best.-Nr.: 7162, € 15,95



CD

Frohe Jagd!
**Konzertsuite nach jagdlichen Motiven**
Es spielt das Stabsmusikkorps der Bundeswehr unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
15 Titel, Gesamtspielzeit: 40:57 Min
Best.-Nr.: 7180, € 14,95



CD

statt € 12,90 nur **€ 9,95**

**Der fröhliche Ostpreuße**
Lustige Geschichten und Lieder in ostpreußischem Dialekt
Laufzeit: 46 Minuten
Best.-Nr.: 1057

## Musik von Friedrich II.



CD

Vol. I
**Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche**
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95



CD

Vol. II
**Die Flötenkonzerte**
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95

CD

Vol. III
**Die Sinfonien**
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95

## Preußen-Krawattenklammer



Preußenadler in Wappenform golden eingefaßt, emaillierte Oberfläche auf eine goldene Krawattenklammer aufgesetzt. Maße: Wappen: B: 22 mm, H: 25 mm, Klammer: B: 55 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6932, € 12,95



Peter Gosztony
**Der Kampf um Berlin 1945**
**in Augenzeugenberichten**
Geb., 436 Seiten
Best.-Nr.: 7188, € 19,95



**Preußische Pickelhaube, Repro**
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbarem Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 139,95

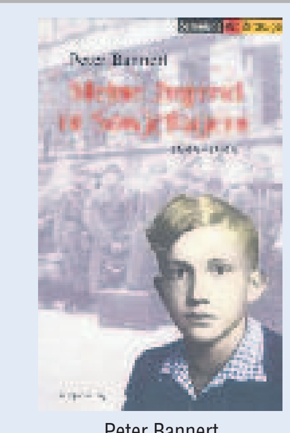
## Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091
**€ 19,95**



**Standbild Friedrich II.**
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Mamorsockel, Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95



Peter Bannert
**Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-49**
Kart., 178 Seiten
Best.-Nr.: 7173, € 12,90



2 CDs

**Wir machen Musik!**
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann u.a.
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund u.v.a.
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074, € 12,95

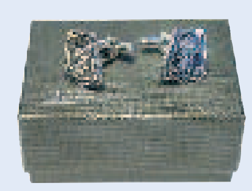


CD

**€ 9,95**

Traupaar des deutschen Films
**Willy Fritsch und Lilian Harvey**
insges: 13 Titel Inhalt:
Wir zahlen keine Miete mehr, Liebling mein Herz läßt Dich grüßen, u.a
Best.-Nr.: 7185

## Husaren-Manschettenknöpfe

Silbernes Herrschermonogramm „F.W, R" mit aufgesetzter Krone auf schwarzem Grund, silbern eingefasst. Die Vorderseite ist emailliert, Maße: Breite: 17 mm, Höhe: 19 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertige Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 7017, € 24,95

## Rundstempel

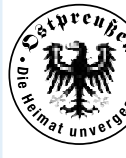



Best.-Nr. 6216




Best.-Nr. 6472

pro Stück nur **€ 12,95**



Best.-Nr. 5538

Best.-Nr. 5539





Udo Ulfkotte
**Mein Feld, mein Wald, mein Teich**
Gebunden, 272 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 7190, € 19,95

## Preußen-Schirmmütze

**Preußen-Schirmmütze**
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

## Elchschaufel-Schirmmütze

**Elchschaufel-Schirmmütze**
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

## Königsberg- Schirmmütze

**Königsberg-Schirmmütze dunkelblau**
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

## Pommern-Schirmmütze

**Pommern-Schirmmütze**
dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen
Best.-Nr.: 7176, € 14,95

## Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

## Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund




**Schlüsselanhänger**
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

## Elchschaufel-Schlüsselanhänger



**Elchschaufel-Schlüsselanhänger**
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

## Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

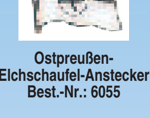
## Heimat-Anstecker



Ostpreußen-Provinz-Anstecker
Best.-Nr.: 5889

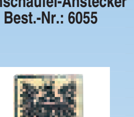


Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker
Best.-Nr.: 6055



Königsberg-Anstecker
Best.-Nr.: 6056

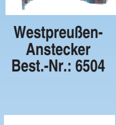
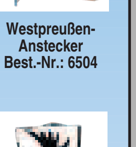
Westpreußen-Anstecker
Best.-Nr.: 6504



Sudetenland-Anstecker
Best.-Nr.: 6880



Schlesien -Anstecker
Best.-Nr.: 6778

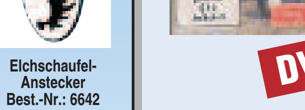



Elchschaufel-Wappen- Anstecker
Best.-Nr.: 6830

Elchschaufel-Anstecker
Best.-Nr.: 6642



Preußenadler-Flaggen-Anstecker
Best.-Nr.: 6722

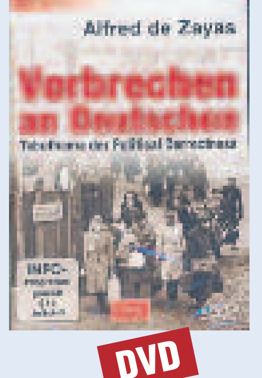


Preußen-Anstecker
Best.-Nr.: 6057



Pommern - Anstecker
Best.-Nr.: 6928

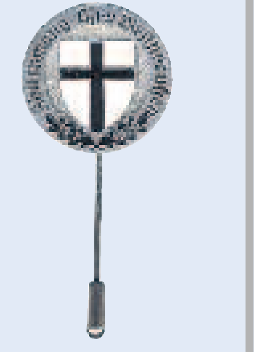
Je Anstecker nur € 2,95



DVD

Alfred de Zayas
**Verbrechen an Deutschen**
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95

## Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



**Replik eines Originalabzeichens**
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm, an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

## Königsberg-Wappen Nadel



**Königsberg-Wappen Nadel**
Das Königsberger Wappen farbig dargestellt mit Inschrift „Königsberg Pr" Maße: Breite 15 mm, Höhe 19 mm, an langer Nadel mit Nadelsicherung
Best.-Nr.: 7126, € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst

**Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst**
**Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12** — 30/12

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

### Bestellcoupon

| Menge | Best.- Nr. | Titel | Preis |
|---|---|---|---|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

**Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de**

## MELDUNGEN

### Napoleons späte Opfer

**Merewo/Leningrader Gebiet** – Das Nachstellen historischer Schlachten erfreut sich bei Russen großer Beliebtheit. Bei einer Inszenierung des „Vaterländischen Kriegs“ von 1812 geriet kürzlich eine Kriegsepisode zu realitätsnah, als ein beim Rohrputzen zerbrochener Ladestock zur scharfen Munition wurde. Statt einer Papierkugel flogen Holzsplitter auf „Soldaten“ und eine „Marketenderin“. Die Folge: Vier Verletzte auf russischer Seite. *MRK*

### Fälscher meiden Euro

**Frankfurt am Main** – Sogar Geldfälscher verlieren die Lust am Euro. Wie die Europäische Zentralbank in Frankfurt mitteilt, wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres nur noch 251000 Blüten aus dem Verkehr gezogen. Im gleichen Vorjahreszeitraum waren es noch 296000. Im Jahre 2009, als die Euro-Krise gerade erst offensichtlich wurde, beschlagnahmten die Behörden in beiden Jahreshälften mehr als 400000 falsche Euro-Banknoten. *H.H.*

## ZUR PERSON

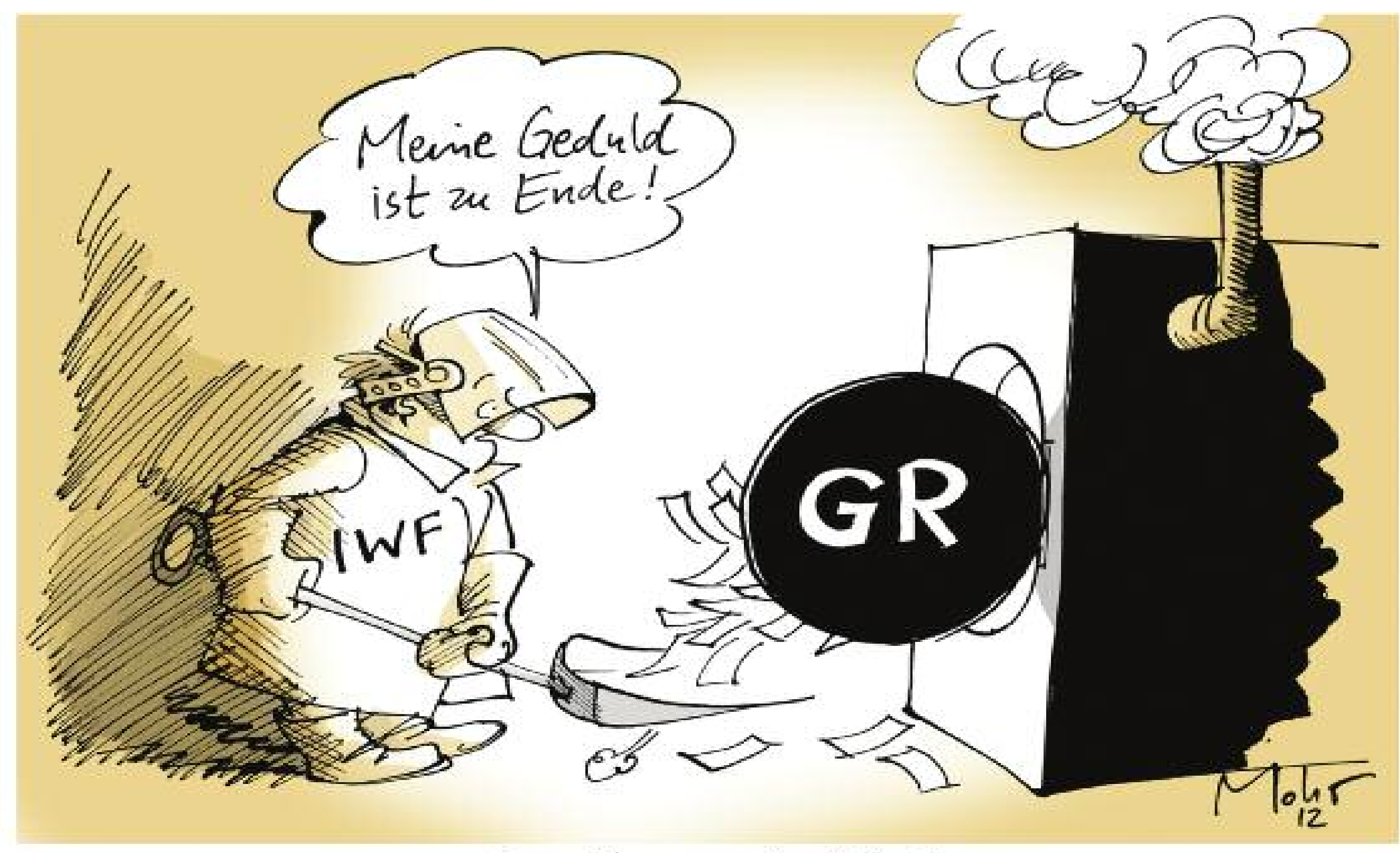
### Wahlsieger im Sinkflug

Dass er gute acht Monate nach seiner Wahl von seinen Landsleuten als „Dieb“ bezeichnet wird, hat sich **Mariano Rajoy**, seines Zeichens spanischer Ministerpräsident, bei seiner Wahl im Dezember 2011 vermutlich nicht gedacht, hatte er doch mit 45 Prozent der Wählerstimmen die absolute Mehrheit erlangt.

Nach 2004 und 2008 konnte der 1955 in Galizien geborene Jurist im dritten Anlauf als Spitzenkandidat der konservativen Volkspartei einen Regierungswechsel in Spanien mit dem besten Ergebnis seiner Partei in ihrer Geschichte erwirken. Vor der Wahl versprach Rajoy, den von Arbeitslosigkeit und Finanzkrise gebeutelten Spaniern, sie aus der Krise zu führen.

War sein biederes Image vor seiner Wahl noch eher positiv, schlägt ihm jetzt nicht nur aus dem Inland Ablehnung und Skepsis entgegen. Unbeliebt machte sich Rajoy damit, dass er nicht nur – völlig untypisch für einen Politiker – öfter die Öffentlichkeit meidet, sondern auch mit seinen wechselnden Aussagen. Waren spanische Banken erst noch sicher, gab er kurz darauf den eingereichten Hilfsantrag über 100 Milliarden Euro bei der EU bekannt. Mit dem Argument, dass sich Spanien derzeit nur für das geringere Übel entscheiden könne, leitete Rajoy die neusten Sparmaßnahmen ein. Dieses Programm, in dem unter anderem die Mehrwertsteuer um drei auf 21 Prozent erhöht, das Arbeitslosengeld und Beamtengehälter gekürzt werden, traf die Spanier so hart, dass Mitte Juli 2012 über 250000 von ihnen unter dem Motto „Sie wollen das Land ruinieren, das müssen wir verhindern“ auf die Straße gingen. Trotz eines massiven Polizeiaufgebots vor dem Parlament wählte Rajoy lieber den Hinterausgang, um das Parlament zu verlassen. *S.G.*






Der Heizer schwächelt

Zeichnung: Mohr

# Beruhigung

**Wie plötzlich der Schrecken verschwand, wie Norbert Walter mit den Schultern zuckt, und was Linke und Milliardäre vereint / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel**

Wenigstens gab es aus Griechenland mal was zum Lachen, als die Insel Ikaria bekanntgab, über einen Anschluss an Österreich nachzudenken. In irgendeinem Winkel des Völkerrechts wollen die Repräsentanten des Eilands die Möglichkeit gefunden haben, sich von Athen zu lösen, ganz legal. Österreich scheint ihnen als neue Heimat attraktiv.

Eine gute Nachricht für Wien? Wir werden sehen, jedenfalls kann niemand später sagen, die Ikarier hätten sich in die Alpenrepublik hineingestohlen wie Hellas in den Euro. Nein, die Insulaner lassen keinen Zweifel aufkommen, aus welchem Holz sie sind, wenn sie ihrer Noch-Regierung in Athen drohen: „Wenn man uns jetzt keine neuen Straßen und kein Krankenhaus zusichern kann, können wir die Loslösung von Athen beschließen.“

Aus diesen klaren Worten können die Österreicher ablesen, was auf sie zukäme: Sobald Wien einem Wunsch seiner mediterranen Neubürger nicht nachkommt, kommt Post aus Ikaria: Sie könnten sich auch Russland, dem Iran oder Kuba anschließen, wenn man ihnen die neue Landebahn, den luxuriösen Jachthafen, die Zusatzpensionen für die 2000 Staatsbediensteten unter den 8000 Einwohnern oder das neue Spaßbad nicht bezahlen will.

Die Ikarier suchen kein neues Vaterland, sondern eine neue Geldquelle, nachdem die alte gänzlich auszutrocknen droht: Der Austritt Griechenlands aus dem Euro habe „seinen Schrekken verloren“, findet Wirtschaftsminister Rösler. Warum? Ganz einfach: Die George Soros und Warren Buffetts dieser Welt haben ihre gammeligen griechischen Staatsschuldpapiere, mit denen sie so lange so gut verdient haben, allesamt an die europäischen Steuerzahler weiterverkauft, die nun allein mit ihnen baden gehen. Nur dafür hat man die vergangenen zweieinhalb Jahre benötigt, nachdem Anfang 2010 die Pleite Athens längst offensichtlich war. Jetzt, da die Operation abgeschlossen ist, können sie das hellenische Wrack ganz ohne „Schrecken“ absaufen lassen. Die griechische Ministerialbürokratie hat sowieso keine Lust mehr. Wie aus Athen verlautet, sind die Beamten in den Urlaub gefahren – „da bewegt sich bis Mitte August nicht viel“.

Einen Wunsch hat uns ein griechischer Spitzenpolitiker kurz vor der Sommerfrische aber noch hinterlassen: Über leichtere Bedingungen für weitere Hilfen wolle man nicht mehr mit der „Troika“ aus Internationalem Währungsfonds, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank verhandeln, sondern lieber mit den Regierungen der Geberländer. Warum, sagt er nicht, doch wir können es uns denken: Die Gesandten der Troika waren schon recht oft in Athen und haben sich sehr intensiv mit den griechischen Zuständen beschäftigt, kurz: Die wissen zu viel und machen vielleicht nicht mehr jeden Trick mit. Da hätte man es mit den Phrasen stanzenden Regierungsheinis bedeutend leichter.

> Die Griechen wollen nicht mehr mit der »Troika« reden – die Herren wissen einfach zu viel

Die einen nannten das Zweieinhalbjahres-Manöver zum Verschieben der griechischen Schulden „Beruhigung der Märkte“, die anderen nannten es Betrug. Da wir uns aber alle unserer Verantwortung bewusst sind, wird emsig weiter beruhigt. Kaum sind die Hilfen für Spanien mit der „strengen Obergrenze“ von 100 Milliarden Euro abgenickt, da tun sich überall auf der iberischen Halbinsel neue schwarze Löcher auf: Eine Regionalregierung nach der anderen funkt SOS: Sind pleite, benötigen dringend Hilfe. Dass die Löcher erst auffielen, nachdem die Geberländer ihre Gaben beschlossen hatten, ist natürlich reiner Zufall.

Doch wir müssen uns keine Sorgen machen. Das Geld ist ja nur geliehen, wir bekommen sogar Zinsen dafür und profitieren als Deutsche noch von der Krise. Moment, kennen wir das nicht irgendwoher? Das hatte man uns bei der Griechen-Hilfe auch erzählt. Der Ex-Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, wurde nicht müde, den Deutschen vom wunderbaren Geschäft mit den Hellenen vorzuschwärmen. Neulich vom Börsenexperten Frank Meyer auf seine Töne angesprochen, zuckte Walter nur mit den Schultern: „Das ging dann mal schief.“ Och Gottchen, kann ja mal vorkommen.

Immerhin dürfen wir nicht vergessen, welch wunderbare Kultur uns Griechenland, die Wiege der Demokratie, hinterlassen hat. Überall am Mittelmeer finden sich Zeugnisse griechischen Tuns. Auf Sizilien waren sie (noch lange vor den Römern) besonders aktiv, was bis heute zu spüren ist. Norditaliener sprechen gar von „unserem kleinen Griechenland“, wenn die Sprache auf Sizilien kommt.

Damit meinen sie, dass der Gouverneur der im italienischen Vergleich bettelarmen Insel der bestbezahlte von ganz Italien ist. Dass der frühere Chef der Müll- und Wasserbehörde, Felice Crosta, eine monatliche Pension von 41600 Euro kassiert. Crosta ging 2010 in den Ruhestand, als Sizilien wie Neapel gerade im Müll erstickte. Oder dass die Abgeordneten des sizilianischen Regionalparlaments in Palermo mehr Geld bekommen als die Senatoren in Rom. Dass überall Korruption, Verschwendung und Misswirtschaft blühen. Und – Überraschung! – dass die Region vollkommen pleite ist und in dreist forderndem Ton Geld von Rom und der EU einklagt.

Da fühlt man sich in der Tat an Griechenland erinnert. Oder an Berlin: Horst Seehofer will nicht einsehen, warum Bayern immer mehr an andere Bundesländer zahlen soll, während die es sich gutgehen lassen, statt sich anzustrengen. So zahlen die Bayern dafür, dass Berliner und andere Studenten in Deutschland kostenlos studieren dürfen, während die bayerischen Hochschulen Studiengebühren verlangen müssen, um über die Runden zu kommen. Mit „kostenlosen Kitas“ sieht es ähnlich aus. In einem Anflug sozialer Kälte hat Seehofer angekündigt, gegen diesen Länderfinanzausgleich zu klagen. Hessen will auch mitziehen. Was für unsolidarische Knilche, tönt es entrüstet aus dem Norden.

Der Seehofer hat das sozialistische Prinzip nicht verstanden: Es wird so lange umverteilt, bis jeder Zusammenhang von Arbeitsleistung und Lohnertrag gekappt ist. Erst dann nämlich sind es nicht mehr die Leistungen, die über die Einkommenshöhe entscheiden, dann tun dies vielmehr Funktionäre in Partei und Staat. Das Ergebnis nennt man „Bezwingung der Marktmacht“ oder „Primat der Politik“, und darum geht es doch schließlich die ganze Zeit! Haben Sie etwa nicht zugehört, Herr Seehofer?

Alle alten roten Fehler werden wir aber nicht wiederholen. Beim kommenden Sozialismus bleiben die ganz Reichen, die weltweit operierenden Milliardäre, ungeschoren. Besser noch: Der Schulden- und Umverteilungsreigen macht sie reicher und mächtiger, als sie es je waren, siehe Griechenland-Coup, eingefädelt von der US-Großbank Goldman Sachs. Indem sich die (noch) wohlhabenden Völker zugunsten der bereits Ausgebluteten verschulden, schmeißen sie ihr Geld in eben jenen Umverteilungsreigen, aus dem sich Soros und Co. prachtvoll bedienen, indem sie sich mit Milliarden von Steuer-Euros „beruhigen“ lassen.

Propaganda-Spitze der Bewegung sind Rating-Agenturen wie Moody's, die eine Warnung an die Deutschen losgelassen hat: Wenn ihr nicht euer gesamtes Geld zur „Beruhigung der Märkte“ in eine europäische Schuldenunion hineinschmeißt, geben wir euch keine Bestnote mehr.

Oh weh! Welcher Primus möchte sich schon in die zweite Reihe verbannen lassen! Also muss nun ganz schnell beruhigt werden, indem man die „Schuldenlast europäisch-solidarisch vergemeinschaftet“, sprich, die Deutschen für die Schulden aller haften lässt. Da sind sich die deutschen Linken mit Soros, Moody's und deren Freunden vollkommen einig. Denn beide kommen an ihr Ziel: Die Linken bekommen die lang ersehnte Enteignung des Mittelstandes, und die Milliardäre verdienen dabei so viel Geld, dass es ihnen zu den Ohren rauskommt.

## MEINUNGEN

***Michael Klonovsky** hat den Grund für die Anziehungskraft **moderner Kunst** entdeckt. Das Internet-Portal der Zeitschrift „Eigentümlich frei“ zitiert:*

„Ein wesentlicher Grund für die vergleichsweise Beliebtheit der modernen bildenden Kunst dürfte darin liegen, dass die Erzeugnisse dieser Kunst es dem Publikum erlauben, sofort und uneingeschränkt von sich selber zu reden.“

***Andreas Mundt**, Präsident des Kartellamts, warnt in der „FAZ“ vom 20. Juli vor zu viel Staat bei der **Energiewende**:*

„Die Vokabeln, die heute die öffentliche Diskussion über die Energiewende beherrschen, lauten hingegen ‚Plan‘, ‚Quote‘ und ‚Förderung‘, allesamt Begriffe, die man im Instrumentenkasten der Wettbewerbspolitik vergeblich sucht ... Nicht ein Mehr an staatlicher Planung und Intervention, sondern eine stärkere Nutzung der Anpassungskräfte von Markt und Wettbewerb kann auch die Energiewende zu einer Erfolgsgeschichte werden lassen.“

*„Handelsblatt“-Chefökonom **Dirk Heilmann** ist nicht bereit, die **Schuldzuweisungen** aus den **USA**, dass die Euro-Krise die Vereinigten Staaten belaste, zu akzeptieren:*

„Die staatliche Schuldenlast ist in der Euro-Zone von 66 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 2007 auf 88 Prozent 2011 gestiegen. Das ist schlimm, aber in den USA schnellte sie im gleichen Zeitraum von 67 auf 103 Prozent hoch. Und während die Europäer mit dem Umsteuern begonnen haben, dreht sich die Schuldenspirale in den USA vorerst ungebremst weiter.“

## Amokläufer

*Schon wieder ist es wo geschehn,<br>und alle kriegten's prompt zu sehn,<br>zur Not auch bloß zu lesen –<br>man zeigt dann jeweils<br>sich schockiert,<br>die Politik, sie<br>kondoliert,<br>man bastelt Hypothesen.*

*Und falls sich nichts vom<br>Schützenfrest<br>als rechtsextrem<br>enttarnen lässt,<br>hat stets die Psycho-Gilde<br>zur Deutung der fatalen Tat<br>Realitätsverlust parat –<br>so sind selbst wir im Bilde.*

*Tja, leider geht gar manches schief,<br>denn Wirklichkeit ist relativ,<br>wie Platon schon erklärte,<br>wird doch im Hirn sie konstruiert,<br>und dieses eben produziert<br>nicht selten das Verkehrte!*

*Ist's aber Wirklichkeitsverlust –<br>ist nicht vielmehr Vernichtungslust,<br>was Schreibtischtäter treiben,<br>die Schulden tilgen auf Kredit<br>und die für ewges Defizit<br>Verträge unterschreiben?*

*Es ist ein Amoklauf fürwahr,<br>das wird allmählich vielen klar,<br>die laut zwar drüber fluchen,<br>indes trotz allem immer noch<br>die Rettung aus dem schwarzen Loch<br>in falscher Hoffnung suchen!*

*Die Bürger sind halt zu bequem,<br>und erst das Existenzproblem<br>vermöchte wachzurütteln –<br>doch sind dann Chancen längst<br>vorbei,<br>die selbstgewählte Tyrannei<br>gewaltlos abzuschütteln ...*

**Pannonicus**